

P R O T O K O L L

der 2. ordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung

am 29.06.2015 – Sommersemester 2015

Ort: Elise Richter Saal, Hauptuniversität, Universitätsring 1, 1010 Wien

TOP 1 – Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit der Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Camila Garfias begrüßt die Mandatar_innen der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien zur 2. ordentlichen UV-Sitzung im Sommersemester 2015 am 29.6.2015 im Marietta Blau Saal, Hauptuniversität, Universitätsring 1, 1010 Wien.

Mandatar*innen	anw/n.anw	Ersatzmandatar*innen	anw/n.anw	Stimmübertragung	anw/n.anw
VSStÖ					
Lucia Grabetz				Alina Bachmayr-Heyda	anw.
Katharina Krischke		Kathrin Glösel		Laurin Rosenberg	anw.ab 2:08h
Niki Pomper		Laurin Rosenberg		Julian Traut	anw.
Marlene Nuver		Adele Siegl	anw.		
Katarian Spajic	anw.				
Nicole Garfias				Vedrana Covic	anw.
Camila Garfias	anw.				
GRAS					
Catherina Schneider	anw.	Felix Durstmüller			
Julia Gaughhofer				Sebastian Daxner	anw.
Cara Brunner		Anna Stiegler		Sebastian Berger	anw.
Sebastian Kneidinger				Manuel Boschitz	anw.
Karin Stanger	anw.	Janina Kanthack			
Meryl Haas		Daniel Nenning	anw.		
Lena Coufal	anw.	Lena Köhler			
AG					
Philipp Ilming	anw.	Philipp Prager			
Harald Mayer		Armin Kleinke-Männer	anw.		
Markus Giesen	anw.	Christopher Schwaiger			
Florian Lattner	anw.	Johannes Steurer			
Florian Hule	anw.	Kaleb Kitzmüller			
Daniela Spießberger	anw.	Michael Schmiedinger			
KSV-LiLi					
Julia Kraus		Klemens Herzog		Philipp Jung	anw.
Stephanie Marx	anw.	Elisabeth Luif			
JuLis					
Christoph Wiederkehr		Hannes Hauer	anw.		
Florian Piewald	anw.	Ivan Dimitrov			
FEST					
Fahriye Canal	anw.	Michael Hnelozub			
Gábor Bartha	anw.				
PIRAT					
Georg Weissenböck	n.anw.	Wolfgang Wagner	anw. 12:02 h		

An- und Abmeldungen, Stimmübertragungen während der UV-Sitzung:			
ab	an	Fraktion	um
Julia Gaughofer	Sebastian Daxner	GRAS	11:14
Julia Kraus	Philipp Jung	KSV-Lili	11:17
Markus Giesen	Johannes Steurer	AG	11:18
	Wolfgang Wagner	UniPiraten	12:02
	Laurin Rosenberg	VSStÖ	12:08
Armin Kleinke-Männer	Harald Mayer	AG	13:17
Johannes Steurer	Markus Giesen	AG	15:25
Lena Coufal		GRAS	16:27
	Maria Gasteiger	GRAS	16:27

Julia Gaughofer – GRAS überträgt ihre Stimme um 11:14 Uhr an Sebastian Daxner.

Julia Kraus KSV-LiLi überträgt ihre Stimme um 11:17 Uhr an Philipp Jung.

Markus Giesen AG überträgt um 11:18 seine Stimme an Johannes Steurer.

Beginn d. Sitzung: 11:13 Uhr

Ende d. Sitzung: 16:52 Uhr

Protokoll: Gertrude Ettl/Renata Seiler

TOP 1 - Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit der Mitglieder und Beschlussfähigkeit

TOP 1 wird geschlossen.

TOP 2 – Genehmigung der Tagesordnung

Florian Lattner – AG

Ich stelle den Antrag auf Abänderung der Tagesordnung, und zwar würde ich vorschlagen, dass wir den TOP 9 – Satzungsänderungsanträge - streichen, da keine Änderungsanträge eingelangt sind.

Stephanie Marx

Gleich zur Erklärung, die Satzungsänderungsanträge sind bei der Fraktionen-Vorbesprechung schon einmal diskutiert worden. Der Tagesordnungspunkt ist aufgenommen worden, weil natürlich vollkommen klar ist, dass mit der Änderung des HSG 2014 auch die Satzung hätte angepasst werden müssen. Der Antrag selber ist zum Zeitpunkt der Aussendung noch nicht vorgelegen, aus dem Grund ist er – ebenfalls innerhalb der Satzung rechtmäßig – eine Woche vor der Sitzung an alle Mandatar_innen ausgeschickt worden. Deswegen bin ich natürlich für die Beibehaltung des Tagesordnungspunktes.

Philipp Ilming – AG zur Protokollierung

Ich habe hier das Kuvert wie es ausgesandt wurde, wie es alle erhalten die es eingeschrieben erhalten. Und wenn ich es zerlege, d.h. aufmache, habe ich einmal das Protokoll, über das wir nachher reden werden, und eine Tagesordnung, mehr ist an keinem von euch zugeschickt worden, nehme ich an. Auch wir haben nicht mehr erhalten, wir haben zusätzlich keine Anträge erhalten und somit ist das Ganze satzungswidrig.

Stephanie Marx

Zur Satzung, der § 26 der Satzung der ÖH Uni Wien sieht vor, dass Änderungen der Satzung, ich zitiere „zumindest 1 Woche vor der Sitzung bekanntgegeben werden müssen“. Dies ist getan, es ist eine E-Mailaussendung an alle Mandatar_innen am Montag den 22. Juni gegangen, und aus diesem Grund sind natürlich die Satzungsänderungsanträge ausgesendet worden.

Florian Lattner – AG zur Satzung

Ihr habt natürlich Recht, es gibt diesen Paragraphen. Es gibt allerdings auch einen anderen Paragraphen, der etwas anderes besagt, ich werde ihn gleich vortragen. Kurz, juristisch, wenn es zwei Paragraphen gibt, die sozusagen einen kleinen unterschiedlichen Inhalt haben, muss man um Satzungskonform zu halten, beide erfüllen. D.h. wenn ich zwei Wochen vorher einlade, erfülle ich sowohl den § 3 Abs. 8 als auch den § 26. Wenn ich mich nur an den § 26 halte, verstoße ich gegen den § 3 und handle somit nicht satzungskonform. Das nennt man auch, satzungskonforme Interpretation. Diese Rechtsansicht habe ich auch mit dem Mitglied der österreichischen Wahlkommission, Stefan Huber schon besprochen. Der sieht das ganz ähnlich. Wenn es zwei Bestimmungen gibt, müssen natürlich beide eingehalten werden. Dieser § 26 macht nur dann Sinn, wenn es sich um eine außerordentliche Sitzung handelt, weil bei einer außerordentlichen Sitzung kann die Einladung 1 Woche vorher erfolgen, d.h. auch bei einer außerordentlichen Sitzung könnten dann im Sinne des §26 rechtzeitige Satzungsänderungen eingelangt sein. Aber da es sich um eine ordentliche Sitzung handelt, hätte der §3 Abs. 8 erfüllt werden müssen, das ist nicht der Fall.

Ich werde ihn jetzt vortragen: „Die Universitätsvertretung ist von der Vorsitzenden mindestens zweimal in jedem Semester zu einer ordentlichen Sitzung einzuberufen. Die Einladung für die ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung ist mindesten zehn Studientage vor dieser Sitzung unter Angabe von Zeit, Ort und Tagesordnung eingeschrieben zur Post zu geben, es sei denn, eine Mandatarin verzichtet nachweislich darauf. Wesentliche Unterlagen (insbesondere das Budget und Satzungsänderungen) müssen der Einladung beigelegt werden.“

Es steht hier nichts von „sofern sie zu diesem Zeitpunkt schon existieren oder sonst was, es steht hier lediglich „müssen beigelegt werden“, das ist eine ganz klare Sache und hier gibt es keinen Ermessensspielraum.

Zu Protokoll bitte.

Camila Garfias - VSStÖ

Florian, wir haben das schon in der Fraktionen-Vorbesprechung besprochen. Ihr habt eine andere Ansicht als wir. Du hast diesen Antrag eingebracht. Der § 3 Abs. 8 wird sehr wohl erfüllt. Wir haben zwei Wochen vorher abgeschickt und bekanntgegeben, dass es Satzungsänderungsanträge geben wird, die Bekanntgabe erfolgte später per Mail. Wir haben diese Diskussion bereits bei der Fraktionen-Vorbesprechung geführt und werden dann darüber abstimmen.

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung des Antrages:

Antrag 1

Antragsteller: Aktionsgemeinschaft

Antrag zur Tagesordnung – Streichung des Tagesordnungspunktes 9

Abstimmung Antrag 1:

Prostimmen: 7

Enthaltungen: 1

Contra: 17

Antrag abgelehnt.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit der Mitglieder und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der 1. ordentl. UV-Sitzung im SoSe 2015
4. Berichte der Vorsitzenden

5. Berichte der Referent_innen
6. Berichte der Ausschussvorsitzenden
7. Entsendungen in Habilitations- und Berufungskommissionen
8. Beschlussfassung über den Jahresvoranschlag für das Wirtschaftsjahr 2015/2016
9. Satzungsänderungsanträge
10. Anträge
11. Allfälliges

Abstimmung der Tagesordnung:

Prostimmen: 17

Enthaltungen: 2

Contra: 5

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Philipp Ilming – zur Protokollierung des Stimmverhaltens

Ich habe mich deshalb gegen den gesamten Tagesordnungspunkt ausgesprochen und für den Änderungsantrag, da meine Ansichten die später noch einmal vermutlich aufkommen werden, sei es nach der Sitzung oder im Verlauf der Sitzung, überzeugt bin und auch sinnübersetzt, im Zweifel wenn kein Rechtsgutachten seitens des Vorsitzes daliegt, nicht Sachen beschlossen werden sollten, die nachher mit medialem Tamtam untergehen und anschließend die Sitzung vielleicht komplett für ungültig erklärt wird, weil hier massive Rechtsverstöße stattfinden. Wir sollten im Zweifel doch schauen, dass wir konstruktiv hier arbeiten und die ganz klar normal einzubringenden inhaltlichen Anträge diskutieren und diese Formalitäten so beachten und wenn die Anträge gut und richtig sind, dann kann sie auch die nächste UV im Oktober beschließen.

TOP 2 wird geschlossen.

TOP 3 - Genehmigung des Protokolls der 1. ordentlichen UV-Sitzung im SoSe 2015

Abstimmung des Protokolls:

Prostimmen: 20

Enthaltungen: 5

Contra: 0

Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 3 wird geschlossen.

TOP 4 - Berichte der Vorsitzenden

Stephanie Marx

Gremienarbeit

Unirat

Am 26.06. mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Bericht der Vorsitzenden
3. Finanzen, Bericht I-V
4. Option OMP 1
5. MFPL Support GmbH
6. Baufragen
7. Sonstige Berichte des Rektorats
8. Nominierung eines weiblichen Ersatzmitglieds der Schiedskommission
9. Allfälliges

Am 24.04. mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Bericht der Vorsitzenden
3. Rechnungsabschluss zum 31.12.2014
4. Veranlagung
5. Entwurf der Leistungsvereinbarung 2016-18

6. Wissensbilanz und Leistungsbericht 2014
7. Tätigkeitsbericht der Internen Revision für das Jahr 2014
8. Beauftragung der Prüfung des Rechnungsabschlusses zum 31.12.2015
9. Allfälliges

Am 27.03. mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Bericht der Vorsitzenden
3. Fragen aus dem Universitätsrat
4. Leistungsvereinbarung 2016-18
5. Berufungsmittel für das Jahr 2015
6. Sonstige Berichte des Rektorats
7. Allfälliges

Zu allen Terminen fanden regelmäßige Treffen mit der Universitätsratsvorsitzenden zur Vorbereitung statt. Rektorat: Termine am 14.04. und 01.06.

Nach längeren Verhandlungen sah letztlich auch das Rektorat ein, dass die Studiengebührenbefreiung für ÖH Tätigkeit nicht nur der oder dem Vorsitz der diversen Ebenen zusteht, sondern auch den beiden Stellvertreter_innen. Mit der letzten Senatssitzung brachte das Rektorat einen Antrag auf Satzungsänderung mit dem wir nicht gänzlich glücklich sein können, da zwar die Stellvertreter_innen einbezogen werden, allerdings nicht für Studienvertretungen mit drei Mandatar_innen. Weiterhin sind wir noch immer irritiert ob der Unmöglichkeit, Mehrfach Tätigkeiten geltend zu machen.

Nach der Kundmachung des Wissenschaftsministers weitere Zugangsbeschränkungen einzuführen haben wir in unserem Jourfixe mit dem Rektor in Erfahrung bringen können, dass in der Rechtswissenschaft keine Zugangsbeschränkungen geplant sind, in den Naturwissenschaften argumentieren sie, wie so üblich, mit Sachzwängen.

Die gemeinsamen Lehramts - Curricula mit den Pädagogischen Hochschulen sind hochaktuell. Die curricularen Arbeitsgruppen sind nun alle beschickt und haben ihre Arbeit aufgenommen. Immer noch unklar ist, wer für die Finanzierung des zusammengelegten Studiums aufkommen wird. Weder das BMUKK noch das BMWFW haben diesbezüglich klare Ansagen gegeben.

Es fanden Vernetzungstreffen mit Vertreter_innen der Zentrumsvertretung Lehramt, Studierender der PHs, dem Vorsitzteam und dem bildungspolitischen Referat statt. Hier wurden Probleme gesammelt und besprochen – vor allem der absurde von der Universität vorgegebene Zeitplan zur Adaption der Curricula und die mangelnde Berücksichtigung der Studierbarkeit zwischen mehreren Hochschulen. Die Kritik konnte innerhalb der letzten Tage auch medienwirksam platziert werden.

Termine mit Vizerektor Schwaha und dem Team des RRM am 30.04.

Bei einem konstruktiven Aussöhnungstermin gemeinsam mit dem Raum und Ressourcen Management und dem Vizerektorat, konnte man sich auf eine Raumliste, sowie auf Raumstandards einigen. Bislang warten wir auf die Bestätigung dieser von Seiten des RRM.

Ein weiterer bedeutender Punkt der letzten Monate stellte die Diskussion um Feiern am Uni Campus (AAKH) dar. Im Zuge der Gespräche drohte die Universitätsleitung gar damit, den Campus ab 22Uhr abends zukünftig abzuschließen. Dank unseren vehementen Protests und mehreren Interventionsversuchen, die bis zur Bezirksvorsteherin des 9ten Bezirks reichten, konnte dies für den Moment verhindert werden. Trotz allem scheint seitens der Universitätsleitung kein Bekenntnis zu einem freien Campus für alle vorzuliegen – die Diskussion werden hier weiterhin geführt werden, wobei sich das Vorsitzteam stets für einen offenen und zugänglichen Campus eingesetzt hat.

Hochschulübergreifendes

Mensen

Gespräche mit anderen Hochschulvertretungen wurden geführt um eine Adaption der bundesweiten Verteilung der Mensensubventionierung zu besprechen.

Da HVen jetzt die Möglichkeit haben, die Subventionierung pro Menü zwischen 0,5 EUR – 1 EUR selbst festzulegen, ist der VoKo-beschluss von 2006 nicht mehr adäquat, da sich sonst das Budget zugunsten der HVen verschieben würde, die einen geringeren Förderwert pro Menü festlegen würden.

Bei der Vorsitzendenkonferenz am 25.06. wurde ein entsprechend veränderter Beschluss einhellig gefasst.

Kampagnen und Initiativen

ÖH Wahlkampagne

Die Kampagne der ÖH Uni Wien „Wahlen sind für alle da“ beinhaltete zwei Aussendungen, Jutetaschen, Freesbee's sowie diverse Informationen zum Wahlmodus etc. Des Weiteren wurden Veranstaltungen durchgeführt, die allgemein über die Wichtigkeit der Teilnahme an der Wahl sowie der Arbeit der verschiedenen Vertretungsebenen informiert haben.

Am 19.06. hat das Vorsitzteam gemeinsam mit der Wahlkommission die Konstituierung der Fakultätsvertretungen durchgeführt. Die Konstituierungen konnten dank dem unermüdlichen Einsatz und der Hilfe des Sekretariats und einer guten Vorbereitung reibungslos vonstattengehen.

650 Jubiläum

Neben der sehr erfolgreichen Ausstellung „Es gibt keinen Grund zu feiern - Die ÖH im Wandel der Zeit“ und der bildungskritischen Konferenz mit Vortrag fand im Sommersemester eine sehr erhellende Vortragsreihe mit dem Thema „Frauen* in der Wissenschaft“ statt. Insgesamt stellten drei Wissenschaftlerinnen zu den Themen „Frauen* in den Naturwissenschaften“, „Frauen* in den Wirtschaftswissenschaften“ und schlussendlich „Frauen* in der Geschichte“ Fakten und Beobachtungen vor und gaben einen Überblick zu emanzipatorischen Kämpfen von Frauen* an der Universität und einen Ausblick.

Zudem fand am 20.03. eine Gedenkveranstaltung zu Ernst Kirchweger statt. Es sprachen dazu die Zeitzeugen Albrecht Konecny und Toni Scholl, Natascha Strobl sprach zu Rechtsextremismus heute. Moderiert wurde die Veranstaltung von Matthias Vigl. Zum 50. Jahrestages des ersten politischen Mordes nach 1945 veranstaltete die ÖH die Gesprächsrunde mit Zeitzeug_innen und Expert_innen nicht nur um Ernst Kirchweger zu gedenken, sondern auch um seinen Todestag als Anlass zu nehmen sich mit rechtsextremer Gewalt heute auseinanderzusetzen.

Am 12.06. fand weiterhin das große Clubbing der ÖH Uni Wien anlässlich des Unijubiläums statt. In den Clubs „Grelle Forelle“ und „Werk“ konnten insgesamt 12 Acts besucht werden und dies für den geringen Unkostenbeitrag von EUR 2,-. EUR 1,- wurde an die Organisation „Asyl in Not“ gespendet. Der Ansturm sprach für den Erfolg der Veranstaltung: insgesamt fast 3000 Besucher_innen waren zu Gast und tanzten für einen guten Zweck.

Florian Piewald – Julis zur Protokollierung

Ich möchte mich nur kurz bedanken, weil der Bericht sehr ausführlich war und weil man wirklich daraus schlau geworden ist und ich finde das sollte man auch wertschätzen.

TOP 4 wird geschlossen.

TOP 5 - Berichte der Referent_innen

Alina Bachmayer-Hayda – Referat für Bildungspolitik

Nun folgt der Tätigkeitsbericht

- Jour Fixe mit der Studienpräses
- Jour Fixe mit Vizerektorin Schnabl und dem Leiter der Studienzulassung Steinacher
- Jour Fixe mit Leiter der Studienzulassung
- Gremienarbeit
- Personengruppenverordnung
- Lehramt
- UV-interne Arbeit
- Beratung
- Sonstiges

Jour Fixe mit der Studienpräses

Bei ca. monatlichen Treffen mit dem Studienpräses Lieberzeit und seinem Team besprechen wir einerseits allgemeine Fragen, vor allem zum Prüfungsrecht oder zu Anrechnungen, andererseits setzen wir uns für die Anliegen einzelner Student*innen ein. Seit der letzten UV Sitzung am 17.3.2015 hat das Bildungspolitische Referat der ÖH Uni Wien drei Termine mit dem Studienpräsesteam gehabt. Darüber hinaus stehen wir regelmäßig in Telefon- und Emailverkehr mit dem Büro der Studienpräses, um die Probleme und Anliegen der Student_innen so zeitnah und so rasch wie möglich lösen zu können.

Jour Fixe mit Vizerektorin Schnabl und dem Leiter der Studienzulassung Steinacher

Auch mit der Vizerektorin Schnabl treffen wir uns monatlich. Neben konkreten Einzelfällen waren in den letzten drei Monaten vor allem Angelegenheiten das neue Lehramt und die Personengruppenverordnung betreffend Gesprächsthema. Gemeinsam tauschen wir uns über Neuerungen aus und bringen bei Bedarf Kritik an. Da der Leiter der Studienzulassung Steinacher bei diesen Terminen auch immer anwesend ist, besprechen wir auch allgemeine Probleme und Fragen zur Zulassung.

Jour Fixe mit dem Leiter der Studienzulassung Steinacher

Da zum Ende der Zulassungsfrist sich immer wieder große Mengen an Student*innen an uns wenden, da sie Probleme mit der Zulassung haben, haben wir im Februar mit dem Leiter der Studienzulassung ausgemacht, uns zweimal monatlich zu treffen. Bei diesen Treffen haben wir ausführlich die

Personengruppenverordnung diskutiert und unsere Vorschläge angemerkt sowie Einzelfälle besprochen. Dieser Rahmen hat sich als sehr sinnvoll erwiesen, um auf individuelle Probleme von Student*innen einzugehen. Wir stehen auch in regem Mailkontakt mit dem Team der Zulassung, um akute Fälle zu klären oder Nachfragen anzubringen.

Gremienarbeit

Seit Beginn der Exekutive steht das Bildungspolitische Referat im ständigen Austausch mit studentischen Vertreter_innen des Senats, der Curricularkommission, der Rechtsmittelkommission sowie mit der Zentrumsvertretung für Lehramt. Besonders durch die Teilnahme der bildungspolitischen Referentin an den Senatssitzungen wird ein schneller Informationsfluss und Teilhabe an Entscheidungsfindungen ermöglicht.

Personengruppenverordnung

Wir haben, um direkte Verbesserungen bei der Zulassung ausländischer Studierender zu erreichen, ein Positionspapier erarbeitet und unsere Standpunkte bei der Erarbeitung neuer Richtlinien zur Feststellung der Zugehörigkeit zur Personengruppe eingebracht. Auch wenn wir wissen, dass minimale Verbesserungen kein Ersatz für eine tiefgehende Auseinandersetzung mit rassistischen Ausgrenzungsmechanismen sein können und daher unsere grundlegende Kritik an der Situation der Studierenden aus Drittstaaten aufrecht bleibt, so sind wir sehr zufrieden mit den Ergebnissen, die wir in Zusammenarbeit mit den Behörden der Uni Wien für erreicht haben. (siehe Anhang)

Lehramt Diplom

Für all jene, die sich im alten Studienplan eines Lehramtsfaches befinden und zwei für Fächerkombinationen (AB und AC) inskribiert sind, aber nur B und C abschließen wollen, gilt nach wie vor: inskribiert bleiben, am Ende des Studiums können die beiden Fächer zusammengeführt werden. Ein zukünftiger Streitpunkt hat sich allerdings bei dem letzten Treffen mit der Vizerektorin aufgetan; die Ausnahmeregelung gilt nämlich zwar für den Abschluss, nicht aber für die Studienbeiträge. Diejenigen, die mit dem Fach, das sie nicht mehr aktiv studieren (A), in Verzug kommen, müssen also den regulären Studienbeitrag zahlen, da dieser auch in diesem Fall nicht erlassen wird. Weiters eruieren wir andere Probleme, die sich durch die von uns erwirkte Regelung auftun, wie zum Beispiel bei der Familienbeihilfe oder der Stipendienvergabe.

Lehramt Neu

Die Uni Wien steht seit diesem Jahr mit den Pädagogischen Hochschulen des Nord-Ost-Verbundes in Kontakt, um ein gemeinsames Curriculum zu erarbeiten, das bereits im Wintersemester 2016 in Kraft treten sollen. Dazu werden gerade curriculare Arbeitsgruppen gebildet, die bis Oktober dieses Jahres fertige, gemeinsame Curricula erarbeiten soll. In diesen Arbeitsgruppen sitzen Lehrende der Uni Wien und der PHen, ebenso wie Studierende der Institutionen. Das Bildungspolitische Referat beteiligt sich an den Koordinationstreffen der Studierenden, außerdem werden auf sämtlichen Ebenen und Gremien Diskussionen geführt und Beteiligung forciert.

UV-interne Arbeit

Auch innerhalb der UV vernetzen wir uns verstärkt mit den anderen Referaten. Da es viele thematische Berührungspunkte zwischen dem Referat für antirassistische Arbeit und dem Referat für Bildungspolitisches gibt, haben wir einen gemeinsamen zweiwöchig stattfindenden Jour Fixe. Dort besprechen wir allgemeine Richtlinien der Universität Wien, sowie Einzelfälle, die beide Referate betreuen.

Beratung

Zu den täglichen Aufgaben des Referats gehören schriftliche wie persönliche Beratung. Wir begleiten Studierende zu Terminen bei diversen Studienprogrammleitungen und haben sie auf dem Weg durch die Instanzen begleitet.

Seit März hat das Bipol eine Facebook-Seite, um unsere individuelle Beratung besser zu bewerben.

Sonstiges

Das Bildungspolitische Referat der ÖH Uni Wien beteiligt sich wie bereits die Monate davor an UV internen Arbeitsgruppen und Projekten, besonders im Rahmen der Events rund um den Schwerpunkt 650 Jahre Uni Wien. Wir waren an den Vorbereitungen der Ausstellung zur Geschichte der ÖH sowie dem Clubbing für Student*innen beteiligt.

Adele Siegl – Sozialreferat

Beratung

Die Beratung fand wöchentlich Mo-Fr: 9-13 Uhr und Mo-Do: 14-16 statt.

Wohnvorträge

Das Sozialreferat hat gemeinsam mit der Mobilen Gebietsbetreuung Wohnvorträge organisiert. Diese Vorträge beinhalteten Mietrechtsfragen und wichtige Inhalte in Verbindung mit Makler_innen.

Senat Stipendienstelle

Das Sozialreferat hat an den Sitzungen des Stipendienrates teilgenommen und in Angelegenheiten der Vorstellung und der Beschwerdeentscheidung des Studienförderungsgesetzes mitentschieden.

Unique

Das Sozialreferat hat die monatliche SozRef Ecke der Unique mit sozialpolitischen Themen befüllt.

Einsicht Förderstipendien

Die laut Satzung vorgesehene Einsicht in die Vergabe von Förderstipendien der Universität Wien wurde vom Sozialreferat wahrgenommen.

Administrative Tätigkeiten

Mitarbeiter_innenbetreuung, Kontrolle der verwendeten Rechtsquellen, Uniqueartikel usw

Mathias Haas – Alternativreferat

Österreich ist ein Land, in dem der Kompromiss geschlossen wird noch ehe der Konflikt erkennbar ist. (Helmut Qualtinger)

Veranstaltungen und Workshops

Führung durchs Hauptgebäude mit thematischem Schwerpunkt zur Erinnerungspolitik mit Matthias Vigl
Das Hauptgebäude der Universität Wien am nunmehrigen Universitätsring war und ist seit seiner Eröffnung 1884 permanent Ort von politischen und sozialen Auseinandersetzungen und ist damit ein zentraler Ort der Erinnerung der Universität Wien. Diese Vergangenheit und Gegenwart ist allerdings weitgehend vor Ort unsichtbar. Hinweise auf Opfer und Täter*innen fehlen weitgehend. Vielmehr wird eine Tradition gepflegt, die auf eine fast lückenlose Erfolgsgeschichte abzielt – seien es die Büsten im Arkadenhof, sei es die Rektorentafel, seien es die Bilder der Nobelpreisträger.

Die wenigen Mahn- und Erinnerungsorte, die es gegen alle Widerstände gibt, gehen dagegen im alltäglichen Betrieb der Universität unter und sind, wenn man nicht danach sucht, kaum sichtbar.

Workshop zur sozialen Undurchlässigkeit des österreichischen Bildungssystems mit Sophie Lojka
In Österreich wird den Kindern die Matura ja nur noch nachgeschmissen. Oder doch nicht? In diesem Workshop wollen wir uns eingehenden mit dem österreichischen Schulsystem beschäftigen und uns anschauen, wie sozial durchlässig es ist. Wir betrachten den Aufbau des Systems genauso wie die aktuellen schulpolitischen Entwicklungen und diskutieren, welche Strategien und Konzepte es für eine sozial gerechte Schule gibt.

Bildung von der Utopie zur neoliberalen Wissensgesellschaft Vortrag von Gerhard Stapelfeldt

Die Utopie der Bildung versprach einst, dass der Mensch durch seinen Aufstieg zur Gottesebenbildlichkeit sich selbst und seine Welt durch Vernunft zu bilden vermöchte: einem Bildhauer gleich. Bildung ist: höchste theoretische Einsicht in die Welt als Ganze, praktische Verwirklichung des Menschen als Menschen, der Gesellschaft als eines vernünftigen „Vereins freier Menschen“ – so dass der Mensch sich seiner selbst und seiner Verhältnisse bewusst ist. Als Prozess ist Bildung: Welt- und Selbstaufklärung durch das „Ändern der Umstände“ und „Selbstveränderung“ in eins (Marx). Diese Idee wurde geboren in der Antike, radikalisiert in der Renaissance, leitende Utopie in der Epoche der liberalen Aufklärung – um am Ende des 19. Jahrhunderts in der Ausbildung von Menschen zu Maschinenmenschen in einer Maschinengesellschaft unterzugehen. Die neueste Gestalt der Negation dieser Utopie durch den gesellschaftlichen Fetischismus ist der zur Globalisierung verallgemeinerte Neoliberalismus: die neoliberale Wissensgesellschaft.

Ausstellung „Die ÖH im Wandel der Zeit“

Im Rahmen des Campus-Festivals fand vom 12. – 14. Juni auch die Ausstellung der ÖH zur kritischen Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte statt. Bei Eröffnung und Sektempfang besuchten nicht nur interessierte Studierende, sondern auch Vertreter_innen von Universität und Medien die Ausstellung. In sieben Themenbereichen stellt die ÖH ihre Geschichte und einschneidende historische Ereignisse in der Geschichte der Uni Wien dar und versucht einen kritischen Ausblick zu geben, wie politisches Engagement in Zukunft aussehen kann. Neben den Schautafeln gab es sechs Zeitzeug_inneninterviews und Filmscreenings als Rahmenprogramm zu sehen. Thematisch und inhaltlich begleitend zur Ausstellung erschien am Tag der Eröffnung auch der Katalog und Reader, der noch tiefgreifend auf die Themenbereiche Bezug nimmt.

In den kommenden Wochen stehen weitere Verhandlungen mit dem Veranstaltungsmanagement der Uni Wien darüber an, die Ausstellung noch bis Ende des Jahres oder darüber hinaus an möglichst vielen Unistandorten zu zeigen. Des Weiteren wird an der Erweiterung der Ausstellung und einer umfangreichen Dokumentation des Jubiläumsjahres gearbeitet, um das Jubiläum inhaltlich und kritisch anzuschließen. Unter dem Motto „Es gibt keinen Grund zu feiern“ soll auch rückblickend Bezug auf die pompöse Feier genommen werden.

Eine Veranstaltung habe ich im Referatsbericht vergessen, das war ein Stadtpaziergang über Gastarbeit in Wien, wo wir uns mit der Anreise und den Lebensbedingungen in den 70er Jahren beschäftigt haben.

Florian Piewald – Junos zur Protokollierung

Auch wenn ich dir inhaltlich, vor allem deinen bildungspolitischen Ausführungen nicht zustimme, so ist das der 1. Referatsbericht, der ausführlich ist, wo man weiß, was das Alternativreferat gemacht hat und der vor allem keine Lenin-Zitate beherbergt.

Johannes Steurer – AG zur Protokollierung

1) danke für den Bericht. und 2) das Thema „650 Jahre Feier oder feiern wie ihr wahrscheinlich sagen würdet, ist jetzt die letzten fast 2 Jahre Thema gewesen. Ich hätte jetzt gerne, muss nicht sofort beantwortet werden, aber innerhalb der nächsten zwei Wochen, schriftlich von mir aus, eine Auflistung aller Projekte die im Zuge dieses Jubiläums veranstaltet wurden, welche Personen, wie lange darin involviert waren und wie viel Geld jeweils dafür aufgewendet wurde. Das hätte ich gerne, oder hätten wir gerne von der Aktionsgemeinschaft. Und noch eine Anmerkung, das kann man dann dem Öffref auch sagen, ich sag es jetzt gleich dazu, die OTS mit dem Titel: „Die ÖH im Wandel der Zeit – es gibt keinen Grund zu feiern“. Das kann man durchaus auch falsch verstehen, weil eure ÖH-Politik in Wirklichkeit zum Gruseln ist.

Mathias Haas

Danke für die Fragen.

Stephanie Marx – KVS-LiLi

Es ist auch dem Jahresvoranschlag eine eigene Projektübersicht über die finanziellen Aufwendungen beigefügt, ich nehme mal an, das beantwortet diese Frage.

Markus Giesen – ZBV der AG

Wir haben die letzten zwei Jahre, fast jedes Mal einen Bericht bekommen vom Alternativreferat, ja wir machen was für die 650 Jahre Feier, wir machen was, wir machen was. Auf unsere Nachfrage hat es immer geheißen, es sind konkrete Ideen, wir können nichts sagen. Jetzt hätten wir gerne mal, jetzt ist der ganze Spaß vorbei, einfach einen gescheiterten Abschlussbericht, was habt ihr gemacht, wer war involviert und welche Sachen habt ihr da alles gemacht. Das wäre einmal als Abschlussbericht sehr sinnvoll.

Karin Stanger – GRAS

Entschuldige, hast du nicht gerade den Referatsbericht genau gehört. Da steht ganz genau drinnen, was das Alternativreferat gemacht hat, da kommen alle Veranstaltungen vor. Also für mich erübrigt sich die Frage, weil gerade vom Referat das ganz genau vorgelesen wurde.

Zudem ist auch von der Exekutive eine Nachbereitung geplant zu 650 Jahre, es soll auch auf die HP kommen. Das kann ich euch jetzt schon berichten, das wir uns damit beschäftigen, was haben wir alles gemacht und wozu.

Mathias Haas

Man sollte nicht ganz vernachlässigen, dass die Vorarbeit zu den Veranstaltungen der 650 Jahre Feierlichkeiten mit dem dafür zuständigen Büro der ÖH Uni Wien horrende Geldmittel erspart hat bzw. auch ermöglicht hat, dass die Ausstellung und die Party in dem Rahmen und dem Ausmaß stattfinden konnte, wie sie stattgefunden hat. Wie gesagt, der langen vorhergehenden Zusammenarbeit mit dem Jubiläumsbüro zusammen.

Philipp Jung – Referat für Ausbildung-, Fortbildung und Organisation

ÖH Wahlen 2015

Die Vorbereitungen für die Wahlen:

Zuerst haben wir Materialien für die Unterkommissionen von vor 2 Jahren aussortiert und was fehlte, wurde neu gekauft.

Dann wurde die Stempelbestellung (ohne Jahreszahl, somit wiederverwendbar) erledigt. Weiters mussten wir die Wahlkommissionsräumlichkeiten aufräumen.

Die Kisten für die Unterkommissionen wurden von uns vorbereitet und beschriftet

Im Laufe der Vorbereitungen haben wir die Verpflegung für die Unterkommissionen bestellt. Dann haben wir die Wahlkabinen (einmal regulär, einmal barrierefrei für jedes Wahllokal) reserviert, sowie die Autos, die für deren Transport gebraucht wurden. Außerdem fiel die Bestellung der Wahlurnen an.

Während den Wahlen:

Am Tagesprogramm stand die tägliche Auslieferung der Lunchpakete an die Unterkommissionen, sowie die Organisation vor Ort bei der Hauptwahlkommission, welche folgende Punkte beinhaltete:

- Den Transport der Kisten und Wahlurnen koordinieren;
- Materialien, die gefehlt haben, an die verschiedenen Unterkommissionen nachbringen;
- Versorgung der Unterkommissionen mit ÖH Materialien (Wahltaschen und „Ich war wählen – Buttons“)

Nach den Wahlen:

Am Donnerstag wurden (als alle Wahllokale geschlossen waren) die Wahlkabinen an allen Standorten eingesammelt. Am Freitag wurden alle Wahlkabinen sowie die Wahlurnen (die mittlerweile in der Hauptwahlkommission waren) zurückgefahren, sowie die reservierten Autos zurückgebracht. Danach wurden alle Materialien aus der Hauptwahlkommission (Aula am Campus) in den Räumlichkeiten der Wahlkommission archiviert

Insgesamt sind die ÖH Wahlen an der Universität Wien gut verlaufen. Es gab keine größeren Zwischenfälle und die Zusammenarbeit zwischen dem Raufo und der Wahlkommission verlief zu beiderseitiger Zufriedenheit.

ÖH Clubbing

Am 12. Juni fand das Sommerfest der ÖH Uni Wien statt. Es waren über 3.000 Menschen da. Mittlerweile befinden wir uns in der finanziellen Abwicklung und können den genauen Betrag des für die Organisation „Asyl in Not“ gesammelten Geldes noch nicht bekannt geben. Die Organisation der Party (welche sich über mehrere Monate gezogen hat) war erfolgreich, die Bands waren allesamt mehr als zufrieden mit der Stimmung und ihrer Betreuung.

ÖH Ausstellung

Im Rahmen der 650 Jahr Feier der Universität Wien veranstaltete die ÖH Uni Wien eine Ausstellung zur Geschichte der ÖH und übte in diesem Rahmen Kritik an der Uni Wien und ihrer Erinnerungspolitik. Die Ausstellungseröffnung fand am 12. Juni statt, wofür das Raufo einen Sektempfang organisierte.

Laufende Arbeit

Zu diesen großen Projekten kommt natürlich auch noch das "Alltagsgeschäft". Wir kümmern uns um diverse Anfragen, Raumpläne, die Organisation von Universitätsvertretungssitzungen und unterstützen die anderen Referate oder weitere große Projekte der ÖH Uni Wien, wie eben erwähnt.

Johannes Steurer – AG zur Protokollierung

Danke für den Bericht. Ich habe auch schon bemerkt, dass der Stream jetzt endlich online gegangen ist. Dass sich die Qualität verbessert hat, sowohl in punkto Video- als auch Audioqualität. Ich habe bei der letzten Sitzung eigentlich beschließen lassen, dass es zu einer Änderung der Plattform kommt, da ist ustream. Meine Frage ist, kommt es jetzt nach wie vor noch zu Werbeunterbrechungen? Das ist das eine, das zweite, ich bin mir nicht ganz 100% sicher ob ich bei dir bei der richtigen Anlaufstelle bin bezügl. dieser Anfrage, aber warum ist dieser Raum nicht barrierefrei zugänglich? Das ist eigentlich laut Satzung vorgeschrieben.

Philipp Jung

Bezügl. Streamingplattform – wir haben experimentiert mit You Tube was zu streamen, was uns nach langer Zeit und technischer Schwierigkeiten jetzt gelungen ist.

Wir fragen jedes Mal nach Räumen beim Veranstaltungsmanagement an. Meistens bekommen wir den Elise-Richtersaal. Dieses Mal haben wir den leider nicht bekommen und wurden auf den Marietta Blau Saal verwiesen. Theoretisch sollte der Raum barrierefrei sein, weil es auf der Ebene noch einen Lift gibt, für den müsste man beim Portier einen Liftschlüssel extra beantragen.

Karin Stanger – GRAS

Es ist momentan halt ein bisschen schwer für die Uni Wien, weil jetzt gerade Prüfungszeit ist, d.h. in sehr vielen großen Hörsälen finden Prüfungen statt. Wir versuchen immer einen anderen Raum zu bekommen, aber dieses Mal war es leider nicht so, aber eigentlich müsste dieser Raum auch barrierefrei sein.

Mathias Haas

Da ich selbst einmal in diesem Referat war, weiß ich was es für eine horrende Arbeit ist, die Wahlen zu organisieren und wollt mich dafür noch einmal bedanken.

Johannes Steurer – AG zur Protokollierung

Ich hätte eine Frage noch bezüglich der Wahlen. Ihr habt gesagt, dass ihr das gemeinsam mit der Wahlkommission organisiert die Wahlen, finde ich super. Ich habe nur eine Frage bezüglich dem Ablauf

der Wahlen, wie es z.B. bei der UWK bei der Geschichte dazu gekommen ist, dass in den ersten 1,5 Stunden die Wahlzettel nicht abgestempelt wurden, diese dadurch alle ungültig waren. Würde mich interessieren warum, wir wissen alle das Problem, geringe Wahlbeteiligung, demokratische Legislation der gewählten Organe. Wäre doch schön, wenn mehr Leute wählen gehen würden und genau solche Dinge sind es dann, die uns dann doch ein bisschen in der Öffentlichkeit lächerlich dastehen lassen. Ich weiß nicht, ob du dafür zuständig bist, aber ich stelle die Frage in den Raum, vielleicht kann sie jemand beantworten.

Wolfgang Wagner – UniPiraten meldet sich um 12:02 Uhr an.

Philip Jung

Vom Raufo kann ich dazu wenig sagen, was in den einzelnen Unterkommissionen mit Stempeln funktioniert hat oder nicht. Das wäre Sache der einzelnen Unterkommissionen bzw. müsste man die Hauptwahlkommission in Kenntnis setzen.

Stephanie Marx für das Referat für Barrierefreiheit

Wir verfolgen im Barref einen Weg auf drei verschiedenen Ebenen.

1. **Beratung:** Hilfe bei individuellen Problemen
 2. **Projekte:** Zusammenarbeit und Teilnahme an Kooperationen
 3. **Theorie:** Kooperationen mit einem breiteren (gesellschaftspolitischen oder intersektionalen) Anspruch, Hinterfragung der Normierung von Körpern
1. In Bezug auf den ersten Aspekt leisten wir im Referat
 - Beratung von Studierenden mit Behinderungen und Beeinträchtigungen, in Sprechzeiten auf der Uni, sowie per Email oder Telefon.
 - Beratung und Aufklärung in der ÖH. Hier wird auf eine Zusammenarbeit mit den anderen (beratenden) Referaten, Studienvertretungen und Institutsgruppen Wert gelegt. Alle ÖH-Referate sollen für die Belange von Studierenden mit Behinderung/Beeinträchtigung sensibilisiert werden.
 - Im Zuge der Sensibilisierung und Aufklärung schreiben wir außerdem in jeder Ausgabe der Unique einen Artikel zur Barref-Ecke.
 2. Bemühen wir uns im Vernetzung mit anderen Gremien und Organisationen
 - In diesem Semester gab es dazu ein Treffen mit einem Mitglied der Psychologischen Beratungsstelle der Uni Wien, da wir gerne mehr auf die oft nicht so sichtbaren Interessen und Probleme von Studierenden mit psychischen Beeinträchtigungen hingewiesen hätten. An einer tieferen Zusammenarbeit schien die Beratungsstelle jedoch leider zum derzeitigen Zeitpunkt nicht interessiert.
 3. Daneben fand ein Treffen mit dem Behindertenbeauftragten der Uni Wien statt. Es wurden allgemein die Schnittpunkte und gemeinsamen Interessen der Arbeit ausgetauscht. Das Gremium des Beirates von Studierenden mit Behinderung wurde als Möglichkeit Projekte umzusetzen gesehen.

Außerdem wurde ein Austausch über das Themenfeld Behinderung einerseits auf wissenschaftlicher Ebene versucht, andererseits wurden Projekte mit einem intersektionalen Ansatz (Mehrfachdiskriminierungen) unterstützt.

 - Hierbei kam es zu einer Teilnahme am Symposium Disability Studies in Linz. Im Rahmen einer Ringvorlesung an den Universitäten in Linz und Salzburg wurden mehrere Vorträge gehalten, zusammen mit Dance Ability. Auch in Wien ist eine Ringvorlesung angestrebt.
 - Weiters gab es von unserer Seite einen Vortrag zu den Basics Barrierefreiheit im Zuge des FemCamps in Wien.
 - Darüber hinaus läuft weiterhin eine Kooperation mit Stichwort, dem Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung in Wien, um die Repräsentation von Menschen mit Behinderung in der Archivpraxis zu reflektieren und einen Dialog zwischen der Behinderten- und der Frauenbewegung anzustreben. Erste Treffen und Workshops wurden abgehalten, weitere Workshops, sowie eine Präsentation und Publikation sind geplant.

Stephanie Marx für das Referat für antifaschistische Gesellschaftskritik

Im Sommersemester wurden die Vernetzungsbestrebungen mit verschiedenen antifaschistischen Akteur_innen sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen in diesem Bereich weitergeführt und die im Wintersemester neu geknüpften Kontakte intensiviert sowie Perspektiven gemeinsamer Projekte über Grenzen hinweg konkretisiert. Wöchentlich wird ein Facebook-Newsletter verschickt, der Veranstaltungsankündigungen und –berichte aus dem Themenfeld antifaschistische Gesellschaftskritik zusammenfasst, kommentiert und verbreitet.

Wie bereits im vergangenen Semester stellte die infrastrukturelle Unterstützung des wöchentlichen Protests gegen den Aufmarsch deutschnationaler Burschenschafter auf der Rampe der Universität Wien einen wichtigen Fokus dar. Bereits seit Oktober hat die ÖH Uni Wien diese im Ergebnis erfolgreichen Proteste mitgetragen. Es wurde dazu ein Transparent gedruckt, welches auf den nach wie vor bestehenden Einfluss männerbündischer Seilschaften an der Universität Wien hinweist, themenbezogene Informationsmaterialien wie die neu aufgelegte Broschüre „Völkische Verbindungen“ und ein diesbezüglicher Informationsflyer wurden verteilt bzw. aufgelegt und Fragen von Studierenden direkt vor Ort sowie per Mail beantwortet. Das Antifa-Referat unterstützte des Weiteren das Vorsitzteam sowie das Referat für Öffentlichkeitsarbeit bei der inhaltlichen Vorbereitung von Anträgen sowie Presstexten zu antifaschistischen Themen.

Der inhaltliche Fokus lag auf neuen Phänomenen und Gruppen innerhalb der organisierten extremen Rechten und antifaschistischen Strategien im Umgang mit diesen. Diese Diskussionen wurden vor allem im Kontext des Aufmarsches der neofaschistischen „Identitären“ Anfang Juni geführt, hierbei wurde der Begriff der „Neuen Rechten“ sowie die Klassifizierung dieser Gruppe als Bewegung kritisch reflektiert.

Für den Unibeginn im Oktober sind mehrere Vorträge bereits zugesagt, der Schwerpunkt wird sich im Bereich Gedenkpolitik bewegen. Über den Sommer wird das zentrale Projekt eine Form der Thematisierung und Visualisierung rechtsextremer Übergriffe und sonstiger Aktivitäten im Raum Wien sein. Außerdem steht die Unterstützung der Proteste gegen den „1000 Kreuze Marsch“ in Salzburg Ende Juli auf der Agenda. In diesem Kontext gab und gibt es auch eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit antisexistischer, antihomophober und antifaschistischer Kritik an christlichen Fundamentalist_innen.

Laurin Rosenberg – VSSStÖ meldet sich um 12.08 Uhr an.

Stephanie Marx für das Kulturreferat

Verlosungen

– Karten für das den Film „A Girl Walks Home Alone at Night“ in Kooperation mit dem Gartenbaukino

– Gewinnspiele- Kartenverlosung in Zusammenarbeit mit GAMÜCKL:

– April:

„Hedda“ im Theater Spielraum (A-1070 Wien; Kaiserstraße 44-46); in Zusammenarbeit mit der jungen englischsprachigen Theatergruppe „Open House Theatre Company“

„Gefährliche Liebschaften“ in der Galerie im ERSTEN (1010 Wien; Sonnenfelsgasse 3)

„Aladins Erkenntnis“ im Theater Akzent (1040 Wien; Theresianumgasse 18)

„Hypnosis“ im „Kunst im Prückel“ (1010 Wien; Biberstraße 2)

„Amy G.“ im Stadtsaal (1060 Wien; Mariahilferstraße 81)

– Mai:

Ausstellung „die Ringstraße des Proletariats“ im Waschsalon Nr. 2 (1190 Wien; Halteraugasse 7)

– usw.

–

Regelmäßige Aussendung des Newsletters

Ausgabe April, Mai, Juni ausgesendet

Ausgabe für Juli noch angedacht

Durch Angabe ihrer E-Mail Adresse haben Interessentinnen auf <http://oeh.univie.ac.at/vertretung/referate/kulturreferat> die Möglichkeit den Kulturreferats-Newsletter zu abonnieren und über aktuelle interne und auch externe kulturelle Veranstaltungen informiert zu werden.

Öffentlichkeitsarbeit, Information und Beratung

– Betreuung der Facebook Seite (475 Followers Stand: 24.06.2015) 500 gehen sich noch aus :)

– Betreuung des Email-Accounts

ÖH-Intern

Regelmäßiger Besuch des InterRefs

Ausblick

Übergabe des Kulturreferats in die fähigen Hände unserer Nachfolger_innen :) Möge das KultRef wild und gefährlich weiterleben. Leider können wir beide bei der letzten UV-Sitzung dieser Exekutive nicht persönlich anwesend sein. In diesem Sinne möchten wir uns für die letzten beiden Jahre bedanken, bei allen aktiven Menschen der ÖH Uni Wien, die uns begleitet und unterstützt haben oder mit Vorschlägen und Kritik an uns herangetreten sind.

Stephanie Marx für das HomoBiTrans*-Kollektiv

Zur Förderung feministischer/queerer Nachwuchswissenschaftler*innen: Am 22.05.2015 Auswahl und Diskussion über die Förderanträge zur Förderung wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit feministischen/queeren Themen gemeinsam mit dem Frauen*referat.

Pro Jahr beläuft sich der Gesamtförderbetrag auf 50.000 Euro. Wir bewerben den Topf laufend, so kommen immer wieder Anträge herein. Ziel ist es ca. zwei Sitzungen pro Semester zu halten.

Am 26.06.2015 machen wir ein Treffen zur Informationsweitergabe für die Neueren

Queeropedia Exemplare sind bei uns im Büro. Bei Interesse bitte per Email anfragen!

Vernetzungstreffen mit den Frauen* und Antira Referat wegen Rassismus auf der ÖH.

Wir arbeiten weiter an einer queerfeministischen Wien-Karte (eine Art queer-feminist city guide). Details folgen.

Ansonsten laufen die regelmäßigen Aufgaben weiter: Homepage, Newsletter, Anfragen, Anträge. Auf unseren Infotisch vorm Referat legen wir Informationen zu aktuellen Veranstaltungen auf. Ständige Email-Anfragen ans Referat werden von uns beantwortet. Wir unterstützen diverse Workshops. Über 280 Personen haben unseren Newsletter abonniert und neue Abonnent*innen kommen laufend dazu. Wir haben auch eine gut besuchte Facebook Seite.

be loud and proud, stay queer all year =>

Vedrana Covic – Referat für antirassistische Arbeit

Beratung

Unsere neuen und ausgeweiteten Beratungszeiten - montags von 10:00-13:00, dienstags von 12:00-15:00, mittwochs 09:30-12:30 und donnerstags wie gewohnt von 09:00-14:00 – werden stark genutzt. Probleme mit denen die Studierenden zu uns kommen sind nach wie vor hauptsächlich der Nachweis der besonderen Universitätsreife (Studienplatznachweis), Schwierigkeiten bei der Zulassung zum Studium, sowie die (Nicht-)Anerkennung der Personengruppenverordnung.

Jourfix Vizerektorin

Die Interpretation bzgl. der Personengruppenverordnung hat sich geklärt und wurde überarbeitet. Die Vorschläge seitens Antira Referat und Bipol wurden fast alle von der Zulassungsstelle angenommen.

Deutschkursbewerbung

Die Bewerbung der ÖH Deutschkurse bei den Studierenden wurde verbessert, es werden zweisprachige Flyers hergestellt (deutsch, englisch), sowie zweisprachige Plakate neu gelayoutet um den Kurs sichtbarer zu machen. Als Folge darauf haben wir das Aufnahmeverfahren für die ÖH Deutschkurse etwas umgestaltet und es für die Studierende angenehmer organisiert.

Vernetzungstreffen mit Zulassungsstelle Steinacher

Mit dem neuen Leiter in der Zulassungsstelle finden regelmäßige Termine statt, zur Einzelfallbesprechung, sowie grundsätzliche Anliegen.

Vernetzungstreffen mit Frauenreferat Kollektiv ÖH Uni Wien und HomoBiTrans Referat ÖH Uni Wien

Es gibt weiterhin Vernetzungstreffen mit diesen beiden genannten Referaten, um die Zusammenarbeit zu verstärken und damit die intersektionale Mehrfachdiskriminierung von Studierenden besser zu erfassen und betroffene Studierende umfassender unterstützen zu können.

Antira Sozial Fonds

Wie jeden Monat wurden die Anträge bearbeitet, alleine zwischen März bis Anfang Mai 2015 wurden 48 Anträge abgegeben.

Flyer

Es wurden Flyer mit Infos zum Referat an verschiedene Beratungsstellen geschickt um Studierende dort zu erreichen. Die Idee geht auf, immer mehr Kolleg_innen kommen mit einem Flyer in der Hand zu uns ins Büro.

Stephanie Marx für das Frauen*referat

Neben unseren wöchentlichen **Plenas**, **Beratung (Journdienst)** und **Unterstützung** diverser feministischer und queer_feministischer Projekte und einzelner Frauen*waren folgende Punkte im letzten Quartal besonders wichtig:

Queer_fem Topf Sitzung

am 22.5.2015 Auswahl und Diskussion über die Förderanträge zur Förderung wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit feministischen/queeren Themen gemeinsam mit dem Homobitrans*referat.

Vorbereitung der **Frauenvollversammlung** am 23.6.2015

Vorbereitung Filmscreening

Zum Semesterausklang haben wir für den 25.6. ein Filmscreening vor der Gewi organisiert. Gezeigt wurde der queer_feministische Dokumentarfilm *verliebt, verzopft, verwegen* von Katharina Lampert und Cordula Thym. Es gibt gegen freie Spende Getränke und andere Leckereien. Die Einnahmen gehen als Soli-Beitrag an die MAD PRIDE BERLIN

Interner Workshop zu Beratung und Teambuilding

Vorbereitung und Arbeit an der **Frauen*forscherin**

Vorfall **Sexismus in den PC-Räumen** im NIG - Bearbeitung, inhaltliche Auseinandersetzung und Koordination mit Stellen sowie Austausch mit Vorsitz

Vernetzung mit dem Homobitrans* und Antira Referat

um **über Rassismus auf der ÖH** zu sprechen und am Interref zu thematisieren. Am 11.6. waren die betreffenden Personen die Diskussionsbedarf geäußert hatten leider nicht anwesend.

Vorbereitung des **Frauen*tutoriumsprojektes** im Herbst 2015

Treffen mit **Frauenförderbeirat**: Finanzen und Nachbesprechung von Power Up Workshops des letzten Semesters

Vorbereitung und Durchführung einer **Protestaktion** (10.6.) anlässlich der Rede von Rektor Engel im Rahmen der 650 Jahrfeier

Florian Piewald – Julis zur Protokollierung

Was konkret ist in den PC-Räumen vorgefallen, weil da die Rede ist von Sexismus in PC-Räumen. Das würde mich interessieren.

Stephanie Marx - KSV-LiLi

Da wir als Vorsitzteam in der Angelegenheit involviert gewesen sind, können wir das auch direkt beantworten. Und zwar ist es dazu gekommen, dass eine Person sich bei den Angestellten beschwert hat, die Zuständigen vom Servicecenter in den PC-Räumen, weil eine andere Person Filme und Bilder pornographischen Inhaltes in den PC Räumen sich angeschaut hat. Das ist also quasi der eine Fall von sexistischem Verhalten: innerhalb eines öffentlichen Raumes ohne irgendeine Form von Agreement pornographische Inhalte zu konsumieren. Das Zweite ist, das quasi im Zuge der Beschwerde der jeweiligen Person beim Servicepersonal, die Beschwerde nicht nur nicht ernst genommen worden ist, sondern die Person der PC Räume verwiesen worden ist. Es ist dann gesagt worden, wenn es der Person nicht passt, dann können sie ja gehen. Das ist ein Vorfall, der sowohl mit der Abteilung für Gleichstellung und Diversität diskutiert worden ist, als auch mit dem Rektorat diskutiert worden ist, als auch mit dem Raum- und Ressourcenmanagement diskutiert worden ist, um einerseits zu erwirken, dass es Sensibilisierungsschulungen gibt für die Angestellten, dass in dem konkreten Fall mit den jeweiligen Angestellten die Sache nochmal thematisiert wird und, dass zukünftig solche Vorfälle vermieden werden.

Stephanie Marx für das Arbeiter_innenkinderreferat

Buchpräsentation Rechte Kulturrevolution

Am 29. April fand die Buchpräsentation Rechte Kulturrevolution statt. Dabei stellten die beiden Autor_innen Natascha Strobel und Julians Bruns ihr Buch im NIG im Hörsaal 2 vor. Es entstand eine spannende Diskussion mit den Autor_innen mit anschließenden Fragen aus dem Interessierten.

Ausstellung ÖH im Wandel der Zeit:

1. Arbeitsgruppe: Dieses Semester fanden intensivere und regelmäßige Treffen der Arbeitsgruppe für die Ausstellung statt. Dabei koordinierten wir die gesamte Ausstellung über.
2. Recherche: Das Arbeiter_innenkinder Referat übernahm auch die Recherche von einem Teil der Ausstellung. Der Teil der Ausstellung über Uni-Barrieren, genau genommen der Teil der Sozialen bzw. Finanzielle Barrieren der Ausstellung und des Kataloges.
3. Die Ausstellung: Am Tag vor der Ausstellung wurde die Ausstellung im Zelt aufgebaut.

„Wir fordern eine Universität die Chancen gibt und sie nicht nimmt. Wir fordern eine Universität frei von Barrieren!“ - ÖH Uni Wien

ÖH-Veranstaltung: How to Wahl?

Am 11. Mai veranstaltete die Universitätsvertretung einen Informationsnachmittag zu den 1 Woche später stattfindenden ÖH-Wahlen. Das Arbeiter_innenkinder Referat informierte dabei interessierte Student_innen über die Aufgaben und Möglichkeiten der Universitätsvertretung.

650-Jahre ÖH-Clubbing

„Tanzen ist für Alle da!“

Am Clubbing selber half das Referat bei der Abendkasse und bei den Awareness-Teams.

Lena Coufal – Referat für internationale Angelegenheiten

Sprachnachweise für Erasmus-Aufenthalte

Seit neuestem hat die Universität Wien die Anforderungen für die Erbringung der Sprachnachweise geändert, statt vor dem Antritt müssen Studierende diesen schon bei Bewerbung bringen, ohne zu wissen, ob sie den Platz überhaupt bekommen. Dies birgt viele Probleme, weswegen wir versuchen, diese Änderung umzukehren oder zumindest abzuschwächen. Hierzu hat es eine Informationsveranstaltung für Studierende gemeinsam mit den Studienvertretungen Soziologie und Internationale Entwicklung gegeben. Des Weiteren sind wir mit dem Vizerektor Faßmann sowie dem International Office im Gespräch.

Anforderungen für den NON-EU-Exchange

Die Anforderungen sind zum Teil sehr schwierig bis gar nicht zu erreichen, da mindestens 2 Empfehlungsschreiben (früher drei) von Professor_innen der Universität Wien gefordert werden, wobei schon das Problem aufgetreten ist, dass Schreiben von Professor_innen eines anderen Studienganges, als dem der Bewerberin, des Bewerbers, nicht akzeptiert wurden. Auch hier sind wir mit dem Vizerektor Faßmann und dem International Office im Gespräch, um diese Anforderung abzuschwächen.

Vortrag über Mexiko

Der Vortrag "The Mexican Narcostate, Ayotzinapa and the Global Rebirth of Transformative Democracy", der sich mit der Entführung von 43 Studierenden in Mexiko sowie der dortigen politischen Lage beschäftigt hat, konnte wie geplant Ende März stattfinden. Er fand im Hörsaal B am Campus mit vielen Teilnehmer_innen statt. Vortragender war von John M. Ackerman, der eigens aus Mexiko angereist war.

Vernetzungstreffen zum Thema Auslandsaufenthalt

Das Vernetzungstreffen wird wieder in Form eines Picknicks stattfinden. Da der erste Termin verregnet wurde, findet es nun am 3. Juli statt, es wurde auf den 2. Juli vorverschoben. Ziel soll sein, dass Studierende, die einen Auslandsaufenthalt planen, sich mit Menschen, die schon ein Auslandssemester absolviert haben, in einem ungezwungenen Rahmen austauschen können. In vergangenen Semestern ist dies stets auf reges Interesse gestoßen und auch dieses Mal haben wir schon viele Anmeldungen.

Beratung

Natürlich wird auch wieder laufend beraten werden. Uns erreichen in erster Linie fragen von Incomings, die Informationen zu den Themen wohnen, leben und studieren in Wien brauchen, aber auch Outgoings, die Hilfe bei Anrechnungen, Selbstorganisation und allgemeinen Fragen zum Auslandsaufenthalt haben. Diese werden wir in unserem wöchentlichen Journaldienst schriftlich wie auch persönlich beantworten, natürlich bearbeiten wir vor allem dringende Fragen auch außerhalb.

Camila Garfias für das Wirtschaftsreferat

Jahresvoranschlag 2015/2016

Per 31.05.2015 wurde den Mandatar_innen der Universitätsvertretung der überarbeitete Jahresvoranschlag für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 zugesandt. Dieser wurde auf Basis des Budgets für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 erstellt, wobei zum Erstellungszeitpunkt diverse Sonderbudgets für Aktionen und Programme der Universitätsvertretung rund um die 650 Jahr Feier der Universität Wien sowie für die Wahlen der Österreichischen Hochschüler_innenschaft nicht budgetär nicht gesondert vorzusehen waren.

Die Verteilung der Hörer_innen-Beiträge auf Ebene der Fakultäts-, Zentrums- und Studienvertretungen erfolgte anhand der aktuellsten verfügbaren Studierenden-Zahlen des Sommersemester 2015 sowie des Beschlusses der Universitätsvertretung im Rahmen der Sitzung vom 17.03.2015 über die Zuordnung von ordentlichen Studien zu Studienvertretungen sowie der weiteren Zuordnung von Studienvertretungen zu Fakultäts- und Zentrumsvertretungen. Abseits dessen erfolgten im Rahmen der Erstellung des Jahresvoranschlags notwendige budgetäre Anpassungen in einzelnen Bereichen, einerseits um marginale Änderungen bei den Personalaufwendungen auszuweisen und andererseits um eine konkretere Zuweisung von Sachaufwänden explizit darstellen zu können. Eine gegebenenfalls veränderte Schwerpunktsetzung bei der Nutzung der verfügbaren budgetären Mittel der Universitätsvertretung innerhalb des kommenden Wirtschaftsjahrs, wird anhand von Planungen und Zielsetzungen der neuen Exekutive zu erarbeiten und zu budgetieren sein.

Erweiterung des Arbeitsstundenkontingents in den Arbeitsbereichen Buchhaltung und Sekretariat

Die im Rahmen der Sitzung der Universitätsvertretung am 17.03.2015 beschlossene und seitens der Kontrollkommission genehmigte Erweiterung des Arbeitsstundenkontingents im Verwaltungsapparat der Universitätsvertretung, haben bislang vor allem zu positivem Feedback geführt. In Folge der Umstellung kam es sowohl zu einer Beschleunigung von Arbeitsprozessen, als auch zu einer verbesserten Arbeitssituation für die im Verwaltungsbereich beschäftigten Dienstnehmer_innen. Dennoch lag in den letzten Monaten ein Hauptaugenmerk der Arbeit des Wirtschaftsreferats darauf, wie Verwaltungstätigkeiten vereinfacht und weiter beschleunigt werden können bzw. die Ergebnisse von Verwaltungsarbeiten besser ausgewertet und somit sichtbarer und vor allem auch zugänglicher gemacht werden können. In diesem Rahmen wurden nicht nur einzelne Arbeitsschritte aufeinander abgestimmt, sondern auch die Bedürfnisse der einzelnen Arbeitsbereiche in Bezug auf verschiedene Arbeitsprozesse verglichen. Die Bearbeitung und Abstimmung fand mit zwischenzeitlicher Unterbrechung im Monat Mai seit der letzten Sitzung der Universitätsvertretung statt. Sie ist weitestgehend bereits abgeschlossen und wird mit Ende Juni vollständig durchgeführt sein. Die Evaluierung und Anpassung ist als Folge der im Bericht des Wirtschaftsreferats im Rahmen der Sitzung der Universitätsvertretung am 17.03.2015 genannten Überlegungen rund um die Anpassung bei Aufgabengebieten zu betrachten, die zur Erlangung einer schlankeren und rascher arbeitenden Verwaltungsstruktur beitragen können.

Fortführung Gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben (GPLA)

Für das Kalenderjahr 2014 führte die Wiener Gebietskrankenkasse von Ende Mai bis Mitte Juni 2015 wieder eine GPLA durch. Dabei handelte es sich um die im Vorjahr bereits angekündigte und somit erwartete Fortführung der Überprüfung lohnabhängiger Abgaben, wie sie seitens des Wirtschaftsreferats auch im Rahmen des Referatsberichts für die Sitzung der Universitätsvertretung am 24.10.2014 erwähnt wurde. Die Prüfung fand auf Basis der im Vorjahr gesammelten Erkenntnisse statt bzw. erfolgte die Berechnung einer pauschalen Nachforderung zu den gleichen Bedingungen wie im Rahmen der Überprüfung des Beitragszeitraums 2009-2013.

Für den Beitragszeitraum 2014 bildete somit erneut eine Pauschale von 27% des Auftragswerts der betroffenen Werkverträge die Basis für die Höhe der Beitragsnachverrechnung. Das gesamte Auftragsvolumen der betroffenen Werkverträge betrug EUR 190.913,00, die errechnete Pauschale gelangte wieder zur Aufteilung zwischen der Wiener Gebietskrankenkasse sowie dem für die Hochschul_innenschaft an der Universität Wien zuständigen Finanzamt. Die von der Wiener Gebietskrankenkasse und dem zuständigen Finanzamt festgestellte Beitragsnachverrechnung inkl. Zinszuschläge umfasste EUR 56.783,00. Aufgrund der im Vorjahr bereits erwarteten Fortführung der Prüfung für das Kalenderjahr 2014, wurde für die Nachverrechnung für bereits abgeschlossene Werkverträge innerhalb der ersten Jahreshälfte 2014 im Jahresabschluss per 30.06.2014 eine Rückstellung in Höhe von EUR 44.983,- berücksichtigt.

Zusätzlich zu dieser Rückstellung im Jahresabschluss per 30.06.2014 wurden für den Zeitraum 01.07.2014 bis 30.11.2014 unterjährig Rückstellungen gebildet. So wurden unter anderem für die Sommermonate Juli und August 2014 eine Rückstellung in Höhe von 27% des Auftragsvolumens von betroffenen Werkverträgen aller Organe auf Kosten des Budgets der Universitätsvertretung (siehe Jahresvoranschlag für das Wirtschaftsjahr 2014/2015) gebildet. Innerhalb der definierten Übergangsfristen im Rahmen der weitreichenden Überarbeitung der Gebarungsrichtlinien des Wirtschaftsreferats Anfang Oktober 2014, konnten die einzelnen Organe Werkverträge vorläufig noch in der bis dahin gewohnten Form abwickeln, allerdings wie verlautbart unter der Prämisse, dass zusätzlich zum Auszahlungsbetrag des Honorars 27% des Auftragswerts als Rückstellung vom Budget des Organs einbehalten bzw. von deren Budget abgezogen wurden. Unterjährig wurde insgesamt eine Rückstellung in Höhe von EUR 7.051,89 gebildet.

In Summe sind daher aufgrund der getroffenen Vorkehrungen für die GPLA 2014 – unter anderem durch Bildung der notwendigen Rückstellung im vorangegangenen Wirtschaftsjahr 2013/2014 – im laufenden Wirtschaftsjahr 2014/2015 nur noch Aufwendungen in Höhe von EUR 11.800,00 gesondert entstanden. Dieser Betrag umfasst sowohl die Pauschale-Beitragsnachverrechnung als auch die verrechneten Zinszuschläge und wird anteilig durch die unterjährige Rückstellung in Höhe von EUR 7.051,89 gedeckt. Die Differenz erklärt sich maßgeblich auf Basis der Verzinsung der Beitragsnachzahlung durch die Wiener Gebietskrankenkasse, welche durch die Universitätsvertretung abgedeckt wird.

ÖH Wahlen 2015

Wie bereits in vorangegangenen Berichten des Wirtschaftsreferats im Rahmen von Sitzungen der Universitätsvertretung angekündigt, erfolgte eine organisatorische sowie personelle Unterstützung rund um die Vorbereitung zu den ÖH Wahlen 2015. In diesem Rahmen wurde unter anderem die postalische Aussendung zweier Wahlinformationen an Studierende der Universität Wien, in Zusammenarbeit mit dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit, umgesetzt. Die im Rahmen der Sitzung der Universitätsvertretung am 17.03.2015 durch das Wirtschaftsreferat beantragten und beschlossenen Postaussendungen, verursachten

Gesamtkosten in Höhe von insgesamt EUR 41.587,05 wovon EUR 29.527,05 für Portokosten anfielen und Druck- bzw. Produktionskosten in Höhe von EUR 12.060,- entstanden.

Im Rahmen der Durchführung der Wahlen wurde in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Wahlkommission sowie dem Referat für Aus- und Fortbildung und Organisation konsequent auf einen effizienten Mitteleinsatz geachtet. Anhand der bisher bereits weitestgehend abgeschlossenen Abrechnung der Aufwendungen für die organisatorische Betreuung der ÖH Wahlen 2015, wird eine geringere Nutzung dieses Budgetpostens in Höhe von zumindest EUR 2.000,00 erwartet. Gleichmaßen wird damit gerechnet, dass im Bereich der Bewerbung bzw. Produktion von Informationsmaterialien zu den Wahlen, zusätzliche Aufwendungen in ähnlicher Höhe tragend werden. Grund dafür ist, dass unter anderem bei der Bestellung von Werbegeschenken (Haftstreifen im Cover, Stofftaschen, Frisbees) darauf geachtet wurde, ein möglichst wirtschaftliches Verhältnis von Bestellmenge zu angebotenen Produktionskosten pro Stück herzustellen. In geringem Maße entstanden in diesem Bereich höhere Kosten auch aufgrund der höheren Anzahl an Wahlberechtigten bzw. der daraus resultierenden höheren Stückzahl an Postaussendungen.

Anpassung Gebarungsrichtlinien

Anhand der in der täglichen Arbeit des Wirtschaftsreferats seit der Implementierung wesentlicher Änderungen der Gebarungsrichtlinien im Oktober 2014 gesammelten Erfahrungen, wurden die Gebarungsrichtlinien des Wirtschaftsreferats nun für die neue Exekutivperiode ab 01.07.2015 vor allem in Bezug auf die Möglichkeiten zum Abschluss von Arbeitsverhältnissen angepasst bzw. erweitert und somit fit für die Zukunft ausgestaltet. Bei den erarbeiteten Änderungen und Ergänzungen lag der Fokus vor allem in der Umsetzung möglichst unkomplizierter sowie einfacherer Verwaltungsprozesse für die einzelnen Organe. Ziel der Anpassung war erneut ein möglichst ganzheitliches Konzept einzuführen und durch diverse Erweiterungen den bürokratischen Aufwand der Studierendenvertreter_innen der einzelnen Organe zu vereinfachen bzw. in Summe zu reduzieren. Neben der Erarbeitung neuer, einfacher, einführender Erklärungen über Verwaltungsprozesse für neue Studierendenvertreter_innen umfasst das erarbeitete Konzept auch neue Tools wie neue und/oder erweiterte bzw. neu strukturierte Übersichten über die budgetäre Situation der einzelnen Organe. Im Rahmen dieser Anpassung wurden neuerlich auch alle Antrags- und Abrechnungsformulare für den internen Betrieb der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien überarbeitet, wobei die Fertigstellung selbiger derzeit noch nicht gänzlich abgeschlossen ist.

Neuen Studierendenvertreter_innen soll künftig durch die frühzeitige Bereitstellung von allgemeinen Kontakt-Informationen sowie Ansprechstellen im Verwaltungsapparat der Universitätsvertretung eine raschere und einfachere Aufnahme ihrer Tätigkeit ermöglicht werden. Dazu zählte nicht nur die sofortige Kontaktaufnahme mit den Organen im Anschluss an deren Konstituierung nach den ÖH Wahlen, sondern auch die Abhaltung eines Workshops rund um die Abrechnungsmodalitäten an der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien sowie die neuen Gebarungsrichtlinien bereits vor den Sommerferien und somit bereits vor Beginn der Funktionsperiode der einzelnen Organe.

Die inzwischen recht ausführlich gestalteten Gebarungsrichtlinien zeigen verschiedenste Möglichkeiten zur Abwicklung der Verrechnung verschiedener Aufwendungen. Abseits dieses allgemeinen Regelwerks wurde daher bei der Anpassung der Gebarungsrichtlinien erneut auch Wert darauf gelegt, als einfachere und rasch nutzbare Ergänzung ein Dokument mit erwarteten häufig auftretenden Fragen zu erstellen. Vor allem hier erfolgen laufend Ergänzungen als Hilfestellung für den alltäglichen Betrieb der Studierendenvertreter_innen.

Konstituierung von Fakultäts-, Zentrums- und Studienvertretungen

Ein Schritt der vor allem im Anschluss an die ÖH Wahlen zu einer rascheren und vereinfachten Arbeitsaufnahme durch die einzelnen Organe führen sollte und für erste Rückfragen die richtigen Ansprechpartner_innen auf Ebene der Universitätsvertretung bzw. innerhalb deren Verwaltungsapparat aufzeigt, wurde durch die (Mit-) Betreuung der Konstituierung der Fakultäts-, Zentrums- und Studienvertretungen durch das Wirtschaftsreferat erzielt. Neben der Erfassung von für den Verwaltungsbetrieb üblicherweise benötigten persönlichen Daten der neuen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden auf Ebene der Fakultäts-, Zentrums- und Studienvertretungen, wurden sämtliche Unterschriftenproben für die Abzeichnung von Belegen eingeholt, sowie Hilfestellungen rund um die Übergabe der Aufgaben von den bisherigen Vertreter_innen an ihre Nachfolger_innen geboten. Ein Hauptaugenmerk lag dabei auch darauf gegenüber den neuen Studierendenvertreter_innen als Kontakt bzw. als Ansprechpersonen für Fragen rund um die Abwicklung bzw. vor allem die Abrechnung von Rechtsgeschäften für die einzelnen Organe in Erscheinung zu treten. Für jedes Organ wurde eine Übersicht zu den Gebarungsrichtlinien des Wirtschaftsreferats und den Übergabe-Formalitäten vorbereitet, die auch das jeweilige Jahresbudget des Organs für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 enthielt.

Diese Art der Betreuung und kurzen Einführung der Organe im Anschluss an die konstituierenden Sitzungen wurde im Anschluss an die ÖH Wahlen 2015 erstmals durchgeführt. Anhand positiver

Rückmeldungen rund um die Strukturiertheit der Vorgehensweise und der zur Verfügung gestellten Informationen, empfiehlt sich für die Zukunft eine Umsetzung in ähnlicher Form.

650 Jahre Universität Wien

Die mit den Arbeitsgruppen für geplante Veranstaltungen rund um die 650 Jahr Feierlichkeiten der Universität Wien erstellten Budgetpläne wurden durch das Wirtschaftsreferat weitestgehend laufend auf deren Aktualität überprüft. Ebenso erfolgte eine organisatorische Unterstützung in Hinblick auf die Abrechnung bzw. Verrechnung von Aufwendungen im Rahmen der Ausstellung „Die ÖH im Wandel der Zeit“ sowie des von der ÖH Uni Wien veranstalteten Clubbing „Tanzen ist für alle da“.

Sonstiges

Da das HSG 2014 vorsieht, dass die Vertreter_innen, deren Funktionsperiode mit 01.07.2015 beginnt, die neuen gesetzlichen Regelungen zu beachten haben, wurden vorbereitende Maßnahmen für eine rasche Anpassung der Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien an die Erfordernisse der neuen Rechtslage getroffen. Auf Basis der positiven Resonanz zu dieser Vorgehensweise wurde ein Änderungsvorschlag für eine Anpassung der Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien erstellt.

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Der Bericht von Florian war wie immer sehr, sehr ausführlich und sehr, sehr gut geschrieben. Die positive Resonanz zu den satzungswidrigen Vorgängen im Zuge der Satzungsänderung sehe ich nicht als gegeben an.

Daniel Nenning – Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Alltagsgeschäft

- Betreuung von Facebook, Twitter, Homepage, E-Mails
- Wöchentlicher Jour-fixe, Teilnahme am Interreferatstreffen, Jour-fixe mit dem Vorsitz-Team und anderen Referaten
- Mitgestaltung interner Arbeitsgruppen, z.B. Studienleitfaden
- Layouts und Gestaltung (Facebook, Plakate, Flyer)
- Monatlicher Newsletter

Newsletter

Monatlich werden Newsletter ausgesickt und können dann auf der Homepage unter <http://oeh.univie.ac.at/newsletter> nachgelesen werden.

Der Newsletter wird im Normalfall Anfang des Monats ausgesickt und enthält Informationen zu bildungspolitischen Ereignissen, wichtigen universitären Fristen und Angelegenheiten, Information zu aktuellen allgemeinpolitischen Geschehnissen sowie Veranstaltungsankündigungen. Im Sommersemester 2015 hat es einen gesonderten Newsletter mit Wahlinformationen gegeben.

Aussendungen und Stellungnahmen:

Sind hier zu finden:

<http://oeh.univie.ac.at/presse-und-medienarbeit>

ÖH Uni Wien: Für eine linke und kämpferische Studierendenvertretung

Koalition aus VSStÖ, GRAS und KSV-LiLi stellt die Exekutive an der ÖH Uni Wien
24.06.2015

Polizeigewalt auf Demonstration gegen Homophobie und Sexismus

Willkürliche Festnahmen, grundloser Pfefferspray- und Schlagstockeinsatz
20.06.2015

ÖH Uni Wien ad Mitterlehner: Beschränkungen an Universitäten zeigt Beschränktheit im Denken

Knock-Out-Prüfungen und Beschränkungen schrecken Studierende ab und sind keine Alternative zu einem ausfinanzierten Hochschulsektor und einer echten Orientierungsphase
28.05.2015

ÖH Uni Wien: Pegida hat wahres Gesicht bereits gezeigt

Universitätsvertretung ruft zum Protest auf - Wegschauen ist keine Alternative!
17.04.2015

[ÖH Uni Wien] Nächste Justizfarce: Antifaschist_innen als Terrorist_innen angezeigt

Antifaschistische Proteste bleiben notwendig!
11.04.2015

ÖH Uni Wien ad 650 Jahresfeier: Es gibt keinen Grund zu feiern!

ÖH Uni Wien kritisiert unreflektierte Selbstinszenierung der Universität Wien trotz gravierender aktueller Missstände.
12.03.2015

Arbeitsgruppen:

ÖH-Wahl 2015: Zu den ÖH-Wahlen 2015 wollen wir mit der Kampagne "Wahlen sind für alle da" die Studierenden der Uni Wien dazu aufrufen, von ihrem Wahlrecht gebraucht zu machen. Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit ist an dieser Kampagne maßgeblich beteiligt: Layout, Texte, Onlinebetreuung. Auch gab es einen gesonderten Newsletter [ÖH Uni Wien Wahlinfo 2015], der rein zur Information rund um die Wahlen diente.

Studienleitfaden Sommersemester 2015: Auch hier hat das Referat für Öffentlichkeitsarbeit bei der Überarbeitung mitgemacht - Layout, Korrektur von einzelnen Texten.

650-Jahresfeier: Zu diesem Anlass liegt unsere Arbeit, neben der Beteiligung in den Arbeitsgruppen auch darin, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Darunter fällt abermals die Erstellung von Flyern und Plakaten, Onlinebetreuung sowie Beteiligung an den Projekten "ÖHA!- Tanzen ist für alle da" und "Frauen* in der Wissenschaft":

Im Rahmen der Veranstaltungen zu "Kritisch statt kitschig" hat sich das Referat für Öffentlichkeit auch an der Bewerbung für die Vortragsreihe "Frauen* in der Wissenschaft" beteiligt. Die Vorträge fanden jeweils zu den Themen "Frauen* in den Naturwissenschaften", "Frauen* in den Wirtschaftswissenschaften" und "Frauen* in der Geschichte" statt und beleuchteten unter anderem die gegenwärtige Situation von Frauen* an der Universität Wien.

Weitere Publikationen:

Bewerbungsflyer für die Broschüre "Völkische Verbindungen"

Homepage:

Es gibt nun einen schriftlichen Leitfaden für die gesamte Homepage. Es gab eine regelmäßige Evaluierung.

Bericht



Johannes Steurer – AG zur Protokollierung

Es gab in der letzten Sitzung einen Abänderungsantrag 15 zu Antrag 14, dass sich das Öffref innerhalb von zwei Wochen bei Adrian Korbil zu melden hat bezüglich der Facebook-Sperre. Ich habe gerade Rücksprache gehalten, die Kontaktaufnahme hat nicht stattgefunden und ich möchte fragen, was diesbezüglich weiter gemacht wird. Dankeschön.

Daniel Nanning

Die Aufnahme hat noch nicht stattgefunden, muss noch passieren.

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Erstens hat es geheißen, im Antrag 2 Wochen und der 2. Punkt ist, erstens einmal, ein großes Dankeschön dafür, dass die Stellungnahmen in diesem Bericht vorkommen, die Überschriften, das ist ein großer Fortschritt. Möchte aber trotzdem noch einmal darauf hinweisen, dass in der Satzung steht, dass jede Stellungnahme den Mandatar_innen zumindest in elektronischer Form zugesandt werden muss. Das ist niemals erfolgt.

Philipp Ilming – AG

Wie mein Vorredner schon hingewiesen hat, ist die elektronische Zustellung auch in diesem Wortlaut in der Satzung geregelt, wenn es elektronisch zugesendet werden kann. Dies ist nicht einmal so erfolgt. Andere Zustellungen sollten per Post erfolgen, auch das ist für die heutige Sitzung wie wir gesehen haben, nicht erfolgt, bei einem anderen Punkt. Deshalb möchte ich die alte, neue Vorsitzende und Stellvertreterin darum bitten, im Namen unserer aller Nachfolger sehr darauf achten, dass alle Stellungnahmen ausgesendet

werden und die entsprechenden Informationen den Leuten satzungskonform und fristgerecht zugesendet werden. Zu Protokoll, danke schön!

Camila Garfias – VSStÖ

Ja es müssen die Stellungnahmen an die Mandatar_innen an die Universitätsvertretung zugesandt werden, das gilt allerdings für Stellungnahmen zu Gesetzestexten. Nicht zu inhaltlichen Stellungnahmen der Universitätsvertretung. Wir werden das natürlich zu Kenntnis nehmen, dass das ein Wunsch ist von euch und werden das mitnehmen in die nächsten zwei Jahre.

Karin Stanger – GRAS

Ihr könnt doch alle Google bedienen, ihr wisst wie OTS funktioniert. D.h. alle unsere Aussendungen findet ihr natürlich bei OTS, wenn ihr ÖH Uni Wien googelt. Ihr könnt aber auch immer alles finden auf Facebook, auf Twitter. Ich sehe hier keinen Grund das euch extra auszusenden. Bitte schaut doch einmal auf Social Media, ihr kriegt das echt sicher super hin. Alle anderen Stellungnahmen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, werdet ihr auch so kriegen.

Zu der Geschichte mit Adrian Korbiel, das wird noch beantwortet werden, es tut uns sehr leid, es liegt uns schon was vor, im Zuge von dieser UV-Sitzung haben wir es nicht mehr geschafft, es war unser Versäumnis, das tut uns auch sehr leid. Wir waren auch sehr beschäftigt mit der 650 Geschichte und den Wahlen, aber wir reichen das in jeden Fall noch nach.

Philipp Ilming – AG

Es ist sehr einfach, ich bin in der Lage mich über Google zu informieren, richtig, aber es ist nicht meine Holschuld, es ist eure Bringschuld uns diese Sachen zuzusenden. Das ist nicht, weil wir es bitten, es freut uns sehr, dass ihr es zu Kenntnis nehmt, dass wir uns das wünschen. Es geht darum, dass es in dem Regelwerk, damit dieses ganze Zusammenspiel funktioniert, festgeschrieben ist. Ganz einfach.

Camila Garfias – VSStÖ

Ich nehme es nicht als Wunsch zur Kenntnis, ich nehme es als Aufforderung zur Kenntnis unseren Pflichten nachzugehen, vielen Dank. Ich werde es in die nächste Exekutive tragen.

TOP 5 wird geschlossen.

Camila Garfias – VSStÖ

Die Sitzung wird um 12.41 Uhr für 15 Minuten unterbrochen.

Camila Garfias – VSStÖ

Es ist 12.58 Uhr mit 2 Minuten Verspätung machen wir weiter.

TOP 6 – Berichte der Ausschussvorsitzenden

Stephanie Marx für den Koordinationsausschuss

Die letzte Sitzung des Koordinationsausschusses fand am 23. März 2015 statt. Die Beschlussfähigkeit wurde um 17:02 Uhr festgestellt, das letzte Protokoll wurde bestätigt.

Dem Koordinationsausschuss standen noch €13.026,-- zur Verfügung.

Folgende Anträge wurden mit den jeweiligen Beträgen einstimmig beschlossen:

Radio Orange: €800,--

Stammbuch: €600,--

Regionalkreis: €700,--

Wanderausstellung Uckermark: €800,--

Studierendenvertretungsvernetzungsseminar: €1.700,--

Malmö: €700,--

Selbstverteidigungsgruppe: €1.770,--

Antira-Antifa-Seminar: €1.800,--

Studienvertretungsseminar Sport: €800,--

IE Veranstaltungsreihe: €1.000,--

Rechtsextremismus Südtirol: €300,--

Tutoriumsprojekt: €1.500,--

„Exildiaktik“: €556,--

Das Budget ist erschöpft. Der Termin für die konstituierende Sitzung der neuen Exekutive ist noch nicht festgelegt.

Mathias Haas – für den Sonderprojektausschuss

Es haben drei Sitzungen stattgefunden

Sitzung vom 27.3.2015

„Unbekannt“ Sopronr.: 2603/14/04 **Verlängerung der Auszahlung**

„Grundrecht Wohnen“ Sopronr.: 2703/15/01 **600 €**

„Dokumentarfilm: Sozialismus und Film in Tansania nach der Unabhängigkeit“
Sopronr.: 2703/15/02 **500 €**

„Fachtagung junge Kommunikationswissenschaft“ Sopronr.: 2703/15/03 **300 €**

Auflage: Keine Personalkosten

„Studierende machen Radionachrichten“ Sopronr.: 2703/15/04 **400 €**

Auflage: Keine Personalkosten

„Studienreise: Erinnerungskultur Serbien“ Sopronr.: 2703/15/05 **500 €** Auflage: Keine Honorare
/ Anmerkung: Newsletter ÖH

„Wissenschaftliche Forschungsprojekt: Feministische Philosophie“
Sopronr.: 2703/15/06 **300 €** Queer-Fem-Topf

„Akademikerball- Aber wir halten durch“ Dokumentarische Reportage
Sopronr.: 2703/15/07 **600 €**

„Dynamo Donau“ der queer-feministische Fußballverein
Sopronr.: 2703/15/08 **500 €** Queer-Fem-Topf

„TutPro Kongress 2015“
Sopronr.: 2703/15/09 **400 €** Auflage: Keine Personalkosten

„Vernetzung solidarökonomischer Strukturen“
Sopronr.: 2703/15/10 **100 €**

„Filabend: Alphabet“
Sopronr.: 2703/15/11 **200€**

„Kritisch-psychologische Veranstaltungsreihe des AK Disku“
Sopronr.: 2410/14/15 **500 €**

„Utopie und Praxis“ IE
Sopronr.: 2703/15/12 **400 €**

„DINN_A* Normen“
Sopronr.: 2703/15/13 **815 €** Queer-Fem-Topf

„FEMEA“
Sopronr.: 2703/15/14 **900 €** Queer-Fem-Topf
Anmerkung: Räume zur Verfügung stellen

„Fightrepression 2010.tk“ Publikation
Sopronr.: 2703/15/15 **500 €**

Insgesamt wurden Anträge in der Höhe von **7.515 €** beschlossen. Davon 5.000€ für den allgemeinen Topf und 2.515 € für den feministisch/queeren Topf.

Im allgemeinen Topf befinden sich daher noch 9.635€ und im feministisch/queeren Topf 5.055 €

Die nächste Sopro Sitzung findet am Freitag den 24.04.2015, um 18:00 in den Räumlichkeiten der Universitätsvertretung statt.

Sitzung vom 24.4.2015

„Comfort Women“ Sopronr.: 2404/15/01 **1000 €** (feministisches/queeres Projekt)

Anmerkung: Wir fördern ausschließlich Sachkosten und Materialkosten

„Soziologie und Kritische Theorie der Gesellschaft“ Sopronr.: 2404/15/02 **700€**

„Präsentation Wanderausstellung: Jugendkonzentrationslager für Mädchen“
Sopronr.: 2404/15/03 **800 €** (feministisches/queeres Projekt)

Auflage: Wir fördern ausschließlich Publikation und Druckkosten

„Wikipedia for Peace“ Sopronr.: 2404/15/04 **119,68 €**

Auflage: Wir fördern keine Honorare und Reisekosten

Sammelband „Fiber feminism“ Sopronr.: 2404/15/05 **200 €** (feministisches/queeres Projekt) Auflage: Es werden ausschließlich Druckkosten gefördert

„Rechtsextremismus Band 2: Prävention und Politische Bildung“ Sopronr.: 2404/15/06 **600 €**
Auflage: Es werden ausschließlich Druckkosten gefördert

ESN Theatre Company: EDEN Sopronr.: 2404/11/07 **400 €**

Publikation der Diplomarbeit im Rahmen der „investigaciones-Reihe“ Sopronr.: 2404/11/08
400 €

W23 docsan Sopronr.: 2404/11/09 **600 €**

Die Langen Nächte der Menschenrechte Sopronr.: 2404/15/10 **1000 €**

Auflage: Wir fördern keine Honorare

Insgesamt wurden Anträge in der Höhe von **5.819,68 €** beschlossen. Davon 3.819,68€ für den allgemeinen Topf und 2.000€ für den feministisch/queeren Topf.

Im allgemeinen Topf befinden sich daher noch 5.815,32€ und im feministisch/queeren Topf 3.055€

Die nächste Sopro Sitzung findet am 26.06.2015, um 18:00 in den Räumlichkeiten der Universitätsvertretung statt.

Sitzung vom 26.6.2015

Alte Anträge:

SoProNr.: 2006/13/05: Die Abrechnungsfrist wird um ein Jahr verlängert.

SoProNr.: 2603/14/05 „Töchter der Kunst“: Nachträgliche Änderung der Auflagen. Förderung wird ausbezahlt, trotz Verwendung des Logo der ÖH-Bundesvertretung.

SoProNr.: 3101/14/04 "Philosophie der Herrschaft": Die Abrechnungsfrist wird um ein Jahr verlängert.

SoProNr.: 2140/14/03 „Goodball-Kicken & Konzerte für Kohle“: Nachträgliche Änderung der Auflagen. Förderung wird ausbezahlt, trotz Verwendung des Logo der ÖH-Bundesvertretung.

„Studienfahrt Kärnten“ Sopronr.: 2606/15/01 **€720,32** Auflage: Keine Honorare

„Souterrain-Magazin“ Sopronr.: 2606/15/02 **€250,00** Auflage: Keine Honorare

Ausstellung „Armenier 100 Jahre in der Türkei vor“ Sopronr.: 2606/15/03 **€200,00** Auflage: Keine Honorare

Measuring job satisfaction of employees with intellectual disability (ID) at the free labour market
Sopronr.: 2606/15/04 **€300,00**

„Anschläge“ Sopronr.: 2606/15/05 **€1000,00** (feministisches/queeres Projekt)

„Ute Bock Cup 2015“ Sopronr.: 1706/14/01 **€1000,00** Auflage: Keine Honorare

Goodball – Sommerfest für Toleranz und Vielfalt Sopronr.: 2606/11/06 **€500,00**

Erweiterung des Wiener Lastenradkollektivs Sopronr.: 2606/11/07 **€100,00**

PS / Anmerkungen zum Literaturbetrieb / Politisches Schreiben Sopronr.: 2606/15/08 **€ 500,00**
(feministisches/queeres Projekt)

Planungswochenende STV Religionswissenschaften am Mondsee Sopronr.: 2606/15/09 **Abgelehnt**

Fischaufstieghilfe Sopronr.: 2606/15/10 **€100,00**

Projekt zur Vernetzung selbstverwalteter, solidarökonomischer Strukturen und der Förderung von Wissenstransfer Sopronr.: 2606/15/11 **Abgelehnt – bereits bei der letzten Sitzung gefördert**

Klimapolitik in der Sackgasse? Kontroverse Perspektiven – zivilgesellschaftliche Ansätze

Sopronr.: 2606/15/12 **€700,00**

Play: Vienna 2015 – playful summer lab and showcase Sopronr.: 2606/15/13 **€600,00**

65 Jahre Klassenharmonie – eine akustische (De)Konstruktion Sopronr.: 2606/15/14
€100,00 Auflage: Keine Honorare

ABENDSAND Eine Stückentwicklung des Theaterkollektivs YZMA Sopronr.: 2606/15/15
€500,00 Auflage: Keine Honorare

OBJECTS IN MIRROR ARE CLOSER THAN THEY APPEAR Sopronr.: 2606/15/16 **€100,00**

Engagee – politisch-philosophische Einmischungen #1 Unruhe bewahren Sopronr.: 2606/15/17
€400,00 Auflage: Keine Honorare

Empfang – des Vereins des Ungarischen Studierenden Sopronr.: 2106/11/18 **Abgelehnt – es werden keine Vereine gefördert**

Antrag auf Förderung des „Verein zur Förderung solidarischer Lebensformen“

Sopronr.: 1706/10/09 **€300,00** (feministisches/queeres Projekt)

Kamion (Magazin) #1 Aus den Kreisläufen des Rassismus Sopronr.: 1912/14/16

Abgelehnt – dieses Jahr bereits gefördert

StEFFIE Festival 2015 Sopronr.: 2606/15/19 **€600,00**

Auflage: Die Förderung muss für Material- und Sachkosten verwendet werden.

Graduate Conference „Move on! Mobility meets (little) Resistance.“

Sopronr.: 2606/15/20 **Abgelehnt – keine direkte Förderung der Universität**

ALTCEVA Student Action Sopronr.: 2606/15/21 **Abgelehnt**

„Willkommensaktionen für geflüchtete Personen in den Erstaufnahmezentren in Wien & Umgebung“ Sopronr.: 2606/15/22 **€900,00**

Insgesamt wurden Anträge in der Höhe von **8.870,32 €** beschlossen. Davon 7.170,32€ für den allgemeinen Topf und 1.800€ für den feministisch/queeren Topf.

Im allgemeinen Topf befinden sich daher noch 0€ und im feministisch/queeren Topf 0 €

Die nächste Sopro Sitzung findet voraussichtlich zu Beginn des Wintersemesters 2015/2016 in den Räumlichkeiten der Universitätsvertretung der Universität Wien statt.

Camila Garfias – VSStÖ

Der Gleichbehandlungsausschuss war leider nicht beschlussfähig und gibt es somit nichts zu berichten.

Florian Piewald – Junos zur Protokollierung

Es hat von uns keiner eine Einladung zum Gleichbehandlungsausschuss bekommen.

Camila Garfias – VSStÖ

Das ist schlecht, weil eigentlich habe ich deine E-Mailadresse drinnen als Mitglied des Gleichbehandlungsausschusses und die zweite Person, aber vielleicht können wir das dann überprüfen per Mail. Aber selbst wenn ihr gekommen wärt, wären wir nicht beschlussfähig gewesen. Es wäre gut, wenn wir die E-Mailproblematik lösen, aber ist auch ein Aufruf an alle anderen Fraktionen. Ihr habt da Personen drinnen und es wäre großartig, wenn das stattfinden könnte.

Stephanie Marx – KSV-LiLi

Wir halten fest, die Vorsitzende des Ausschusses ist nicht anwesend, und der stellvertretende Vorsitzende kann gerade auch nicht. Ich bin selber Mitglied des Finanzausschusses und kann ganz kurz wiedergeben, was besprochen wurde.

Wir sind beschlussfähig gewesen, das Protokoll des vorhergehenden Ausschusses wurde einstimmig angenommen.

Der Bericht des Wirtschaftsreferates hat nicht in der Form vorgelegen, wie er jetzt vorgelesen wurde, aber er ist quasi mündlich mitgeteilt worden.

Dann kamen wir zur Besprechung des Jahresvoranschlages, hier ist sehr schnell klargewesen, und so hat es der Wirtschaftsreferent, der Florian auch mitgeteilt, dass bei diesem Jahresvoranschlag der entsprechenden Richtlinien des HSG rechtzeitig an alle Mandatar_innen ausgesendet worden ist. Natürlich handelt es sich um einen vorläufigen Jahresvoranschlag, der sich am Vorjahr orientiert. D.h. etwaige Änderungen einer Folgeexekutive sind in dem noch nicht eingearbeitet. In diesem Sinne gab es dann auch keine größeren Fragen oder Besprechungen zu diesem Punkt. Die Kenntnisnahme des Jahresvoranschlages ist einstimmig angenommen worden und sonst hat es zu dem Zeitpunkt keine weiteren Anträge des Wirtschaftsreferats gegeben, was u.a. auch der Tatsache zu verdanken war, dass der Ausschuss sehr kurzfristig tagen musste, aufgrund der Abwesenheit der Vorsitzenden in der letzten Woche und dieser Woche.

Ich kann dann gleich anschließen, den Antrag des Wirtschaftsreferenten, Florian Soltic

Antrag 2

Antrag an die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien

Antragsteller: Florian Soltic, Wirtschaftsreferent

Betreff: Genehmigung Jahresvoranschlag (JVA) Wirtschaftsjahr 2015/2016

Die Universitätsvertretung möge den beiliegenden JVA für das Wirtschaftsjahr 2015/2016, der per 31.05.2015 allen Mandatar_innen zugesandt wurde, genehmigen.

Geheime Abstimmung Antrag 2

Prostimmen: 22

Enthaltungen: 1

Contra: 4

Antrag 2 angenommen.

Zusatz-Antrag 3 von VSStÖ, GRAS, KSV-LiLi

Die Universitätsvertretung möge den eingebrachten Jahresvoranschlag mit folgenden Änderungen beschließen:

- die AE's der Mitarbeiter_innen der ÖH Uni Wien werden gemäß dem Verbraucher_innenpreisindex der Jahre 2013 2% und 2014 1,7% = Gesamt 3,7% ab 1. Juli 2015 auf 467,00 €/Monat für Vorsitz und Wiref und für alle Referate 363,00 €/Monat anzuheben.
- die Anzahl der Sachbearbeiter_innen im Wirtschaftsreferat soll auf zwei erhöht werden.
- darüber hinaus wird dem Wirtschaftsreferat der Auftrag erteilt, bis zur ersten ordentlichen UV-Sitzung im WiSe 2015 ein ausgeglichenes Budget zu erstellen.

Geheime Abstimmung Zusatz-Antrag 3

Prostimmen: 18

Enthaltungen: 1

Contra: 8

Zusatz-Antrag 3 angenommen.

Stephanie Marx – KSV-LiLi

Antrag 4

Antrag an die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien

Antragsteller: Florian Soltic, Wirtschaftsreferent

Betreff: Bezug von Aufwandsentschädigungen – Sachbearbeiter_innen Ausstellung „ÖH im Wandel der Zeit“

Im Anhang 6 des Jahresvoranschlags für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 ist der Bezug von Aufwandsentschädigungen für Sachbearbeiter_innen im Rahmen der Erstellung, Planung und Konzeption der Ausstellung „ÖH im Wandel der Zeit“ dargestellt. Dabei war die Tätigkeit zweier Sachbearbeiter_innen in den Monaten März bis April und von 6 Sachbearbeiter_innen im Monat Mai vorgesehen.

Im Rahmen der Aufnahme der Tätigkeiten, erweiterter Planungen sowie dem Interesse an einer intensiveren Mitarbeit an diesem Projekt, wurde nochmals überprüft, ob die im Jahresvoranschlag konkretisierte Anzahl an zusätzlichen Sachbearbeiter_innen bzw. deren Einsatzzeitraum die beste Alternative für die Erstellung der Ausstellung war. Bei gleicher Höhe der Gesamtaufwendungen für Aufwandsentschädigungen für Sachbearbeiter_innen im Bereich der Ausstellung, wurde letztlich die Bearbeitung der Themenkomplexe durch 5 Sachbearbeiter_innen je nach Aufgabengebiet in den Monaten März und April, Mai und April oder Mai und Juni als effektivste Variante erachtet, um die notwendigen Arbeitsprozesse möglichst strukturiert und bestens aufeinander abgestimmt durchführen zu können.

Unabhängig von dieser Umstrukturierung zeigte sich vor allem im Laufe des Monats Mai sowie im Juni, dass insbesondere die graphische Aufbereitung der Ausstellungsmaterialien (Ausstellungstafeln- und Katalog) eine zeit- und kostenintensivere Tätigkeit darstellte, als ursprünglich angenommen. Zwei Sachbearbeiter_innen waren mit dieser Tätigkeit zur Gänze beansprucht bzw. verlängerten und intensivierten ihre Tätigkeit in den Monaten Mai bzw. Juni immer weiter. Diesen beiden Sachbearbeiter_innen soll aufgrund des entstandenen Mehraufwandes und des entstandenen zusätzlichen Drucks aufgrund der Intensivierung der Tätigkeit, für den Monat Juni eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von je EUR 350,- gewährt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt konnte im Rahmen der in weiten Teilen bereits fertiggestellten Abrechnung der Aufwendungen für die Erstellung der Ausstellung festgestellt werden, dass Punkt „1.2.2 Materialkosten, Sonstiges“ in Anhang 6 Zeile 10 des Jahresvoranschlags für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 um mindestens EUR 700,- unterschritten wird. Dadurch wäre eine Gewährung zweier zusätzlicher Aufwandsentschädigungen bereits durch eine Verschiebung zwischen den einzelnen Positionen innerhalb des Budgetpostens „Ausstellung Geschichte

der ÖH“ gedeckt bzw. würden keine zusätzlichen Aufwendungen für den Budgetposten Ausstellung anfallen.

Die Universitätsvertretung möge daher eine einmonatige Verlängerung der Aufwandsentschädigung zweier Sachbearbeiter_innen, die im Rahmen der Konzeption, Produktion und Betreuung der Ausstellung „ÖH im Wandel der Zeit“ mit Schwerpunkt graphischer Materialaufbereitung tätig waren, beschließen.

Abstimmung Antrag 4

Prostimmen: 20

Enthaltungen: 7

Contra: 0

Antrag 4 angenommen.

TOP 6 wird geschlossen.

Armin Kleinke-Männer – AG überträgt seine Stimme um 13:17 Uhr an Harald Mayer – AG.

Stephanie Marx – KSV-LiLi

TOP 7 – Entsendungen in Habilitations- und Berufungskommissionen

Antrag 5

Habilitationskommission

Dr. Kratochvil (Slawistik) > Hofbauer, Prenner (Haumer, Kokerle)

Dr.in Bidwell-Steiner (Romanistik) > Gruber, Klement (Mildner, Dobretsberger)

Dr. Leitner (Mathe) > Hoeld, Hirsch (Schmutz)

Dr.in Kossovskiy (Mathe) > Steppacher (Fischer)

Dr.in Kantorovich (Physik) > Formanek (Weimerskirch)

Dr. Musil (Geographie) > Standl (Riegler)

Dr. Wieshaider (Jus) > Weiss, Spießberger (Lessky, Nemeč)

Dr.in Sopp (BWL) > Peter, Schmid (DeLeon Ponce)

Dr. Damböck (Philosophie)> Sodoma

Dr. Trauner (PoWi) > Kettner, Treccani (Götz, Leonhardt)

Dr. Urich (Biologie)> Barth, Mitteregger

Dr. Fuchs (MoiBio) > Wodarz (Mitteregger, Leonhardsberger, Samwald)

Dr. Löffler (BWL)> Peter, Peper (Kleinke-Männer)

Dr. Wietschorke (EE) > Kuna

Dr. Haar (Geschichte)> Brunner (Degenhardt)

Dr. Terpitz (SlaWi) > Prenner, Mikula (Hofbauer, Kokerle)

Dr. Schmücker (Südasiawiss.) > Wührheim, Cadilek (Doroh, Buchner)

Dr.in Zuckerhut (KSA) > Berger, Kugler (Köstl, Steinacker)

Dr.in Weininger (Pharmazie) > Glück, Mohamed

Dr. Grimsson (Geographie) > Geier, Akyurt (Baumann, Kuba)

Dr. Leser (Sport) > Stöger, Eschböck

Berufungskommissionen:

BWL|Externes Rechnungswesen > Scharinger, Mayer

VWL|Wirtschaftspolitik > Knöbl, Bachleitner

Entwicklungspsychologie > Henes, Limprecht (Corlath, Strama)

Wirtschaftsgeographie > Böhm, Sedlitzky

Allgemeine Meteorologie > Eibl, Waldbillig

Technologie und Immaterialgüterrecht (Jus) > Weiss, Spießberger (Lessky, Nemeč)

Communication Technologies (Info) > Xu, Markovic (Dankova, Breit)

Russische Geschichte (Geschichte) > Veitschegger (Schulte)

Digital Humanities (Geschichte oder so ... ?) > Wiesinger (Daxer)
Asiatische Kulturgeschichte > Prearo
Historische Dimensionierung von Alltagskulturen > Wochinger
Vergleichende Musikwissenschaft > Jaklin, Popovic (Kada, Stoeckenius)
Britische Literatur > Ritt, Kleinrath (Satzinger, Wölfer, Dolenc)
Kulturgeschichte audiovisueller Medien > Stadler, Braschel (Buchegger, Ivanov)
Romanische Sprachwissenschaft: Interkulturalität und Mehrsprachigkeit > Eberlein, Rupnig (Gruber, Klement)
Psychologie der Mensch-Tier-Beziehung > Kawasch, Limprecht (Hampp)
Linnologie > Barth, Steiner (Samwald, Geier)
Theoretische extragalaktische Astrophysik > Zibird (Fürnkranz)

Abstimmung Antrag 5

Prostimmen: 27

Enthaltungen: 0

Contra: 0

Antrag 5 einstimmig angenommen.

Top 7 wird geschlossen.

Laurin Rosenberg – VSSStÖ beantragt um 13:23 Uhr eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten.

Camila Garfias – VSSStÖ nimmt um 13:33 Uhr die Sitzung wieder auf.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Wir sind immer noch beim TOP Beschlussfassung über den Jahresvoranschlag. Weil wir natürlich daran interessiert sind, dass hier alles rechtmäßig abläuft, haben wir gerade Rücksprache mit dem Anwalt der ÖH Uni Wien gehalten. Es ist selbstredend möglich innerhalb und im Rahmen der UV-Sitzungen den Jahresvoranschlag abzuändern. Der Vorschlag wurde ausgesandt. Es ist – dies vielleicht auch noch einmal für die Opposition zur Erinnerung – natürlich auch in eurem Sinne, dass Abänderungs-Anträge im Rahmen der Sitzungen eingebracht werden können und nicht nur ein bereits ausgesandter Vorschlag so abgestimmt oder abgelehnt werden kann.

TOP 8 - Beschlussfassung über den Jahresvoranschlag für das Wirtschaftsjahr 2015/2016

Laurin Rosenberg – VSSStÖ bringt den Antrag nochmals ein.

Florian Lattner – AG

Laut HSG 98, das für diese Sitzung noch ein letztes Mal gilt, steht auch drinnen, dass bis Ende April der Jahresvoranschlag für das nächste Jahr allen Mandataren zugesandt werden muss. Es ist mit Ende Mai passiert. Ich kann es dann gerne vorlesen, etc. Ein Initiativ-Antrag zu einer Jahresvoranschlagsänderung ist nicht möglich und nicht vorgesehen. Weil er muss schriftlich gestellt werden.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Ich suche gerne nochmal den passenden Paragraphen im HSG raus, der ist im HSG 98 und auch 2014 gleich geblieben ist, nämlich dass für das folgende Wirtschaftsjahr die Jahresvoranschläge bis zum 01. Juni allen Mandatar_innen übermittelt werden. Unterbrechung von Stimmen im Hintergrund.... und ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass es keinen Paragraphen im HSG gibt, der es verbietet einen Jahresvoranschlag auf den UV-Sitzungen abzuändern. Ich möchte auch nochmal daran erinnern, dass das natürlich auch im Sinne der Oppositionsmandatar_innen sein sollte, weil ihr sonst überhaupt keine Möglichkeiten hättet in irgendeiner Art und Weise was zu diesem JVA zu sagen.

Philipp Ilming – AG

Änderungen des JVA sind natürlich möglich, auch seitens der Opposition, wenn diese schriftlich bekannt gegeben werden, dass wir hier Zahlen vorgelesen bekommen und dann nach diesen Zahlen abstimmen sollen. Das ist wie, wenn ich jetzt anfang' die halbe Bibel vorzulesen und dann frage, was steht auf Seite 730. Das hat keinen Sinn du kannst, du kannst keine sinnvolle Beschlussfassung machen, wenn du das jetzt einmal schnell vorgelesen bekommst. Deshalb steht im HSG folgerichtig drinnen, dass die Sachen

schriftlich sein müssen. Es geht nicht um die Abänderung per se, es geht darum, dass sie nicht schriftlich gekommen ist, und dass wir keine Zeit haben diese durchzurechnen und anzuschauen. Es gab eine Vorbesprechung zur UV-Sitzung, wo das nicht gesagt wurde, wo man problemlos die herzeigen kann, wo man die per e-mail die Änderungen ausschicken kann. Das ist alles nicht erfolgt! Es gibt diesen Passus im Gesetz, da haben wir unsere Juristen, die sich auskennen. Es ist so, ich bin kein Jurist, ich habe logischen Menschenverstand und wenn ich hunderte Zahlen vor mir habe, dann möchte ich die in Ruhe lesen können. Es ist logisch, dass da so ein Passus im Gesetz drinnen steht. Wenn das nicht gemacht wird, können wir den nicht abstimmen! Was ich schon zu bedenken gebe, diese Sitzung ist von vorne bis hinten zumindest sehr, sehr dunkelgrau, das ist schon absolut seltsam, dass jede Änderung dauernd irgendwie am letzten Drücker nicht schriftlich, unsichere Zusendungen usw. geführt ist. Das ist dem Gremium nicht würdig, das Problem ist, ihr reißt es immer weiter runter, weil ihr immer mehr probiert euch zu erlauben und irgendwann wird es da auch einmal eine Ende geben und zwar sehr bald. Und ich hoffe, es wird kein gerichtlich medialer sein, wie beim Cafe Rosa, weil bis jetzt habt ihr immer eure Finanzen verlottert, immer ein schlechtes Händchen gehabt. Seid's froh, dass jemand drüber schauen will in Ruhe vorher.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Ich möchte in diesem Sinne nochmals daran erinnern, dass diese Sitzung sowohl ordnungsgemäß eingeladen worden ist als auch der JVA zur Gänze innerhalb der Fristen rechtzeitig an alle Mandatar_innen ausgesandt worden ist!

Dass es einen Finanzausschuss gegeben hat, bei dem dieser JVA hätte besprochen werden können, bei dem leider auch nicht alle Mandatar_innen der AG anwesend gewesen sind, und dass die Änderung, die wir vornehmen müssen nicht bis zur Ziffer 295 gehen, sondern eines einfachen Nachrechnens bedürfen. Jede der Fraktionen ist immer dazu berechtigt, eine kurze Sitzungsunterbrechung zu haben, um sich über die Zahlen zu vergewissern und sich das kurz anzuschauen. Alles, was hier passiert, passiert im rechtlichen Rahmen. Der JVA ist zeitgerecht ausgesandt worden! Natürlich ist auch ein Initiativ-Antrag zur Änderung des JVA zulässig.

Florian Lattner – AG

Ich möchte mich korrigieren, das wurde tatsächlich geändert auf 1. Juli vom 30. April. Irgendwann Ende der 2000er, ja im ursprünglichen Gesetzesentwurf nicht, also im ursprünglichen Gesetz nicht Entwurf. Was allerdings trotzdem der Fall ist, dass ein JVA beschlossen werden oder abgelehnt werden kann. Aus dem Grund hat z.B. eure Periode ohne Budget gestartet, weil auf der letzten Sitzung der Periode 2011-2013 der JVA abgelehnt wurde. Wenn eine Änderung möglich gewesen wäre, wäre er ja wohl geändert worden, aber es war eben ein Fehler drinnen und aus dem Grund musste er abgelehnt werden.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Zur tatsächlichen Berichtigung:

Es war kein Fehler im JVA, er ist schlichtweg zu spät ausgesandt worden!

Florian Lattner – AG

Ja, weil ein JVA nur beschlossen werden kann, in der Form wie er ausgeschickt wurde. Was in dem Fall ja mit einem Änderungsantrag nicht zusammen passt.

Camila Garfias – VSSÖ

Johannes du bist jetzt am Wort, du musst nicht durch den gesamten Saal brüllen!

Johannes Steurer – AG zur Protokollierung

Der Gesetzgeber hat sich was dabei gedacht, wenn er eine Frist ins Gesetz reingeschrieben hat. Nämlich die Frist zur Vorlegung des Jahresvoranschlags über den abgestimmt wird. Werden hier jetzt und da einfach so Anträge zur Abänderung des Jahresvoranschlags gestellt, würde es diese ganze Frist ad absurdum führen. Also das ist ein einfaches Gedankenspiel, das eigentlich jeder jetzt beherzigen soll. Ich könnte jetzt auch einen Antrag stellen. Ja, ich stelle einen Antrag, dass 90 % des Budgets jetzt bitte hier sofort rücküberwiesen werden sollen. Wird nicht gehen, weil das eben nicht Sinn des Gesetzgebers war. Danke und zur Protokollierung!

Philipp Ilming – AG

Um am Beispiel meines Vorredners anzuknüpfen, ich könnte den JVA mit einer einzigen Zeile ausschicken und hier in der Sitzung dann alles Übrige um genau das zu verhindern und das ist auch gesetzlich zu

verhindern, daher gibt es diese Bestimmungen. Und es ist vollkommen egal, ob ihr jetzt eine Ziffer, eine Kommastelle oder einen Tippfehler ändert. Wir haben keine Möglichkeit der Änderungen. Diese Probleme sind allen bewusst, deshalb muss der ordentlich gemacht werden. Deshalb zahlt ihr mehrere Tausend Euro für Überprüfungen vorher, für Bilanzen, usw., damit der eben stimmt, weil es keine Änderungen, weil es strenge Fristen gibt und es ist gut, dass es diese Fristen gibt. Ich finde das ist eine absolut lächerliche Debatte hier, wenn etwas eindeutig ist. Wenn ihr davon überzeugt seid, dann holt euch ein Rechtsgutachten und kommt mit dem wieder, dann sollen das die nächsten beschließen. Über den Sommer braucht ihr sowieso kein Geld für politische Propaganda, da könnt ihr auch ohne auskommen mit dem Zwölfstel und fertig.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Also man kann keinen JVA mit nur einer Zeile ausschicken, da es Richtlinien der Kontrollkommission über die Erstellung des JVA gibt und an die ist sich natürlich gehalten worden bei dem Vorschlag, der rechtzeitig an alle Mandatar_innen ausgesandt worden ist. Die Änderung, die in diesem Zusatz-Antrag hier beantragt wird, ist keine so Maßgebliche, die jetzt 90% des Budgets auf einmal komplett über den Haufen wirft. Das geht übrigens auch nicht, aufgrund der gesetzlichen Grundlagen. Aus diesem Grund möchte ich NOCHMALS die Mandatar_innen daran erinnern, dass die UV-Sitzung genau das Gremium ist, die Änderungen des JVA beschließen kann und selbstredend sind die im Rahmen der Sitzung möglich.

Florian Lattner – AG

Im §40 des HSG ist auch festgelegt, welche Mindestanforderungen ausgeschickter JVA jedenfalls zu enthalten hat, unter anderem die exakte und genaue Gliederung aller Personalkosten. Das heißt, diese jetzt hier abzuändern ist nicht möglich. Ich weiß nicht, wie ihr auf die Idee kommt. Wie der Philipp schon gesagt hat, ansonsten könntet ihr irgendein Budget ausschicken, das vielleicht der Kontrollkommission-Richtlinie entspricht, aber überhaupt nichts mit dem JVA zu tun hat, den ihr haben wollt für das nächste Jahr. Und einfach hier alle Zahlen in jede Richtung vorlesen, einen Antrag, wir ändern das Budget das verdoppeln wir, das nächste halbieren, das tu ma verdoppeln und den gesamten JVA komplett über den Haufen werfen, das führt ad absurdum dieses Gremium hier. Ich finde es ehrlich gesagt eine Unverschämtheit, wie ihr hier mit Mandatar_innen hier umgeht.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Nochmals zur Erinnerung an die Mandatar_innen, der im Anhang 3 „Personalkosten Universitätsvertretung“ betrifft die Angestellten der UV. Der Zusatzantrag betrifft diesen Anhang nicht!

Florian Lattner – AG

Auch der Anhang über die normalen Mitarbeitergehälter wurde mir zugesandt und wird hier anscheinend geändert.

Camila Garfias – VSStÖ

Nein, zur tatsächlichen Berichtigung: Der von Laurin eingebrachte Antrag betrifft die Fix-Angestellten der Personen der Universitätsvertretung nicht!

Stephanie Marx – KSV-Lili

Wir möchten den Mandatar_innen der Aktionsgemeinschaft auch nochmals anbieten: ihr könnt gerne eine kurze Sitzungsunterbrechung beantragen, um es euch nochmals anzuschauen. Ist euch damit geholfen? Es ist gänzlich im rechtlichen Rahmen, übrigens die Rechtsauskunft ist extra eingeholt worden. Es folgen unverständliche Diskussionen im Hintergrund seitens der AG.

Die Anträge 2+3 inklusive dem jeweiligen Abstimmungsergebnis wurden im TOP 6 eingebracht.

Top 8 wird geschlossen.

TOP 9 – Satzungsänderungsanträge

Karin Stanger – GRAS

Antrag 6

Antrag auf Änderung der Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien

Betreff: Ergänzung des Referats für antifaschistische Gesellschaftskritik um Sportagenden

Antragsteller_in: VSStÖ, GRAS und KSV-LiLi

Die Universitätsvertretung möge beschließen, die Beschreibung des Referats für antifaschistische Gesellschaftskritik (§ 16 Z 14) sowie die Beschreibung des Referats für Finanz-, Wirtschafts- und Vermögensangelegenheiten (§ 16 Z 1) wie folgt zu ändern:

Die Beschreibung des Referats nach § 16 Z 14 ist wie folgt anzupassen:

„14. Referat für antifaschistische Gesellschaftskritik und Sport („Antifa-Referat“).

Das Referat für antifaschistische Gesellschaftskritik beschäftigt sich mit bestehenden und neuen faschistischen und rechtsextremen Tendenzen in der (österreichischen) Gesellschaft und dabei insbesondere an der Uni Wien. Der herrschende Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus sowie die Homo- und Transphobie sind Voraussetzung eines Ausschlusses, der nicht nur eine Vielzahl von Menschen trifft, sondern auch die Perspektive auf eine befreite Gesellschaft als Ganzes verhindert. Dem gilt es auf allen Ebenen, inner- wie außeruniversitär, mit allen angebrachten Mitteln entschieden entgegenzutreten. Dazu zählt natürlich auch der Protest gegen den Burschibummel an der Uni Wien.

Das Antifa-Referat soll sich nicht nur zeitlich auf einzelne Daten beschränken, sondern kontinuierliche Arbeit auf unterschiedlichsten Ebenen und in den unterschiedlichsten Formen leisten. Die Hochschülerinnenschaft tritt durch die Tätigkeit des Antifa-Referats als Initiatorin verschiedener Veranstaltungen (Inputs, Kongresse, Reflexionsveranstaltungen, Demonstrationen etc.) in Erscheinung und vernetzt somit unterschiedliche antifaschistische, demokratische und fortschrittliche Organisationen.

Diskriminierenden Strukturen, Inhalten und Verhaltensweisen ist hierbei immer entgegen zu arbeiten. Daher ist insbesondere auf eine feministische und antihomophobe sowie antinationalistische Ausrichtung zu achten. Weitere Aufgaben sind: das Sicherstellen von Barrierefreiheit und Bereitstellen von Kinderbetreuung bei Veranstaltungen sowie die Durchsetzung verfassungsmäßiger Rechte bei diesen. Thematisch relevante Publikationen sind durch das Antifa-Referat zu fördern.

Das Referat für antifaschistische Gesellschaftskritik ist auch für die Sportagenden zuständig, insofern diese von der Universitätsvertretung wahrgenommen werden; in diesem Fall sind jedenfalls zu organisieren:

- a) Selbstverteidigungskurse für Frauen in Kooperation mit dem Frauenreferat
- b) Förderung von Frauen im Sport (bspw. Frauenfußball) in Kooperation mit dem Frauenreferat
- c) Integrationsfördernde Sportveranstaltungen (bspw. Antirassismusbearbeitung, Sport für Menschen mit besonderen Fähigkeiten,...)
- d) Auseinandersetzung mit Sport unter Berücksichtigung von Gender, Nationalismus, Kommerzialisierung,...
- e) Förderung von nachhaltigen Fortbewegungsmethoden (bspw. Fahrräder)“

Der nachstehende letzte Abschnitt der Referatsbeschreibung des Referats nach § 16 Z 1 ist aufgrund der Übernahme der Agenden durch das Referat nach § 16 Z 14 ersatzlos zu streichen:

„Das Wirtschaftsreferat ist auch für die Sportagenden zuständig, insofern diese von der Universitätsvertretung wahrgenommen werden; in diesem Fall sind jedenfalls zu organisieren:

- a) Selbstverteidigungskurse für Frauen in Kooperation mit dem Frauenreferat
- b) Förderung von Frauen im Sport (bspw. Frauenfußball) in Kooperation mit dem Frauenreferat
- c) Integrationsfördernde Sportveranstaltungen (bspw. Antirassismusbearbeitung, Sport für Menschen mit besonderen Fähigkeiten,...)
- d) Auseinandersetzung mit Sport unter Berücksichtigung von Gender, Nationalismus, Kommerzialisierung,...
- e) Förderung von nachhaltigen Fortbewegungsmethoden (bspw. Fahrräder)“

Abstimmung Antrag 6

Prostimmen: 18

Enthaltungen: 0

Contra: 9

Antrag 6 angenommen.

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Da auch wir Weltverbesserer sind, werden wir hier so lange weiter machen bis ihr es kapiert habt's.

Die Sache ist nämlich die, ihr habt bei der Wahl nicht gewonnen, wir schon. Leider kein Mandat dazu gewonnen. Während die Opposition mit 3 Mandaten....

Stephanie Marx – KSV-Lili
Zur Sache Florian, bitte!

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Es hat sehr wohl was mit der Debatte zu tun, wenn ihr in der letzten Sitzung nach der Wahl noch schnell eine Satzungsänderung gegen den Willen der Opposition durchdrücken wollt, wenn ihr genau wisst, dass ihr übermorgen keine Mehrheit mehr dafür habt. Das hat sehr wohl was mit der letzten Wahl zu tun, sei mir nicht böse!

Unverständliche Diskussionen im Hintergrund.

Camila Garfias – VSStÖ

Die Diskussion wird am Pult geführt, Florian bitte komm‘ zur Sache!

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Ich bin bei der Sache, nur der Inhalt gefällt dir nicht, aber das ist leider nicht mein Problem. Bundesweit wurde jetzt auch eine neue Satzung beschlossen. Wie ist das passiert? Es gab eine Arbeitsgruppe mit allen Fraktionen, das wäre z.B. auch was gewesen, was ihr andenken hättet können. Ihr habt das nicht gemacht, ihr habt gedacht ihr peitscht das noch durch. Ihr habt ab übermorgen keine Mehrheit mehr dafür, aber jetzt peitschen wir es noch durch, gegen den Willen der Wähler vor einem Monat. Ok, ist so. Aber leider Gottes wart‘s ihr dann nicht intelligent genug die Satzungsänderungen richtig und formal einzuladen. Ist passiert, kann eben jetzt nicht abgestimmt werden. Gott sei Dank, verliert die Satzung ihre Gültigkeit erst mit 31.12.15, d.h. diese Erpressungsversuche, wenn wir das heute hier nicht abstimmen, haben wir keine Satzung im Herbst, die stimmen nicht. Wir haben im Herbst noch genügend Zeit, im Herbst eine konforme Satzung zu beschließen, d.h. ich verstehe überhaupt nicht, warum ihr hier festhaltet und das hier durchdrücken wollt. Anscheinend deshalb, weil ihr nicht so überzeugt seid‘s von eurer eigenen Satzung und genau wisst, dass ihr übermorgen keine Mehrheit für diese habt‘s. Wie dem auch sei. Es ist eure Entscheidung, ihr könnt es euch noch aussuchen, ob wir uns im Herbst gemeinsam hinsetzen und eine Satzung ausarbeiten, die allen zu Gute kommt, die den Studierenden entspricht. Oder ob wir hier eine Satzung beschließen, die dann, schau mal wie lange es dauert, in 5 Monaten, in 6, in 7 Monaten juristisch aufgehoben wird und dann haben wir gar keine Satzung und stehen dann vor einem größerem Problem da. Weil, dass diese Satzungsänderungen so hier heute juristisch halten werden ist ausgeschlossen. Florian Lattner zu Protokoll!

Stephanie Marx – KSV-Lili

Ich möchte nochmals betonen, wir haben auch schon mal darüber gesprochen, dass die Satzungsänderungsanträge sehr wohl satzungskonform eingebracht worden sind. Der §26 der Satzung der ÖH, der sich ausschließlich mit der Satzung beschäftigt, und deshalb einen Spezialpassus darstellt, sagt „Satzungsänderungsanträge müssen bis spätestens 1 Woche vor der Sitzung eingebracht werden“ nur zur Erinnerung an die Mandatar_innen der Aktionsgemeinschaft. Damit war es auch euch möglich noch Satzungsänderungsanträge im Rahmen dieser Exekutive einzubringen, die genau auf demselben Weg eingebracht worden sind, nämlich durch Bekanntmachung an die Mandatar_innen bis spätestens 1 Woche vor der Sitzung. Ich halte es für ein wirklich freches sich echauffieren, sich hinzusetzen und zu sagen, das Vorgehen hier sei so nicht richtig. Es ist absolut satzungskonform. Übrigens, auch wir haben noch einmal nachgefragt bei Mag. Pilz. Auch der sagt, nachdem der §26 davon ausgeht, dass 1 Woche vorher Satzungsänderungsanträge bekannt gemacht werden müssen – was geschehen ist – ist es selbstredend satzungskonform.

Das zweite was ich hierzu nur einbringen möchte, ist, dass es hier 2 Anträge gibt, die sich schlicht und ergreifend mit der Korrektur von Tippfehlern und der Anpassung der Satzung an das HSG 2014 – *unverständlicher Zwischenruf von Florian Lattner* - ich spreche noch!

Was man natürlich hier fragen kann, ist, was wird in der Satzung gewollt bzw. inwiefern sind Satzungsänderungen kundzutun. Mit „1 Woche vorher“ ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass die Mandatar_innen ausreichend Zeit haben sich mit den eventuellen Anträgen zu beschäftigen. Ich bin mir nicht sicher, ob 1 Woche für die Mandatar_innen der AG ausreichend waren, um Schreib- und Tippfehler zu überprüfen oder die Anpassung der Satzung an das HSG 2014, wenn nicht tut mir das herzlich leid, dann verweise ich euch gerne noch einmal darauf, dass ihr eine Sitzungsunterbrechung beantragen könnt!

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Vielen Dank für den Hinweis auf den lex specialis des §26, der sich um die Satzung dreht. Genauso gibt es einen lex specialis zu den ordentlichen Sitzungen, wie ich schon beim Tagesordnungspunkt „Tagesordnung“ festgestellt habe, ist es nämlich möglich auf außerordentlichen Sitzungen mit weniger als diesen 2 Wochen auszukommen, allerdings gibt es hier eben diese spezielle Regelung zur Einladung ordentlicher Sitzungen, damit diese ordentlichen Sitzungen formal korrekt eingeladen werden können. Dieser Absatz besagt „Die Universitätsvertretung ist von der Vorsitzenden mindestens zweimal in jedem Semester zu einer ordentlichen Sitzung einzuberufen. Die Einladung für die ordentliche Sitzung der UV ist mind. 10 Studientage vor dieser Sitzung, unter Angabe von Zeit, Ort und Tagesordnung eingeschrieben zur Post zu geben, es sei denn eine Mandatar_in verzichtet nachweislich darauf.“ Das habe ich nicht getan, aus gutem Grund, wie sich herausstellt. „Wesentliche Unterlagen, insbesondere das Budget und Satzungsänderungen müssen der Einladung beigelegt werden.“ Das heißt, das ist hier eben eine lex specialis, die sich auf ordentliche Sitzungen bezieht. Ihr hättet natürlich eine außerordentliche Sitzung einberufen können, nicht als Vorsitzende, sondern als Mandatäre, dann hätte es dieses Erfordernis nicht gegeben und euer Lieblingsparagraf §26 hätte gezogen. Es handelt sich allerdings nicht um eine außerordentliche Sitzung, sondern es handelt sich um eine ordentliche Sitzung. Aus dem Grund sind die Erfordernisse der Einladung einer ordentlichen Sitzung auch unbedingt einzuhalten, wurscht was eure Rechtsmeinung sagt.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Zur tatsächlichen Berichtigung: §26 spricht nicht von Fristen, die sich auf außerordentliche UV-Sitzungen beziehen, sondern spricht im Allgemeinen zu Satzungsänderungen.

Florian Lattner – AG

Zur tatsächlichen Berichtigung: Es gibt so etwas wie Umkehrschluss, Größenschluss, Interpretationsmethoden, die lernt man im 1. Semester am Juridicum.

Fahriye Canal – FEST

Ich möchte bitte gerne einen Antrag auf Beendigung dieser Debatte stellen, danke!

Camila Garfias – VSStÖ

Das ist ein Formalantrag, der muss sofort zur Abstimmung gebracht werden.

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Ja, das habt ihr nämlich schon einmal probiert, um der Opposition das Wort abzuschneiden, es ist euch damals nicht gelungen, es gelingt euch auch heute nicht. Es gibt keinen Schluss zur Debatte, es gibt keinen Schluss zur Debatte, zu Protokoll.

Camila Garfias – VSStÖ

Niemand möchte euch das Wort abdrehen, wir hören euch, wie du merkst, immer noch zu und wir antworten immer noch darauf.

Fahriye Canal – FEST

Ich danke schön für den Hinweis. Ich stelle den Antrag auf Ende der Redner_innenliste, wenn es so korrekt ist. Danke schön!

Philipp Ilming – AG

Ich werte das Bemühen einer angeblichen Oppositionspartei sehr, sich hier gegen die Oppositionsrechte einzubringen. Wir haben hier im Tagesordnungspunkt erst einen der 3 Anträge, der uns vorhin angekündigt wurde, behandelt. Wir können die Redner_innenliste nicht jetzt schließen, da wir noch 3 Anträge haben, zu denen es die Möglichkeit haben muss Wortmeldungen abzugeben. Es tut mir sehr leid, es ist eine Debatte und die kannst du nicht beenden.

Camila Garfias – VSStÖ

Die tatsächliche Berichtigung: Das bezieht sich zur Sache, also beim nächsten Mal halte dich bitte dran! Die Satzungsanträge werden getrennt diskutiert und abgestimmt.

Philipp Ilming – AG

Gut, dann können wir das schließen, wir haben noch 2 vor uns, wenn das mehr bringt.

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Wir sind in einer demokratischen Gesellschaft, jeder sollte das freie Wort haben und ich finde es äußerst, äußerst schäbig, wenn sogar so ein Antrag Unterstützung findet von einer Oppositionsfraktion, die hier die Oppositionsrechte weiter einschneiden will, Gott sei Dank seid ihr ab übermorgen nicht mehr in diesem Gremium vertreten zum Wohl aller Studierenden. Wie hier von Seiten der Exekutive im Wissen, dass sie Formalfehler begangen haben versucht wird drüber zu fahren. Ahm, da bin ich sehr überrascht, weil gerade ihr heftet's euch ja immer Werte an eure Fahnen, ja, verstehe ich nicht, warum ihr solche Angst habt vor unseren Redebeiträgen. Ihr seid ja so felsenfest überzeugt von eurer Meinung, dann solltet ihr das aushalten können.

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Steuer und ich beantragen eine geheime Abstimmung über die Abstimmung der Redner_innenliste!

Camila Garfias – VSStÖ

Gut, es kommt zu einer geheimen Abstimmung.

Es werden die Mandatar_innen einzeln zur Abstimmung aufgerufen.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Die Wahlurne ist leer.

Mathias Haas - Alternativ- und Nachhaltigkeitsreferat

Irgendwie finde ich es heuchlerisch und verlogen, wenn man sich die ganze Zeit auf Oppositionsrechte und Demokratie einschießt, weil dazu gehört nun mal, dass man Abstimmungsergebnisse zur Kenntnis nimmt und bei der Abstimmung bei der Tagesordnung, ist mit einer Mehrheit beschlossen worden, dass diese Tagesordnung gültig ist, damit ist auch der Tagesordnungspunkt Satzungsänderungen gültig. Ich habe in der vorigen Debatte keine neuen Argumente gehört zu diesem Punkt, die nicht schon auch bei dem Punkt Tagesordnung erwähnt wurden. Deshalb habe ich auch kein Problem damit, wenn in Zukunft öfter der Antrag auf Schluss der Debatte gestellt wird – Redner_innenliste ok!

Johannes Steuerer – AG zur Protokollierung

Es hat sich einiges angesammelt in den letzten Minuten. Ich werde das jetzt der Reihe nach abarbeiten.

1. Es gab keine Diskussion zum Tagesordnungspunkt Satzungsänderung zuletzt, sondern zu den Anträgen der Satzung selbst, d.h. deine Wortmeldung ist inhaltlich leider nicht richtig.
2. Das der Kollege Ilming seine Schreibmaschine mal mithatte, hatte nicht nur einen leicht provokanten Sinn, sondern es ging auch darum, dass seine Handschrift schwer leserlich war und deswegen, weil Initiativ-Anträge in der Sitzung jeweils schriftlich vorgelegt werden müssen, er diese auch durch die Schreibmaschine sofort schreiben als auch schon vorlegen konnte, weil Notebook und Drucker haben hier die Wenigsten mit.
3. Zur Diskussion lex specialis muss ich sagen, das ist auch nicht korrekt. Lex specialis wäre z.B. wenn man vergleicht: ABGB-KSchG, ABGB - MEG hier geht es darum, dass in den Sondergesetzen Dinge speziell geregelt werden, die in den Allgemeinen Gesetzen nicht geregelt werden. In diesem Fall mit dem §26 ist das hier nicht richtig erstens, und zweitens das Argument bezüglich es steht nichts im §3 drinnen irgendwas mit außerordentlichen Sitzungen – es ist jetzt vollkommen egal – das hat der Kollege Lattner auch schon richtig gestellt. Wenn ein Umkehrschluss nicht geregelt ist, heißt das noch lange nicht, dass man einen Analogieschluss machen kann, um zum Ergebnis kommen, was man sich wünscht.
4. Zum Mag. Pilz muss ich respektvoll sagen, dass ich jetzt schon zum 2. Mal ein Gutachten von ihm vorliegen hatte und ich respektvollerweise sagen muss, dass ich mit ihm übereinstimme, dass er manchmal die Gesetzeslage falsch einschätzt, aber das ist meine persönliche Meinung, die ist nicht angriffig gemeint. Danke schön!

Philipp Ilming – AG

1. Vielleicht brauchen wir nicht neue Punkte, wenn die alten so gravierend sind und auch wenn man sie fünfmal vorträgt nicht verstanden werden und es kein schlüssiges Gegenargument gibt.
2. Sollten wir hier in diesem Gremium doch in der Lage sein, wenn es nur Tippfehler sind, dann schicke ich sie vorher aus und die Sache ist gegessen, wie gesagt separat. Formalitäten sollten wir einhalten,

doch der springende Punkt ist jetzt auch noch, meiner persönlichen Meinung nach, wie wir hier mit der Situation umgehen. Wir haben es bei der Vorbesprechung gebracht und wir sitzen hier seit mehreren Stunden. Es ist niemand aus dem gesamten Raum und auch nicht der Vorsitz gekommen und hätte gemeint, reden wir mal darüber. Kein Mensch. Man ist hier auf Konfrontation aus und dann darf man sich nicht erwarten, dass es in diesem Gremium auch anders ist. Es gibt Gremien, wo man sehr gut zusammenarbeiten kann. In Ausschüssen und in anderen Bereichen, aber hier in diesen UV-Sitzungen, vielleicht weil die Kamera da ist, weil theoretisch Zuschauer kommen könnten, spielen sich manche Fraktionen – ich begrüße alle Zuschauer – auf. Das man hier auf stur schaltet und deshalb gibt es hier auch immer wieder solche Punkte. Aber ganz klar ist, es ist nicht korrekt eingebracht worden. Es gibt keinen Plan, außer wir haben mit jemandem gesprochen. Ich habe nie etwas Schriftliches gesehen von jemandem, ich habe nie ein Rechtsgutachten gesehen, aber ich habe eine Satzung, wo drinnen steht, dass es mit den Einladungen an mich hätte gehen müssen. Ich habe hier fünf Juristen sitzen, die mir alle erklären, wenn zwei Regelungen da sind, dann muss das gelten, das spezieller ist, da wird auch wieder das Allgemeinere erfüllt. Für mich ist es logisch, ich darf auch nicht in der Stadt 50 fahren, wenn in der ganzen Stadt 30er Beschränkung ist. Ganz einfach, wir müssen uns an Beschränkungen halten, und wenn ich selbst die Regeln mache, umso mehr. Und wenn ich selbst die Regeln ändern möchte, dann muss ich das genauso nach diesem Spiel spielen. Es ist ganz trivial und einfach.

Daher meine letzte Bitte, seht es ein, verschiebt es, wenn es nur um Tippfehler geht, macht es in der 1. Sitzung der neuen Periode und die Sache hat sich gegessen. Aber hier ist es nicht korrekt, nicht formal korrekt eingebracht worden, daher sollten wir uns hiermit nicht beschäftigen, danke!

Markus Giesen – ZBV AG

Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit!

Camila Garfias – VSSStÖ - ruft die Mandatar_innen wie folgt auf und stellt die Anwesenheit fest:

VSSStÖ

Alina Bachmayer anw.
Laurin Rosenberg anw.
Julian Traut anw.
Adele Sigl anw.
Katherina Spajic anw.
Nicole Garfias Stimmübertragung an Vedrana Covic anw.
Camila Garfias anw.

GRAS

Catherina Schneider anw.
Julia Gaugelhofer – Stimmübertragung an Sebastian Daxner anw.

Unverständliche Stimmen der Aktionsgemeinschaft aus dem Hintergrund.

Camila Garfias – VSSStÖ

Die Mandatäre der AG seien informiert, heute in der Früh war der Vorsitzende der Wahlkommission extra noch einmal auf der UV und hat alle Listen kontrolliert. Alle Listen sind ordnungsgemäß und richtig. Ja, die GRAS hat eine neue Liste. Alle Personen, die von uns als Mandatar_innen akzeptiert worden sind, sind natürlich Mandatar_innen auf dieser UV-Sitzung – danke Philipp!

Cara Brunner – Stimmübertragung an Sebastian Berger anw.
Sebastian Kneidinger – Stimmübertragung an Manuel Boschitsch anw.
Karin Stanger anw.
Lena Coufal anw.
Daniel Nenning anw.

AG

Philipp Ilming anw.
Harald Mayer anw.
Markus Giesen - Stimmübertragung an Johannes Steurer anw.
Florian Lattner anw.
Florian Hule anw.

Daniela Spießberger anw.

KSV-LiLi

Philipp Jung anw.

Stefanie Marx anw.

JuLis

Hannes Hauer anw.

Florian Piewald anw.

FEST

Fahriye Canal anw.

Gábor Bartha anw.

PIRATEN

Wolfgang Wagner anw.

**Wir stellen fest, 27 von 27 Mandatar_innen sind anwesend. Wir sind immer noch beschlussfähig!
Wir kommen zur Abstimmung des 1. Satzungsänderungsantrages!**

Stephanie Marx – KSV-Lili

Antrag 7

Antrag an die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien

Antragsteller: Florian Soltic für die Exekutiv-Fraktionen

**Betreff: Anpassung der Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien gem. § 70
Abs. 3 HSG 2014**

Gemäß § 70 Abs. 3 HSG 2014 hat die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien ihre nach dem Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 1998 beschlossene Satzung an die neue Rechtslage nach Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014 anzupassen. Die Universitätsvertretung möge daher die Anpassung der Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien durch Änderung dieser anhand beiliegender Auflistung beschließen.

§ 2 Organe der Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien

Abs. 1 Z 2

„die Organe gemäß § 15 Abs. 2 HSG 2014“

statt

„die Organe gemäß § 12 Abs. 2 HSG 1998“

Abs. 2

„(...) ein Organ nach § 15 Abs. 2 HSG 2014“

statt

„(...) ein Organ nach § 12 Abs. 2 HSG 1998“

Abs. 10

„Die Zusammenlegung oder Trennung von Studienvertretungen erfolgt durch Beschluss der Universitätsvertretung mit 2/3-Mehrheit (§ 19 Abs. 2 HSG 2014) (...)“

statt

„Die Zusammenlegung oder Trennung von Studienvertretungen erfolgt durch Beschluss der Universitätsvertretung mit 2/3-Mehrheit (§ 17 Abs. 1 HSG 1998) (...)“

Abs. 13

Ergänzung am Ende des Absatzes wie folgt:

„(...). Die Universitätsvertretung kann bei einem vorzeitigen Ende der Funktionsperiode einer Studienvertretung nach § 19 Abs. 4 HSG 2014 und im Falle des Unterbleibens der Wahl für eine Studienvertretung nach § 52 Abs. 4 HSG 2014 eine Person bestellen, welche die Aufgaben dieser Studienvertretung übernimmt.“

§ 3 Sitzungen der Universitätsvertretung

Abs. 2

„Alle Studierendenvertreterinnen laut § 30 Abs. 1 Z 1 bis 4 und 6 HSG 2014“

statt

„Alle Studierendenvertreterinnen laut § 21, Abs. 1 (1-4) HSG“

Abs. 3

„Gewählte Mandatarinnen der Universitätsvertretung können sich bei Sitzungen nur durch eine nominierte Ersatzmandatarin § 53 Abs. 1 HSG 2014) vertreten lassen. Ist auch die Ersatzmandatarin verhindert oder wurde keine Ersatzmandatarin bekannt gegeben, so kann sich die Mandatarin durch eine andere Ersatzmandatarin § 59 Abs. 3 HSG 2014) vertreten lassen, (...)“

statt

„Gewählte Mandatarinnen der Universitätsvertretung können sich bei Sitzungen nur durch eine nominierte Ersatzmandatarin § 41 Abs. 1 HSG 1998) vertreten lassen. Ist auch die Ersatzmandatarin verhindert oder wurde keine Ersatzmandatarin bekannt gegeben, so kann sich die Mandatarin durch eine andere Ersatzmandatarin § 47 Abs. 3 HSG 1998) vertreten lassen, (...)“

§ 7 Abstimmungen

Abs. 1

„Soweit das HSG 2014 oder diese Satzung nichts anderes bestimmen (...)“

statt

„Soweit das HSG 1998 oder diese Satzung nichts anderes bestimmen (...)“

§ 10 Protokollierung

Abs. 1

„(...) binnen zwei Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Bundesministerin zugesandt (...)“

statt

„(...) binnen drei Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Bundesministerin zugesandt (...)“

§ 12 Die Vorsitzende und ihre Stellvertreterinnen

Abs. 5

„(...) die Vorsitzende gemäß § 15 Abs. 2 berechtigt, die Leitung der Referate nach § 16 Z 2 bis 14 selbst zu übernehmen oder bei sämtlichen Referaten nach § 16 entsprechend qualifizierte Personen (...)“

statt

„(...) die Vorsitzende gemäß § 15 Abs. 2 berechtigt, die Leitung des Referats selbst zu übernehmen oder entsprechend qualifizierte Personen (...)“

§ 15 Mitarbeiterinnen der Referate

Abs. 1

„Die Referentinnen und eine stellvertretende Referentin für das Referat gem. § 16 Z 1 werden (...)“

statt

„Die Referentinnen werden (...)“

Abs. 2

„Bis zur Wahl einer Referentin für die laut § 16 dieser Satzung eingerichteten Referate, in einer Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien ist die Vorsitzende berechtigt, die Leitung der Referate nach § 16 Z 2 bis 14 selbst zu übernehmen oder für sämtliche Referate nach § 16 entsprechend qualifizierte Personen mit der Leitung des Referates zu betrauen. (...)“

statt

„Bis zur Wahl einer Referentin für die laut § 16 dieser Satzung eingerichteten Referate, in einer Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien ist die Vorsitzende berechtigt, die Leitung des Referats selbst zu übernehmen oder entsprechend qualifizierte Personen mit der Leitung des Referates zu betrauen. (...)“

Abs. 4

„Die Verantwortlichkeit der Referentinnen und einer stellvertretenden Referentin des Referats gem. § 16 Z 1 beginnt (...)“

statt

„Die Verantwortlichkeit der Referentinnen beginnt (...)“

Abs. 6

„(...) Einsetzungen von Sachbearbeiterinnen und Angestellten laut § 36 Abs. 3 HSG 2014 ist (...)“
statt

„(...) Einsetzungen von Sachbearbeiterinnen und Angestellten laut § 27 Abs. 3 HSG 1998 ist (...)“

§ 16 Referate

Z 1 - Wirtschaftsreferat

„(...) nach den Bestimmungen des HSG 2014 (...)“

statt

„(...) nach den Bestimmungen des HSG 1998 (...)“

§ 19 Ausschüsse der Universitätsvertretung

Abs. 11 Z 3 - Gleichbehandlungsausschuss

b) „(...) eine Referentin, eine stellvertretende Referentin für das Referat gem. § 16 Z 1 oder Sachbearbeiterin (...)“

statt

„(...) eine Referentin oder Sachbearbeiterin (...)“

c) „(...) Abmahnung einer Sachbearbeiterin, Referentin, einer stellvertretenden Referentin für das Referat gem. § 16 Z 1, der Vorsitzenden oder (...)“

statt

„(...) Abmahnung einer Sachbearbeiterin, Referentin, der Vorsitzenden oder (...)“

§ 21 Entsendungen

- Beibehaltung Abs. 1

- Anpassung von Abs. 2

- Einfügen eines neuen Abs. 5

- Bisheriger Abs. 5 nun Abs. 6 inkl. legislatischer Anpassung an das HSG 2014

- Anpassung des bisherigen Abs. 6 und neue Nummerierung als Abs. 7

- Bisheriger Abs. 7 nun neu nummeriert als Abs. 8

Abs. 1 – Gänzliche Beibehaltung

„Bei Entsendungen ist grundsätzlich nach dem Subsidiaritätsprinzip vorzugehen, d.h. zuerst hat die fachlich überwiegend zuständige Studienvertretungen zu entsenden, sind mehrere Studienvertretungen gleichermaßen fachlich zuständig (bspw. Studienkonferenzen), so haben sie gemeinsam zu entsenden. Ist das nicht möglich oder betrifft das zu besetzende Gremium Interessen einer gesamten Organisationseinheit nach § 29 Abs. 4 UG 2002 (bspw. Fakultätskonferenz), so entsendet das fachlich überwiegend zuständige Organ nach § 2 Abs. 1 Z 2, sind mehrere Organe nach § 2 Abs. 1 Z 2 gleichermaßen fachlich zuständig, so haben sie gemeinsam zu entsenden. Ist das nicht möglich oder betrifft das zu besetzende Gremium Interessen der gesamten Universität (bspw. eine Arbeitsgruppe des Rektorats zu Verbesserungen im Studienbetrieb), so entsendet die Universitätsvertretung.“

Abs. 2 – Anpassung

„Betrifft eine Entsendung mehrere Studienvertretungen oder mehrere Organe nach § 2 Abs. 1 Z 2, so entsenden sie durch übereinstimmende Beschlüsse jedes betroffenen Organs. Kommen keine übereinstimmenden Beschlüsse zustande so ist nach den Abs. 3 oder 4 im Falle der Entsendung in Kommissionen nach § 25 Abs. 8 Z 1 bis 3 UG 2002 nach den Abs. 3 oder 5 vorzugehen.“

statt

„Betrifft eine Entsendung mehrere Studienvertretungen oder mehrere Organe nach § 2 Abs. 1 Z 2, so entsenden sie durch übereinstimmende Beschlüsse jedes betroffenen Organs. Kommen keine übereinstimmenden Beschlüsse zustande so ist nach den Abs. 3 oder 4 vorzugehen.“

Abs. 5 – Einfügen neuer Absatz

„Kommen für die Nominierung der zu entsendenden Personen in Kommissionen nach § 25 Abs. 8 Z 1 bis 3 UG 2002 keine übereinstimmenden Beschlüsse der nach Abs. 1 zuständigen Studienvertretungen zu Stande, so hat die Vorsitzende der Universitätsvertretung auf Basis der Nominierungen der betroffenen Organe für die Entsendung einen Gesamtorschlag nach § 32 Abs. 1 HSG 2014 zu erstellen und der Universitätsvertretung vorzulegen.“

Abs. 6 – Bisheriger Abs. 5 inkl. legislatischer Anpassung an das HSG 2014

„Die Universitätsvertretung entsendet nach dem HSG 2014 in den Senat, alle Kommissionen des Senats, den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen und alle anderen universitären Gremien die nicht in die überwiegende Zuständigkeit eines anderen Organs der Hochschülerinnenschaft fallen.“

statt

„Die Universitätsvertretung entsendet nach dem HSG 1998 in den Senat, alle Kommissionen des Senats, den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen und alle anderen universitären Gremien die nicht in die überwiegende Zuständigkeit eines anderen Organs der Hochschülerinnenschaft fallen.“

Abs. 7 – Bisheriger Abs. 6 neu nummeriert und angepasst

„Bei den Kommissionen nach § 25 Abs. 8 Z 1 bis 3 UG 2002 hat die Nominierung der zu entsendenden Personen durch die zuständige Studienvertretung nach Abs. 1 zu erfolgen. Sind nach Abs. 1 mehrere Studienvertretungen zuständig, ist nach Abs. 2 vorzugehen.“

statt

„Bei den Kommissionen nach § 25 Abs. 8 Z 1 bis 3 UG 2002 hat die Nominierung des zuständigen Organs nach Abs. 1 zu erfolgen. Die Nominierung durch die Studienvertretungen erfolgt gemäß der Abs. 2 bis 4.“

Abs. 8 – Bisheriger Abs. 7 neu nummeriert

„Um die Entsendung in Kommissionen zeitgerecht auch zwischen Sitzungen beschließen zu können sind Umlaufbeschlüsse zulässig. Für einen Umlaufbeschluss wird der Text des Beschlusses per E-Mail an alle Mandatarinnen der Universitätsvertretung gesandt.

Ein Umlaufbeschluss kommt zu Stande, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf „ja“ lautet. Nicht abgegebene Stimmen zählen als Enthaltungen. Ein Umlaufbeschluss kommt nicht zu Stande, wenn eine Mandatarin Diskussion zu dem Beschluss wünscht oder mehr als die Hälfte der Mandatarinnen sich der Stimme enthalten. Haben Mandatarinnen keine E-Mail-Adresse, so sind sie telefonisch zu kontaktieren. Ein Umlaufbeschluss hat jedenfalls eine Frist, binnen der zu antworten ist, zu enthalten; diese muss mindestens drei Studientage und darf nicht mehr als sieben Studientage betragen.“

§ 23 Budget und Haushaltsführung

Abs. 1

„(...) des HSG 2014 sowie der auf Antrag der Kontrollkommission der Österreichischen Hochschülerinnenschaft durch die Bundesministerin erlassenen Verordnungen nach § 40 Abs. 5 und 6 HSG 2014, § 41 Abs. 7 HSG 2014 und § 42 Abs. 7 HSG 2014 zu erfolgen.“

statt

„(...) des HSG 1998 sowie der Richtlinien der Kontrollkommission der Österreichischen Hochschülerinnenschaft zu erfolgen.“

§ 24 Urabstimmungen

Abs. 3

„Für Urabstimmungen gemäß § 62 HSG 2014 ist die HSWO 2014 sinngemäß anzuwenden. Für die organisatorische Durchführung einer Urabstimmung gleichzeitig mit einer Hochschülerinnenschaftswahl ist die Wahlkommission der Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien zuständig § 62 Abs. 5 HSG 2014). (...)“

statt

„Für Urabstimmungen gemäß § 50 HSG 1998 ist die HSWO 2005 sinngemäß anzuwenden. Für die organisatorische Durchführung einer Urabstimmung gleichzeitig mit einer Hochschülerinnenschaftswahl ist die Wahlkommission der Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien zuständig § 50 Abs. 5 HSG 1998). (...)“

Abstimmung Antrag 7

Prostimmen: 19

Enthaltungen: 0

Contra: 8

Antrag 7 angenommen.

Stephanie Marx – KSV-Lili

Antrag 8

Antrag an die Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien

Betreff: Richtigstellung von Schreib- und Tippfehlern in der Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien (Stand Oktober 2014)

Die Universitätsvertretung möge die Korrektur von Schreib- und Tippfehlern in der im Rahmen der Sitzung der Universitätsvertretung am 24.10.2014 beschlossenen Satzung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien laut beiliegender Auflistung beschließen.

§ 0 Begriffsbestimmungen und Bezeichnungen

Abs. 7

„Organe“
statt

„Organen“

§ 2 Organe der Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien

Abs. 12

„Hochschülerinnenschaft an der Universität Wien“
statt

„Hochschülerinnenschaft an der Universität“

§ 4 Erstellung der Tagesordnung

Abs. 3 **Ergänzung** Satzzeichen

„(...) deponiert wurden (Eingangsstempel und Übernahmebestätigung).“

§ 5 Ablauf der Sitzung

Abs. 5 „(...) innerhalb der zulässigen Redezeit zu Ende gebracht (...)“

statt

„(...) innerhalb der zulässigen Redezeit zur Ende gebracht (...)“

Abs. 9

Korrektur Position Satzzeichen

„(...) für alle Unterbrechungen verlangen (Formalantrag nach § 6 Abs. 3 Z 2). Die Vorsitzende (...)“ **statt**

„(...) für alle Unterbrechungen verlangen. (Formalantrag nach § 6 Abs. 3 Z 2) Die Vorsitzende (...)“

§ 6 Anträge

Abs. 3 Z 3

Ergänzung Satzzeichen

„Unterbrechung der Sitzung gemäß § 5 Abs. 10 (lange Unterbrechung durch Beschluss)“

Abs. 4 Z 2

Ergänzung Leerzeichen

„(...) ihrer wahlwerbenden Gruppe noch nicht ausgeschöpft ist.“

Statt

„(...) ihrer wahlwerbendenGruppe noch nicht ausgeschöpft ist.“

Abs. 7

Korrektur Satzzeichen

„(...) Debatte nicht fortsetzen, so sie nur den Abstimmungsvorgang (...)“

statt

„(...) Debatte nicht fortsetzen., So sie nur den Abstimmungsvorgang (...)“

Abs. 8

„(...) wenn der Haupt- bzw. Gegenantrag, auf den sich der Zusatzantrag bezieht, (...)“

statt

„(...) wenn der Haupt- bzw. Gegenantrag, auf den ich der Zusatzantrag bezieht, (...)“

§ 12 Die Vorsitzende und ihre Stellvertreterinnen

Abs. 1

„(...) Leitung der Sitzungen der Universitätsvertretung und (...)“

statt

„(...) Leitung der Sitzungen der der Universitätsvertretung und (...)“

§ 13 Referate mit erweiterter Autonomie

Abs. 5

„(...) kein Einverständnis erzielt, so kann dieses Budget bzw. der verbleibende Teil des Budgets nicht ausgegeben werden.“

statt

„(...) kein Einverständnis erzielt, so kann dieses Budget bzw. der verbleibende Teil des Budgets ausgegeben werden.“

Abs. 6

Korrektur Satzzeichen

„(...) für das HomoBiTransreferat zumindest 1,5 Prozent (...)“

statt

„(...) für das HomoBiTransreferat zumindest 1,5, Prozent (...)“

§ 16 Referate

Z 12 – Referat für Arbeiter_innenkinder

„(...) für sozial und kulturell benachteiligte Studentinnen. (...)“

statt

„(...) für sozial und kulturell benachteiligten Studentinnen. (...)“

§ 19 Ausschüsse der Universitätsvertretung

Abs. 2

„(...) bei der letzten Wahl als zur (...)“

statt

„(...) bei der letzten Wahls als zur (...)“

Abs. 4 bzw. 5

Korrektur Satzzeichen

„(...) sein kann. (5) Die Einberufung (...)“

Statt

„(...) sein kann. „(5) Die Einberufung (...)“

Abs. 9

„Die Bestimmungen dieser Satzung gelten sinngemäß für Ausschüsse unter folgenden Maßgaben:

(...)“ **statt**

„Die Satzung der Universitätsvertretung gilt sinngemäß für Ausschüsse unter folgenden Maßnahmen (...)“

Abs. 11 Z 3 - Gleichbehandlungsausschuss

e) „(...) hat die Vorsitzende die zustellungsbevollmächtigten Vertreterinnen der in der Universitätsvertretung vertretenen wahlwerbenden Gruppen zu informieren. (...)“

statt

„(...) hat die Vorsitzende die Fraktionssprecherinnen zu informieren. (...)“

§ 20 Mandatsberechnungsverfahren nach Hare/Niemeyer

„(...). Die Restsitze werden in absteigender Reihenfolge der Größe der Nachkommateile der Quoten den wahlwerbenden Gruppen zugeteilt.“

statt

„(...). Die Restsitze werden in der Reihenfolge der großen Nachkommateile der Quoten den wahlwerbenden Gruppen zugeteilt.“

Johannes Steurer – AG

Ich beantrage eine geheime Abstimmung!

Camila Garfias – VSSStÖ

Gut, wir kommen zur geheimen Abstimmung. Wollt ihr die Anträge getrennt abstimmen. Gut, dann stimmen wir getrennt ab.

Liebe Alle, zur Erklärung. Du bekommst zwei Zettel, einer für Tippfehler und einer für HSG, das sind die zwei Anträge die vorgelesen wurden. Ihr habt sie zugeschickt bekommen. Ihr könnt wählen zwischen ja/nein/Enthaltung.

Die Mandatar_innen werden einzeln aufgerufen und das Ergebnis bekannt gegeben.

Abstimmung Antrag 8

Prostimmen: 20

Enthaltungen: 0

Contra: 7

Antrag 8 angenommen.

Top 9 wird geschlossen.

Camila Garfias – VSStÖ unterbricht die Sitzung um 15:11 Uhr für 10 Minuten.

Camila Garfias – VSStÖ nimmt um 15:24 Uhr die Sitzung wieder auf.

TOP 10 – Anträge

Florian Piewald – Junos

Antrag 9

Antragsteller_in: Junos, AG, Unipiraten

Betreff: **USI Kurse zum Studierenden-Preis – auch nach dem 25. Geburtstag**

Die ÖH Uni Wien möge sich öffentlichkeitswirksam dafür einsetzen, dass auch Studierende über 25 USI Kurse zum ermäßigten Preis beziehen können.

Johannes Steurer – AG meldet sich um 15:25 Uhr ab und übergibt die Stimme an Markus Giesen–AG. Markus Giesen – AG meldet sich um 15:25 Uhr an.

Abstimmung Antrag 9

Prostimmen: 27

Enthaltungen: 0

Contra: 0

Antrag 9 einstimmig angenommen.

Antrag 10

Antragsteller_in: VSStÖ, GRAS, KSV-Lili, FEST

Betreff: **Asyl ist Menschenrecht!**

Weltweit wird alle 4,1 Sekunden ein Mensch dazu gezwungen sein ihr zu Hause zu verlassen. In Österreich gab es Anfang 2013 rund 22.400 offene Asylverfahren. Setzt man diese Zahl in Relation zur Einwohner_innenzahl, machen Asylsuchende etwa 0,27 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. In den vergangenen fünf Jahren haben jährlich zwischen 11.000 und 17.500 Menschen um Asyl angesucht – vergleichsweise wenig zu den Jahrzehnten davor. Das Verlassen des Zuhauses ist verbunden mit langen, oft lebensgefährlichen Wegstrecken, die mit der Vorstellung hinter sich gebracht werden, ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Fluchtgründe sind so vielseitig wie Lebensrealitäten selbst – für viele ist es Flucht aus Armut, Krieg, Verfolgung und/oder vor geschlechtsspezifischer Gewalt. Flucht vor Auswirkungen des kapitalistischen Systems.

EU-Außengrenzsicherung mit allen Mitteln

Die praktische Umsetzung der Sicherheitsdoktrin an den EU-Außengrenzen wird Jahr für Jahr verschärft. Um der Einwanderung ein Ende zu setzen, wurde 2005 zur "Sicherung der Außengrenzen" die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union“ ins Leben gerufen, besser bekannt als Frontex. Ihre Kernaufgabe ist es, Flüchtlinge daran zu hindern, europäischen Boden zu betreten.

Dies betrifft in erster Linie die Fluchtroute über das Mittelmeer, auf der Frontex Flüchtlingsboote sucht, um sie auf offener See wieder zurückzudrängen – um zu verhindern, dass diese Europas Küsten erreichen. Diese Form der Grenzsicherung schiebt Flüchtlinge in den Tod: für die letzten 15 Jahre wird die Anzahl der Toten im Mittelmeerraum auf bis zu 60.000 Personen geschätzt, offiziell dokumentiert sind 20.000 Tote.

Diese menschenverachtende Praktik bedeutet einen Bruch mit der geltenden Genfer Flüchtlingskonvention. Diese manifestiert das „Non-Refoulement-Prinzip“: kein Flüchtling darf in ein Land ausgewiesen werden, in dem sein_ihr Leben gefährdet ist. Mit der Rückweisung auf offener See, selbstredend ohne jegliche Prüfung der Lebensumstände der Bootsinsass_innen, passiert genau das.

Unrecht wird zu EU-Recht

Vier von fünf Flüchtlingen weltweit leben aktuell in so genannten Entwicklungsländern. Vom weltweit größten Teil an Flüchtlingen – nämlich Binnenvertriebenen innerhalb ihres eigenen Landes (28,8 Millionen sogenannte Internally Displaced Persons) – bekommt die EU ohnehin nichts mit, auch wenn sie an den Gründen dieser Fluchtbewegungen oft mitbeteiligt ist. Obwohl also der größte Teil der Flüchtlinge fernab von Europa aufgenommen wird, fährt die EU mit einem ausgeklügelten System zur Sicherung ihrer Festung auf. Zusammengefasst werden diese Regelungen im „Dublin-System“, die mit dem EURODAC-System den Rahmen der EU Asylpolitik vorgeben.

Das Dublin-System setzt sich aus Verordnungen zusammen. Die Grundlage davon ist Dublin II, die Aktuellste daraus ist die im Juli 2013 in Kraft getretene und seit 2014 unmittelbar anwendbare Dublin-III-Verordnung. Sie wurde vom Europäischen Parlament und Rat verabschiedet. Sie legt die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedsstaates fest, der für die Prüfung eines gestellten Asylantrags zuständig ist. Die Verordnung beinhaltet eine lange Liste von Menschenrechtsverletzungen oder menschenunwürdigen Bestimmungen: Wie bereits in der Dublin-II-Verordnung sieht auch Dublin-III die Möglichkeit der Abschiebehaft vor – eine vollkommen willkürliche Kriminalisierung von Schutzsuchenden! Gründe dafür können eine ungeklärte Identität, eine verspätete Asylantragsstellung oder die Beweissicherung im Asylverfahren sein.

Dies macht deutlich, wie unsolidarisch der Umgang zwischen den Mitgliedsländern der EU ist. Krisengebeutelte Länder wie Griechenland, Spanien oder Italien tragen die größte Verantwortung im Prozess der Aufnahme, während andere EU-Länder so tun, als hätten sie nichts damit zu tun. Dass Länder wie Schweden während des Syrienkriegs Asyl für tausende Kriegsflüchtlinge anbieten, ohne aber einen Flug für diese Menschen zu chartern, ist – wie aus der Darstellung von Fluchtwegen deutlich wird – eine Verhöhnung der Betroffenen.

An der Wurzel packen – Zusammenhänge thematisieren – Kapitalismus kritisieren!

In einigen Ländern gründet die staatliche Herrschaft nicht aus dem Gelderwerb der im Land selbst erwirtschaftet wird sondern Großteils von Weltmarkt, Krediten und „Entwicklungshilfe“ kommt, daran richtet das Herrschaftspersonal seine Politik aus und widmet seine Bevölkerung. Folglich wurde in Anpassung an diese Bedingungen jegliche Subsistenz der einzelnen verunmöglicht und die Menschen sind auf den Gelderwerb angewiesen. Die zwei klassischen Methoden da rann zukommen sind allerdings meist abgeschnitten, so gut wie jeder Versuch von einzelnen Kapital anzuheufen um damit Betriebe zu eröffnen scheitert an der Weltmarktkonkurrenz, der man zwecks der Kredite freien Lauf lässt, folglich gibt es sehr wenig Kapital welches Arbeit benötigt und sich diese erwirbt. Die unglaubliche Konkurrenz die hieraus am Arbeitsmarkt entsteht hat zum Resultat das der Lohn oft noch unterhalb die Reproduktion der Arbeitskraft gedrückt wird (oder anders: die Leute verdienen nicht genug um längerfristig Arbeitsfähig zu bleiben). Dies wird von der staatlichen Herrschaft ebenfalls noch als Standortvorteil verkauft und von diversesten internationalen Konzernen gerne in Anspruch genommen. Oft hat dies zur Folge, dass vermehrt die Zugehörigkeit zu Familien und Familienverbänden als einzige Möglichkeit nach sozialem Rückhalt verstanden wird und sich nach und nach Situationen ergeben wo es militärische Auseinandersetzungen um die politische Macht (der sichersten verfügbaren Einnahmequelle) gibt die von jenen Verbänden geführt wird die sich davor schon am meisten einverleibt haben. Die zwei Möglichkeiten sind hier sich einer Fraktion anzuschließen oder zwischen ihnen zerrieben zu werden. Allesamt also genug gute Gründe das Weite zu suchen noch lange bevor von politischer Verfolgung, globalpolitischen Konflikten und militärischen Interventionen überhaupt die Rede ist.

Die zu den Weltmarktführern gehörende (und damit an der Misere mit verantwortliche) EU tut mit ihren Maßnahmen alles dazu das Risiko das eine Flucht birgt unkalkulierbar zu machen und lässt entsprechend Geflüchtete an ihren Außengrenzen elendig dahinsterven.

Unsere Aufgabe muss es sein, diese Zusammenhänge zwischen Flucht und kapitalistischer Ausbeutung immer und immer wieder zu thematisieren!

Refugee Movement

Protestierende Flüchtlinge machten in ganz Europa darauf aufmerksam, dass sie im Asylverfahren sowie im System der Grundversorgung unter riesigen Mängeln leiden. Sie ließen sich nicht länger ihre Stimme nehmen. Obwohl sie einen prekären Status hatten und von Abschiebung bedroht (und in Folge auch abgeschoben) wurden, kämpften und kämpfen sie auch in Wien und Österreich für ihre grundlegenden Menschenrechte. Unter staatlicher Repression und üblicher rassistischer Hetze protestierten sie gegen undurchschaubare Asylverfahren und verschärfte Gesetze. Sie forderten Arbeitserlaubnis und Bleiberecht – ein Leben in Würde.

Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierungs- und Politisierungsprozess in der Flüchtlingsdebatte. Sie sind es, die in der heutigen Zeit die tatsächlich schwächsten Mitglieder der

Gesellschaft sind und daher sollte es klare Priorität sein, ständig und offen ihre Anliegen zu stärken.

Die Universitätsvertretung möge daher beschließen:

Die Universitätsvertretung soll sich für folgende Forderungen einsetzen:

1. Weg mit dem Dublin-System
2. Genfer Flüchtlingskonvention respektieren
3. Kriminalisierung von Flüchtlingen stoppen – Schlepperei ist die einzige reale Möglichkeit, um zu flüchten und nach Österreich zu kommen
4. Frontex abschaffen
5. Asylgründe erweitern und einhalten, besonders im Zusammenhang mit gender-based violence, sexueller Orientierung und ökonomischen Zwängen
6. FGM als Asylgrund – Zwangsbeschneidung von Mädchen muss als Asylgrund anerkannt werden
7. Arbeitserlaubnis für Asylsuchende
8. Verbesserung der Lebensbedingungen während des Asylverfahrens – Schluss mit Unterbringungen von Asylwerber_innen in Massenlagern, für ein menschenwürdiges Leben, auch für Flüchtlinge
9. Möglichkeit eines Asylantrags in österreichischen und EU-Botschaften sowie Gewährleistung sicherer Fluchtrouten
10. Beschleunigung der Asylanträge
11. Eine öffentlich finanzierte sowie unabhängig gestaltete Rechtsberatung für alle Asylsuchende
12. Den uneingeschränkten Zugang zu Lehre und Ausbildung für asylwerbende Flüchtlinge
13. Eine umfassende medizinische Versorgung für alle in Österreich lebenden Personen
14. Keine weitere Verwendung des Begriffs Wirtschaftsflucht, wir schlagen Hungerflucht vor
15. Die ÖH Uni Wien setzt sich für eine menschliche Asylpolitik ein und unterstützt Aktivist_innen, die sich dafür engagieren

Abstimmung Antrag 10

Prostimmen: 18

Enthaltungen: 3

Contra: 5

Antrag 10 angenommen.

Hannes Hauer – Julis zur Protokollierung

Ich kann mich dem Antrag jetzt nicht 100%ig anschließen, es sind schon Punkte dabei, die in den Forderungen sehr sinnvoll sind und um die Darstellungen der AG etwas zu relativieren. Es gibt zumindest einen Punkt, der eindeutig Studienbezug hat, nämlich, die ganz letzte Forderung...ich weiß nicht genau wie er formuliert ist, tut mir leid...der uneingeschränkte Zugang zum Bildungswesen für Asylsuchende, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Den uneingeschränkten Zugang zu Lehre und Ausbildung für asylwerbende Flüchtlinge, da kann man den Studentenbezug in keinster Weise abreden, das ist auch eine sehr sinnvolle Forderung, die ich explizit unterstützen möchte von unserer Seite, denn ähnlich wie beim Arbeitsverbot sehe ich jetzt nicht ein, dass man Leuten die hierher flüchten nicht erlaubt, entweder einer Arbeit nachzugehen oder sie damit mit Untätigkeit verdammt. Ich sehe es auch nicht ein, dass man ihnen nicht erlaubt an einem Bildungswesen teilzunehmen. In dem Zusammenhang ist natürlich auch zu kritisieren, dass es Diskriminierung für Drittstaatsangehörige, unter die auch Asylsuchende generell fallen, gibt, wie z.B. eine Benachteiligung im Bereich der Studiengebühren, was absolut zu verurteilen ist. Das wollte ich anmerken und explizit festhalten, danke!

Florian Lattner – zur tatsächlichen Berichtigung

Den einen Punkt, den du erwähnt hast, habe ich ja gesagt. Ich habe ja gesagt, es ist nur in einer einzigen Stelle ein Studentenbezug vorhanden. Den habe ich lobend hervorgehoben, deswegen finde ich es jetzt ein bisschen schlecht, wenn du in einer Kontrarede sagst, es steht eh der eine Punkt, den ich gerade erwähnt habe.

Florian Piewald – Julis zur Protokollierung

Liebe Aktionsgemeinschaft, ich finde es ziemlich menschenverachtend, wenn ihr hier ständig so „wordings“ benutzt „Wir sind überflutet von Flüchtlingen“. Es sind immerhin noch Menschen, es existieren immer noch die Menschenrechte! Ich finde es auch wichtig, dass medial mehr das Thema Flucht hochkommt und leider Gottes nützen das rechtspopulistische Parteien, um Stimmungen gegen Menschen

zu machen und gegen Menschen zu hetzen. Das ist aufs Tiefste zu verurteilen. Nur was diesen Antrag betrifft. Wir sind hier die Universitätsvertretung, wir sind nicht das Parlament. Wir können keine Gesetze beschließen, was habt ihr jetzt davon, wenn diese Forderungen in irgendeiner Presseaussendung stehen. Es werden die Zeitungen nicht schreiben, es interessiert einfach gar keinen. Konkret wäre es besser, wenn wir uns mehr darauf konzentrieren, wie wir unispezifische Forderungen diesbezüglich einbringen können, z.B. wie es der Hannes Hauer schon richtig erwähnt hat. Der letzte Punkt, der seine absolute Berechtigung hat, dass man sagt, dass Asylanten der Zugang zum Bildungssystem nicht verwehrt werden soll. Ansonsten, auch wenn in dem Antrag dann drinnen steht, dass der Kapitalismus und die bösen Konzerne das Böse auf der Welt sind und die sind für den Hunger verantwortlich und für was weiß ich was, das ist, um es provokant zu formulieren, Hetze.

Mathias Haas – KSV-Lili

Zum Kollegen von den Liberalen, möchte ich ergänzen, dass im Antrag drinnen steht, dass internationale Konzerne von dieser Situation, also mangelnde Arbeitsrechte in Drittweltstaaten usw. profitieren, nicht daran schuld sind, das ist ein Unterschied und dass Weltmarktführer wie die europäische Union eine Mitverantwortung dafür tragen, wie ein Weltmarkt aussieht, kann man glaube ich auch schwer widersprechen.

Philipp Ilming – AG

Es gibt durchaus Punkte, die zuzustimmen sind, das habe ich auch schon in der 1. Wortmeldung, das haben auch viele andere hier schon gesagt. Im Moment ist ein Gegenantrag im Entstehen, mit den Punkten wo vermutlich in diesem Raum alle mitziehen können. Und natürlich jemand der hier ist, soll sich nicht fadieren, sonst kommt man vielleicht auch auf dumme Ideen, sondern soll auch was arbeiten können. Das ist ganz normal, ich bringe bewusst keinen Vergleich zu anderen Institutionen, wo die Leute auch arbeiten wenn sie dort sitzen und die Zeit totschlagen müssen. Eines ist schon aber auch klar, natürlich ich weiß im Antrag dieser Fraktionen wird nicht drinnen stehen: Theologiestudenten aus Syrien von IS retten und hier Asyl geben. Das ist mir schon klar. Aber trotzdem wenn ich will, dass das Ganze, einen gewissen medialen oder zumindest einen inneruniversitären Erfolg hat, und Gesprächsthema wird, dass das hier behandelt wird, dass es hier einen Antrag gibt und eine Mehrheit oder auch nicht für gewisse Punkte, oder eine überwältigende Mehrheit oder eine etwas kleinere Mehrheit, je nach Formulierung dann, dann muss das auch, meiner Ansicht nach, so formuliert sein, das jemand der das liest nach dem dritten Satz sagt, was wollen die hier von mir, das ist ja nur politische Propaganda und es ist genauso eine wie von der rechten Seite. Und ja, dass ich hier schärfere Wörter benutze, liegt genau daran, um hier ein bisschen Wachrüttel-momente zu schaffen. Weil das was ihr macht, ist vollkommen, verblendete eigene Welt und damit wird es auch nie eine Lösung geben. Es wäre sinnvoller, statt das Papier zu beschreiben und auszudrucken und damit Zeit zu verschwenden, man geht ins Flüchtlingsheim und kocht dort irgendwelche Bohnensuppen. Abschließend möchte ich zum Thema schnelle Antragsabwicklung sagen: Es ist ein Punkt, wo alle dafür sind vom Innenminister, über europäische Leute, europäische Kommission abwärts und natürlich gibt es auch Punkte wo man auch sagen kann, die Vertreter der Studierenden der Uni Wien spricht sich für Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten für schnellere Abwicklungen aus. Weil, wenn die schneller Wissen ja oder nein, gibt es auch keine so lange überfluteten – und ich muss jetzt absichtlich, weil das ein Begriff ist, der oft in diesem „wording“ in den Zeitungen vorkommt, überfluteten Lager Traiskirchen. Weil, wenn die Leute schon in Containern schlafen müssen, in den Zelten oder sonst was, dann ist es eben nicht so, dass die eben dort freiwillig dort draußen schlafen, sondern weil einfach kein Platz mehr da ist. Und wenn es dann schnell von statten geht, funktioniert das Ganze auch. Ich möchte schon sagen, ich würde mir wünschen, dass wir hier mit den Punkten, die alle oder die allermeisten mittragen können auch einen Antrag zusammenbringen, wo es heißt für diese Punkte sprechen sich alle aus. Ihr könnt dann gerne euren Antrag noch dazu abstimmen mit – naja, vielleicht irgendeinem Rohskript für euer nächstes kommunistisches Pamphlet – ich weiß nicht, was euch da einfällt.

Mathias Haas – Alternativreferat

Es gibt keinen Platzmangel in Österreich!

Philipp Ilming – AG

Dann liebe ÖH Uni Wien, geht mit gutem Beispiel voraus, räumt eure Büros aus, nehmt die Leninbilder von der Wand, weil das wird viele Leute verschrecken, die in ihrer Jugend und Kindheit im Ostblock massiv schlechte Erfahrungen damit gemacht haben und nehmt dort Leute auf.

Philipp Ilming – AG beantragt um 15:51 Uhr eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten.

Camila Garfias – VSStÖ nimmt um 16:03 Uhr die Sitzung auf.

Markus Giesen – AG

Gegenantrag 11

Wir haben uns den Antrag durchgelesen und die Forderungen dazu. Ich habe es einfach durch nummeriert und bin auf 16 Punkte gekommen. Ich hoffe, das passt und ich habe nichts überlesen.

Folgende Punkte würden wir gerne ändern:

1. Weg mit dem Dublin-System - ersatzlos streichen
2. und Pkt. 3 - würden wir beibehalten
4. Frontex abschaffen - ersatzlos streichen
5. die ökonomischen Zwänge - ersatzlos streichen, der Rest bleibt drinnen
6. FGM als Asylgrund - würde mitgehen, der darf drinnen bleiben
7. Arbeitserlaubnis für Asylsuchende ersatzlos streichen
Stopp des Arbeitsverbotes für Drittstaatsangehörige – habt ihr selber schon gestrichen, somit brauchen wir ihn nicht ersatzlos streichen
8. Verbesserung der Lebensbedingungen – würden wir sagen, das kann drinnen bleiben
9. Möglichkeit eines Asylantrags in österreichischen und EU-Botschaften – würden wir auch streichen
10. Beschleunigung der Asylanträge – würden wir mit „unter Priorisierung jungen Flüchtlingen unter spezieller Berücksichtigung von Studierenden bzw. von Akademikerinnen“ erweitern
11. Eine öffentlich finanzierte sowie unabhängig gestaltete Rechtsberatung für alle Asylsuchende – das würden wir auch streichen, weil du damit die gesamten NGO's untergräbst, wenn du eine staatlich finanzierte Rechtsberatung machst. Also so verstehen wir es zumindest, vielleicht haben wir es auch falsch verstanden oder staatlich finanziert bedeutet, das BM für Inneres oder sonstige Organisationen machen das. Ist halt nur die Frage, wie sinnvoll ist es, dass das BMI eine Rechtsberatung für Asylsuchende gibt.
12. Den uneingeschränkten Zugang zu Lehre und Ausbildung für asylwerbende Flüchtlinge – würden wir ändern auf den stark vereinfachten Zugang zu Lehre, Ausbildung für asylwerbende Flüchtlinge
13. Eine umfassende medizinische Versorgung für alle in Österreich lebenden Personen – würden wir so bei behalten
14. Keine weitere Verwendung des Begriffs Wirtschaftsflucht, wir schlagen Hungerflucht vor – würden wir ändern in: lebensbedrohliche Hungersnöte werden als Asylgrund anerkannt
15. Die ÖH Uni Wien setzt sich für eine menschliche Asylpolitik ein und unterstützt Aktivist_innen, die sich dafür engagieren – ändern des Nebensatzes: die sich dafür im Rahmen der Gesetze engagieren

Alle nicht behandelten Punkte sollen beibehalten werden!

Abstimmung Gegenantrag 11

Prostimmen: 4

Enthaltungen: 4

Contra: 19

Gegenantrag 11 wird abgelehnt.

Wir stimmen den Gegenantrag zuerst ab und danach den Hauptantrag.

Sebastian Kneidinger – GRAS

Antrag 12

Beschränkungen an Universitäten zeigen Beschränktheit im Denken

Antragsteller innen: VSStÖ, GRAS, KSV-Lili, Fest

Im Juni 2015 wurden von Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Mitterlehner erneut Zugangsbeschränkungen andiskutiert – dieses Mal in den Fächern Jus und Chemie.

Bereits früher im Gespräch waren Zugangsbeschränkungen auch bei Fremdsprachen und anderen geisteswissenschaftliche Studiengängen andiskutiert.

Indessen besagt eine Studie des Instituts für höhere Studien (IHS), dass sich die soziale Durchmischung in Fächern mit Zugangsbeschränkungen seit der Einführung derselben massiv verschlechtert hat. Betroffen sind Studienrichtungen wie etwa Medizin und Veterinärmedizin. In den Studienrichtungen deren Zugang mit Wintersemester 2013 beschränkt wurde, werden die Folgen der kurzsichtigen Bildungspolitik sichtbar werden. In Humanmedizin etwa ist der Anteil an Akademier_innenkindern beispielsweise nach der Einführung der Beschränkungen von 41% auf 54% gestiegen, in Veterinärmedizin von 34% auf 46%. Mit vergangenem Wintersemester mussten sich potentielle Lehramtsstudierende einem Self-Assessment und Aufnahmetests unterziehen – auch das schreckt viele Menschen vom Studieren ab. Beschränkungen, in welcher Form auch immer, sind sozial selektiv – wie das, abgesehen von den Zahlen, auch mehrere Studien bestätigen. Sie lösen das vermeintliche „Problem“ der hohen Studierendenzahlen nicht, sondern stellen eine Barriere und Abschreckung für Personen mit nichtakademischen Background dar.

Die Universitätsvertretung möge daher beschließen:

- Die Universitätsvertretung tritt weiterhin gegen Zugangsbeschränkungen in Form von Aufnahmetests, Aufnahmeverfahren, Eingangsgesprächen, Studiengebühren und jeglicher anderen Formen auf.
- Die Universitätsvertretung setzt und unterstützt Initiativen, Aktionen und Proteste, die gegen das Ziel, demzufolge Bildung ausschließlich zur Verwertung am Arbeitsmarkt gedacht ist, und gegen die damit einhergehende Exklusivität von Hochschulbildung.
- Die Universitätsvertretung setzt sich für eine sinnvolle Eingangsphase an der Universität ein, die nicht auf Abschreckung sondern auf Orientierung setzt.
- Die Universitätsvertretung fordert weiterhin eine Ausfinanzierung des Hochschulsektors vonseiten des Staates.
- Die ÖH Uni Wien setzt sich zudem gegen Exklusionsmechanismen aller Art ein, von denen unter anderem Frauen*, Menschen mit Migrationshintergrund, Arbeiter_innenkinder und Menschen mit Behinderung besonders betroffen sind.

Abstimmung Antrag 12:

Prostimmen: 19

Enthaltungen: 0

Contra: 8

Antrag 12 angenommen.

Florian Lattner – AG

Ich finde ein bisschen problematisch, dass im Antrag am Ende noch dazugeschrieben wird, die Universitätsvertretung fordert weiterhin eine Ausfinanzierung des Hochschulsektors, und die ÖH setzt sich zudem gegen Exklusionsmechanismen aller Art ein. Ja dagegen setzen wir uns auch ein, das heißt aber nicht, dass wir deshalb für den Antrag sind. Und diese Punkte, für die wir sowieso alle einer Meinung sind, hier noch reinzuschreiben, ist etwas unnötig. Ich weiß nicht, ob ihr uns ein schlechtes Gewissen machen wollt, wenn wir gegen diesen Antrag auftreten oder sonstiges. Jedenfalls hat das nichts mit dem Rest des Inhalts zu tun dieses Antrages.

Gut, kommen wir zum eigentlichen Antrag. Nein, ich kann dem nicht zustimmen, es wurden nämlich explizit auch die Studierenden der Rechtswissenschaften erwähnt, die Studierenden der Rechtswissenschaften an der Universität Wien, sind mehrheitlich für die Einführung von einer Zugangsregelung, insofern entspreche ich diesem Wunsch und werde nicht zustimmen.

Warum ist das so? Wir haben nicht die Kapazitäten derzeit, das ist einfach so, das ist ein Fakt, wir können ihn negieren, aber dadurch wird die Situation nicht besser. Der Großteil der Studierenden ist derzeit bei uns auch nicht der Meinung, ist nicht der Meinung, dass Zugangsregelungen besonders toll sind, oder dass sie etwas Großartiges sind wofür sie generell sind, sondern sie sagen explizit, die derzeitige Situation verlangt es. Und so ist es halt leider. Wir können da jetzt lange ideologisch darüber streiten, aber aus meiner Sicht sollten wir uns für die Verbesserung des Studienalltages einsetzen. Und insofern wäre es gut, wenn ihr einmal die Mehrheit der Studierenden respektieren würdet die an dieser explizit genannten Fakultät eben anderer Ansicht ist als dieser Antrag.

Nächstes Problem der Formulierung ist: bei einem komplett offenen Hochschulzugang kommt es zu einer sozialen Selektion. Die Durchmischung der Studierenden, Klassen, wir ihr es gerne nennt, wird dadurch

nicht besser sondern schlechter. Warum? Studieren in der Mindestzeit wird erschwert, die Studenten müssen dadurch nebenbei beginnen zu arbeiten. Warum, weil sie die Beihilfen verlieren, etc. etc. Wozu führt das Ganze? Dass viele der Studierenden, die sich dieses Studium nicht leisten können, mit dem Studium aufhören müssen. Wozu führt das? Dass vor allem Kinder aus reichem Hause ihr Studium abschließen können. D.h. die derzeitige Situation, wo der Kampf um den Studienplatz im Hörsaal selbst stattfindet, im Sinne von einem Aussitzen, das ist soziale Selektion und da ist eine Selektion auf Grund der Eignung für ein Studium wohl deutlich intelligenter. Zu Protokoll bitte.

Camila Garfias ersucht die Mandatar_innen, das „zu Protokollierung“ am Anfang einer Wortmeldung gesagt wird, da es für die Mitarbeiter_innen im Sekretariat sehr mühsam ist, wenn erst am Schluss der Wortmeldung „zur Protokollierung“ gesagt wird. Es wäre sehr hilfreich, wenn ihr das von Anfang an sagen könntet. Vielen Dank!

Sebastian Kneidinger – GRAS

Florian, ich denke es ist Aufgabe der Interessensvertretung sich Dinge, wer immer dafür gewählt ist, ganzheitlich anzuschauen. Ich verstehe, dass es populistische Umfragen seitens der Zugangsbeschränkungen gibt, weil es gibt aber irgendwie keine Alternative. ahrscheinlich von der Fachschaft ist es durchgeführt worden oder von der AG Jus, das weiß ich nicht, ist mir relativ wurscht, dass die zwar zu dem Ergebnis kommt aber natürlich irgendwie verkürzt ist, weil sie den gesamten Aspekt nicht anschauen. Ich möchte einfach nur vor Ort darauf eingehen, weil ich finde es reicht aus. Der Punkt ist der, dass du sagst, es sind die Kapazitäten nicht da. Am Ende des Antrags steht was von Ausfinanzierung des Hochschulsektors und das hat vielleicht damit zu tun, dass das helfen wird, dass die Kapazitäten da sind. Wenn die Kapazitäten da sind, hast du selber gesagt, braucht man keine Zugangsbeschränkungen. Weil die Notwendigkeit nicht bestehen würde dann. D.h. übersetzt, eigentlich widersprichst du dir selber, weil wenn du dem Antrag zustimmst, dann kannst du auch sagen, ok die Ausfinanzierung des Hochschulsektors hängt zusammen mit der Geschichte, vielleicht ist das für dein Gewissen dann einfacher. Für mich ist es anders, ich finde die beiden Sachen sind beide von sich aus gesehen wichtig. Aber es ist ziemlich absurd zu sagen, du musst dem jetzt leider zustimmen, weil die Mehrheit der Studierenden sehen in ihrer aktuellen Situation keine Alternative dazu, aber nicht weil sie es gut finden, sondern weil die Kapazitäten fehlen, was ja wiederum eine künstliche Verknappung des Ministeriums ist. Du musst dir nur einmal Leistungsvereinbarungsverhandlungen anschauen, da wird versucht den Wettbewerb innerhalb der Universitäten herzustellen, sodass sie sich gegenseitig ausbooten, wer sozusagen besser einsparen kann, wer mehr Strukturen streichen kann. Was dann wieder zu einer Verknappung führt, die dann die Studierenden spüren. Also irgendwie gegen Zugangsbeschränkungen ist das Wichtige, und wer für Zugangsbeschränkungen ist, der steht auf der Seite vom Ministerium, die eine künstliche Verknappung der Mittel betreibt und das ist was ihr gerade macht's und das ist irgendwie uncool.

Philipp Ilming – AG

Die besten Unis der Welt haben wenige Plätze, zumeist sehr hohe Gebühren und hohe Stipendien. Wir haben nichts davon, wir sind eine schlechte Uni, wir haben viele Leute, ein absolutes Chaos und das umsonst und jeder darf herkommen. Ich sehe das jetzt nicht besonders positiv. Der Sinn sollte sein, dass wir hier die besten Leute haben, dass wir uns die Elite der Zukunft bilden um damit für die Zukunft die besten Köpfe im Land zu haben. Wettbewerb ist sehr positiv, ich kann es nicht ganz verstehen, weil wenn ich fünf Leute habe und sage, der Beste erhält etwas, bekomme ich mehr, als wenn ich sage, jeder bekommt wasEs ist durch Hintergrundgeräusche nichts zu verstehen.
Es ist so absurd, ihr wollt hier Mechanismen die noch nie funktioniert haben. Ich bekomme das Lachen, weil es so abstrus ist, was hier verlangt wird. Es ist einfach so weit weg von allen. Schauen wir doch einfach, dass wir in der Lage sind, dass wir es schaffen gute Situationen vorzufinden. Weil es ist vollkommen egal, ob der aus einer Villa kommt oder aus dem Gemeindebau, Cottage Viertel oder Karl-Marx Hof. Wer gut ist wird einen Platz bekommen, der wird dann gute Bedingungen vorfinden, viel lernen, sich entwickeln, sich weiterbilden, neue Blickpunkte zu gewinnen und dann hinausgehen in die effektive Gesellschaft mit dem Wissen, mit dem Rüstzeug der Universität. Das ist ein entscheidender Faktor, das funktioniert auf $\frac{3}{4}$ der Welt, dann ein paar Länder, die glauben, leider in Österreich funktioniert es nicht, und ein paar Länder wo gar nichts funktioniert, naja ist halt kommunistisch.
Im Sinne meines Vorredners sollten wir nicht, daher sollte es nicht auf ein Aufsitzen ankommen, mit längerem Atem, sondern eine Auswahl der Besten die dann hier zu den allerbesten werden können, damit dann alle von deren technologischen Fortschritt profitieren können. Und es im Sinne von jedem, der Gut ist, Bedingungen die passen, hat ein Stipendium das passt und wir sehen, dass es funktioniert und wir sehen welche Länder die größten Fortschritte machen in den letzten 30 Jahren, jeder hat einen Laptop, ein Handy

und sonstige Sachen. Die sind nicht in Russland entwickelt worden sondern in Amerika und von Leuten die in sehr, sehr guten Universitäten waren.

**Lena Coufal – GRAS überträgt ihre Stimme um 16.27 Uhr an Maria Gasteiger.
Maria Gasteiger – GRAS meldet sich an.**

Karin Stanger – GRAS

Ich möchte mich bedanken, dass Stephanie Marx das letzte Mal hier für uns die Sitzung leitet. Zu den sozial richtigen Kriterien, wir haben jetzt auch eine Aussendung gemacht, vielleicht schauts euch das einmal genau an. Wir können genau sagen, dass es durch Zugangsbeschränkungen es das Problem gibt, dass sich eher Akademiker_innenkinder dafür melden, für das Studium. Das bedeutet eine soziale Selektion, es wurde hier nachgewiesen, absolut in Studie, bitte schaut euch das an, darum verwenden wir das auch und sagen es nicht einfach nur so. Darum haben wir auch den Antrag gegen Zugangsbeschränkungen gestellt.

Florian Lattner – AG zu Protokoll

Gleich einmal als direkte Antwort darauf. Ich habe die Statistik auch gesehen. Es ist aber nicht so ganz verwunderlich, dass die Zahl, es ging darum vor Einführungen der Zugangsbeschränkungen, weniger Akademikerkinder an der Universität waren und nach Einführungen der Zugangsbeschränkungen über einen Zeitraum von 5,6,7,8 Jahren, die Anzahl der Akademikerkindern leicht gestiegen ist. Gut, soviel dazu. Da ist allerdings nicht gesagt, dass das etwas mit den Zugangsbeschränkungen zu tun hat. Wie wir alle wissen ist die Anzahl der Leute die einen Studienabschnitt erwerben, seit dem 2. Weltkrieg kontinuierlich gestiegen. D.h. es gibt aktuell im Moment einfach mehr Kinder von Akademikern als es noch vor 20 Jahren Kindern von Akademikern gab. Wenn ihr einmal euer Ziel erreicht habt, dass jeder einzelne Österreicher einen Universitätsabschluss hat, wenn ihr einmal euer Ziel erreicht habt, dass jeder Einwohner und jede Einwohnerin Österreichs einen universitären Abschluss hat, werdet ihr wahrscheinlich darüber jammern und fluchen, dass es keine Arbeiterkinder auf der Universität gibt. Das ist logisch dann, natürlich. D.h. je höher die Anzahl an Personen ist mit akademischen Abschluss desto höher ist die Anzahl an Personen die Akademikerkinder sind 20 Jahre später. Das hat relativ wenig damit zu tun, ob da zufällig in diesem Zeitraum eine Zugangsbeschränkung eingeführt wurde oder nicht. So viel zu dieser tollen Studie.

Jetzt kommen wir zum anderen Punkt: Geldmittel, und wieder deshalb kann man ja für den offenen Hochschulzugang sein, weil wenn man nur möglichst viel Geld reinbuttert wird alles gut. Nein, wird es nicht. Es gibt gar nicht so viele gute Professoren in gewissen Fächern. Man kann nicht einfach jedem ein Universitätsprofessorengehalt zahlen und er hat die Befugnis dann und die Kompetenz den Stoff und das Wissen zu vermitteln. Die Kapazitäten sind beschränkt, nicht finanzieller Natur ausschließlich, sondern auch durch andere Mitteln. Ich wüsste auch nicht wie lange es brauchen würde, bis wir alle Hochschulgebäude soweit ausgebaut haben, bis ein Unterricht möglich ist, wo man dann soviel Geld reinstecken kann, dass auch so viele Kurse stattfinden. Im Moment könnte man das alles ja finanzieren zusätzlich durch zusätzliche Budgetmittel, selbst wenn man das wollen würde von seitens des Ministeriums würden die Kurse nicht stattfinden, weil es weder das Personal dazu gibt noch die Kapazität. Also das ist einfach Utopie, Wunschenken und mit Ideologie lässt sich keine Verbesserung der Studierendensituation erreichen.

Gut, nächster Punkt.

Wir haben derzeit in einigen Studien an der Universität Wien Absolventenquoten die unter 25% liegen. Warum kommt das? Eben, jeder darf mit dem Studium beginnen. Wie ist dann die Reaktion seitens der Universität? Es werden alle geprüft. Ihr, im Moment seid dafür, dass die Zugangsbeschränkung nicht vor dem Studium eintritt sondern ein, zwei Jahre danach. D.h. die Studierenden haben ein, zwei Jahre verschwendet, 75% fliegen dann hinaus, müssen ein anderes Studium beginnen und haben dann natürlich keinerlei Beihilfen mehr, weil sie die ja schon alle in einem ersten Studium verbraucht haben. D.h. ihr fördert extreme sozial Ungerechtigkeit, sowohl für die Studierenden die in ihrem Studium bleiben würden, als auch für die Studierenden die es nicht schaffen, wäre es deutlich fairer wenn sie davon zu Beginn ihres Studiums in Kenntnis gesetzt würden werden, und nicht erst einige Jahre später, wo sie dann quasi verlorene Jahre haben, die dem Staat sehr viel Geld gekostet haben und dem Studierenden sehr viel Lebenszeit.

Camila Garfias – VSSÖ

Du sagst zwar immer, oder ihr sagt sehr oft, dass man über Ideologie nicht Politik machen kann oder keine Studierendenvertretung. Nichts anderes ist das hier. Es ist eine ideologische und eine politische Entscheidung, möchte man Universitäten offen haben für alle, oder möchte man das nicht. Und ihr sagt ganz ehrlich und dazu steht die Aktionsgemeinschaft ja auch, ihr wollt Eliten haben. Das ist sehr schön für

euch, das ist eure politische Meinung. Wir wollen das nicht, wir wollen eine Hochschule die offen ist für alle. Das ist der politisch ideologische Unterschied zwischen euch und uns.

Zu dir noch Florian, ich weiß, am Juridicum da macht man wirklich wenig Statistik und wirklich wenig Sozialwissenschaften. Aber mit irgendwelchen Zahlen herumwerfen, das würde ich mir schon eher anschauen und sonst eher bei dem altbewährten Jurex und Calculus bleiben. Uns zu sagen, wir wollen eine Knockout Phase in Wahrheit, wir wollen, dass Studierende im 2. oder 3. Semester rausgeprügelt werden, du hast offensichtlich nicht den Antrag gelesen, weil da steht die Forderung genau drinnen, wir fordern eine echte Orientierungsphase, die eben nicht Studierende rausprügelt im 1. oder 2. Semester, sondern die den Studierenden ermöglicht sich in ihrem Studium zu orientieren und dann weiterzumachen. Soviel dazu.

Hannes Hauer – Julis

Ich glaube unsere Position zu dem Thema ist ausreichend bekannt, ich möchte daher auch gar nicht lange ausführen, weil eh glaube ich alle Bescheid wissen. Ich möchte jetzt nur die Chance nutzen, nachdem der Kollege Lattner eh schon auf der Liste auch wieder steht und bereits erklärt hat, dass sie für Zugangsregelungen sind, möchte ich die Chance nutzen, ihn um einen Antwort zu bitten, ob die Aktionsgemeinschaft am Juridicum oder auch auf der Hauptuni für oder gegen Studiengebühren ist. Ich weiß, dass sie bundesweit dagegen sind, auf der WU dafür. Ich weiß, dass es vielleicht noch nicht besonders lange eine anhaltende Meinung sein wird und vielleicht in zwei Jahren bei der nächsten Wahl wieder anders ausschauen wird. Ich würde mich aber freuen, wenn du den Punkt neben den Zugangsregelungen auch noch kurz dazu erläuterst wie ihr dazu steht.

Florian Piewald – Julis zur Protokollierung

Ich möchte zuerst noch was zum Thema ideologische Debatten sagen, wir als Junos haben nie gesagt, dass wir gegen Ideologie sind, wir sind nur gegen ideologische Grabenkämpfe die nix mit der Uni zu tun haben. Also alles was dann in Richtung der Überstrapazierung des allgemein politischen Mandates geht aber wir sind nicht gegen Ideologie, nur um das klarzustellen.

Zur eigentlichen Sache, ich finde es sehr bezeichnend, wenn man dann in dieser Studie sagt, die Zugangsbeschränkungen schrecken Leute ab und viele Arbeiter_innenkinder bewerben sich dann gar nicht für das Aufnahmeverfahren. Wie ist das dann z.B. im Job? Da gibt es auch Auswahlverfahren, sagt man dann den Leuten, ja die bewerben sich dann halt auch für keinen guten Job, weil sie sich nicht trauen, weil sie sich nicht durch Assessment trauen oder durch sonst irgendwas. Es ist ja eine ziemlich fadenscheinige Argumentation und ich glaube auch, dass es ganz, ganz zentral ist, dass die Kapazitäten beschränkt sind und die derzeitigen finanziellen Mitteln sind leider Gottes beschränkt. Wann wir jetzt gegen Zugangsbeschränkungen eintreten, wird da im Endeffekt nichts anderes bedeuten, als dass die Unis vermehrt wieder auf Knock-out Prüfungen zurückgreifen und das will hier glaube ich wirklich keiner, und da wäre es meiner Meinung nach fairer, wenn man sagt, es wäre zwar besser, wenn wir unbegrenzt viele Studienplätze haben, aber solange es keinen Ausbau von Ressourcen gibt, sind Zugangsbeschränkungen natürlich ein legitimes Mittel um zumindest zu verhindern, dass es so wie jetzt zu diesen schlimmen Knock out Prüfungen kommt. Danke.

Florian Lattner – AG zur Protokollierung

Ja, ihr wünscht euch keine Knock out Prüfungen, ich habe euch bloß lediglich darauf aufmerksam gemacht, was die Konsequenz des restlichen Antrages ist. Wenn ich reinschreibe, ich fordere das und das und das, aber das als Reaktion wünsche ich mir nicht, so ist das schön aber de facto ist das die Reaktion, weil das die natürliche Folge ist. Da könnt ihr euch was anderes wünschen noch und nöcher, es wird nichts daran ändern, dass der offene Hochschulzugang, so wie es derzeit der Fall ist, zu Knock-out Prüfungen führt. Die Situation erleben wir alle, Tag für Tag.

Zum Kollegen Hauer, es gibt da Grundsatzbeschlüsse, die sind auch öffentlich einsehbar, der AG, da ist klar festgehalten, dass wir uns für Zugangsregelungen einsetzen, dort wo sie notwendig sind, d.h. nicht in jedem Fach, allerdings durchaus in mehreren, als derzeit der Fall und bezüglich Studiengebühren ist da festgehalten, dass zu den derzeitigen Studienbedingungen, die bei weitem nicht so gut sind und wo es beinahe unmöglich ist sein Studium in Mindestzeit abschließen zu können, Studiengebühren eine Zumutung wären, vor allem deshalb auch, weil nicht geregelt ist, ob dadurch das Budget der Universitäten um den Beitrag die durch Studiengebühren eingehoben werden würden, gleich wieder reduziert werden würden. D.h. solange nicht gesichert ist, dass sich das Budget der Universität durch Studiengebühren erhöhen würde und gleichzeitig die Studienbedingungen adäquat sind, so dass es sich auszahlt dafür etwas zu zahlen, sind wir gegen Studiengebühren.

Zur Umfrage selbst, bitte messe die Qualität von Umfragen nicht daran, ob dir das Ergebnis gefällt oder nicht. Liebe Vorsitzende, auch die Umfragen vom Ministerium und diverse andere Umfragen ergeben,

das österreichweit eine Mehrheit der Studierenden für Zugangsregeln sind. Das ist einfach der Fall. Am Juridicum ganz explizit sonst würden wir nicht mit absoluter Mehrheit dort gewählt werden. Und in den Umfragen die wir erhoben haben, waren knapp 70% für die Einführung von Zugangsregeln. Also selbst bei statistischen Ungenauigkeiten, die natürlich immer wieder passieren können, ist der Polster von über 2/3 relativ groß. Danke.

Camila Garfias – VSSStÖ

Zur tatsächlichen Berichtigung, ich habe nicht von eurer Umfrage geredet.

Gàbor Bartha – FEST

Antrag 13

Ich stelle den Antrag auf Schluss der Redner_innenliste, aus dem Grund weil alle ihre ideologischen Positionen dargebracht haben und es sowieso zu keiner Einigung kommen wird.

Abstimmung Antrag 13

Prostimmen: 19

Enthaltungen: 6

Contra: 1

Antrag 13 ist angenommen.

Damit ist die Redner_innenliste geschlossen. Philipp Ilming ist der Letzte auf der Liste.

Philipp Ilming – AG

Ich möchte abschließend noch zu bedenken geben, was immer etwas geschwungen ist, wenn jetzt alle Leute studieren können und ein Master allgemein gut ist, dass hat man halt dann. Dann werden gewisse Unternehmen oder für gewisse Posten ein Doktorat oder ein Doktorat und ein Auslandsstudium oder sonstiges maßgeblich werden. Das heißt ihr verschiebt das Ganze nur nach hinten. Was vor 25 oder 30 Jahren die Matura ist, ist jetzt ein Hochschulabschluss und das wird jetzt dann, gewisse Unternehmen, nur mehr Doktoranden einstellen. Und weiter, und weiter. Das heißt die Leute verbrauchen 5 Jahre, 3 Jahre ihres Lebens mit massiven Ausgaben, in Zeiten in denen sie selbst keine Einnahmen haben oder in deutlich unterbezahlten Berufen arbeiten. Auch im Vergleich zu einem beispielweise, ausgebildeten Handwerker. Das sind Teile des Lebens wo keine Pension einbezahlt wird, wo der Staat nichts hat, wo der volkswirtschaftliche Verlust deutlich größer ist. Es bringt niemand etwas wenn ein Tischler, einen Bachelor hat, und es bringt niemandem etwas, dass plötzlich nur mehr Doktoranden irgendwo eine A-Position im Staat einnehmen dürfen, weil man dann A-Plus schafft, weil sowieso jeder schon einen Abschluss hat. Daher sollte man sich schon überlegen, dass man gewisse Bereiche auch entsprechend den Nachfragen bestellt. Es gibt jetzt plötzlich 30.000 Leute die ein Chemiestudium abschließen, aber die chemische Industrie braucht nur 6.000 Leute, was sollen die anderen Leute werden? Taxifahrer und 5 Jahre ihres Lebens verschwendet. Das bringt nichts und das sind Situationen die wir in Literaturwissenschaft und Soziologie längst haben, und es bringt niemand etwas, weil das Resultat ist, sie erhöhen die Mineralölsteuer und wenn dann hier etwas geliefert wird kostet das mehr, weil der Staat mehr ausgeben muss, wenn jeder seine Bücher lesen darf.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr und Antrag 12 wird jetzt abgestimmt.

Top 10 wird geschlossen.

TOP 11 – Allfälliges

Keine protokollrelevanten Anmerkungen.

Top 11 wird geschlossen.

Die Sitzung wird um 16.52 Uhr geschlossen.